„Friedenskampf“ à la KABD Seite 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 7 vom 13. Februar 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Fischer sperren Schleuse. Mit Demonstrationen in Cuxhaven und in Bonn, mit der Besetzung der Seeschleuse in Cuxhaven und mit anderen Aktionen protestierten die Hochseefischer für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Weil sich die EG-Bosse nicht über die Aufteilung der Fischfangquoten einigen können, liegen die Fangschiffe schon seit Monaten in den Häfen fest. Nach Angaben der ÖTV sind inzwischen schon 1 200 Seeleute gekündigt oder in Urlaub geschickt worden.

Aktionstag am 14. Februar

Bauerndemonstrationen im ganzen Bundesgebiet

Für dieses Wochenende hat der Deutsche Bauernverband (DBV) alle Kreisverbände dazu aufgerufen, Protestdemonstrationen gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebenslage der westdeutschen Bauern zu organisieren. Wie ernst die Situation ist, machte in der vergangenen Woche auch der neue Agrarbericht der Bundesregierung deutlich: Danach müssen die Bauern im laufenden Wirtschaftsjahr 1980/81 mit Einkommensrückgängen von sage und schreibe 12 Prozent rechnen.

Schon in den letzten fünf Jahren ist das bäuerliche Einkommen nach offiziellen Berechnungen um insgesamt 30 Prozent gesunken. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß es sich hierbei um eine Durchschnittszahl handelt, in der auch die gestiegenen Einkommen von Großbauern, Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten enthalten sind. Für die werktätigen Bauern ist demnach der Einkommensrückgang noch wesentlich größer als die angegebenen 30 Prozent. Er dürfte bei 40 Prozent liegen.

Und gleiches gilt auch für die von Landwirtschaftsminister Ertl in seinem Agrarbericht angeführte Zahl. Die werktätigen Bauern werden in diesem Jahr Einbußen erleiden, die höher als die von Ertl genannten 12 Prozent liegen. Diese Zahlen sind ein Alarmzeichen. Sie belegen die zunehmende Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche Bauern dazu gezwungen sein, ihre Höfe aufzugeben.

Trotz dieser Tatsachen aber versucht die bürgerliche Propaganda, die Bauern als Schmarotzer hinzustellen, denen unser sauer verdientes Geld in Form von Subventionen zugeschustert wird. Sicher werden auch die Demonstrationen am Samstag wieder eine Welle von Kommentaren in diesem Sinn auslösen. Tatsache ist aber, daß 90 Prozent der an die Landwirtschaft ausgeschütteten Subventionen von nur zehn Prozent der Betriebe geschluckt werden, und das sind diejenigen, die auf der Einkommensleiter ganz oben stehen. Das bedeutet: Gemästet mit Subventionen werden die Agrarkapitalisten und Großbauern, die eh Gewinne erwirtschaften. Die werktätigen Bauern jedoch, die wirklich eine Unterstützung dringend nötig haben, gehen leer aus. Sie werden bei stagnierenden Erzeugerpreisen von den steigenden Betriebsmittelkosten erdrückt und zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen.

Kampfmaßnahmen gegen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft sind also mehr als berechtigt und müssen von den Werktätigen der Stadt unterstützt werden. Der unter reaktionärer Führung stehende Bauernverband allerdings will über den Aktionstag hinaus keine Kampfmaßnahmen einleiten und auch am Samstag auf wirksame Methoden des Protests verzichten. So wurde den Bauern zum Beispiel verboten, mit ihren Treckern zu demonstrieren (wobei allerdings die Frage ist, ob dieses Verbot auch befolgt wird).

„Freies Landvolk“, die Zeitung der freien Landvolkbewegung, hat diese Politik der DBV scharf verurteilt. In einem Aufruf werden die Demonstrationen vom Samstag nachhaltig begrüßt, gleichzeitig aber „langfristige und wirkungsvolle Kampfmaßnahmen“ gefordert (siehe auch Seite 6).

1,3 Mio. Arbeitslose

Die Krise verschärft sich weiter

NÜRNBERG.— Mit 1,3 Millionen wurde Ende Januar die höchste Arbeitslosenzahl seit fünf Jahren registriert. Das bedeutet eine Steigerung um 26 Prozent gegenüber dem Januar 1980. Die Arbeitslosenquote im Bundesgebiet liegt jetzt bei 5,6 Prozent und wird, daraus machen auch die bürgerlichen Experten kein Hehl, noch weiter steigen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik gerät immer tiefer in die Krise.

Die höchste Arbeitslosenzahl der Nachkriegszeit wurde in NRW erreicht. Die Stahl- und Metallindustrie sind besonders betroffen. Die Quote beträgt in NRW 6,9 Prozent, an der Spitze liegt Dortmund, wo nach dem Willen der Konzerne über zehntausend weitere Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, mit 8 Prozent. „Der Abschwung am Arbeitsmarkt hält an, die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr weiter steigen“ — so offen sagt es Rudolf Neumann vom Landesarbeitsamt in Düsseldorf. Die Lasten der Krise sollen den Werktätigen aufgebürdet werden. Wer noch Arbeit hat, dem wird der Reallohn gekürzt. Die Arbeitslosen werden als Druckmittel gebraucht. Ihnen selbst droht eine weitere Verschlechterung ihrer sozialen Lage — die Kassen der Arbeitsämter seien leer, heißt es zur Zeit überall.

Entschiedener Kampf gegen den Lohnraub, um jeden Arbeitsplatz, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze — das muß die unmittelbare Antwort der Arbeiterklasse sein. Revolutionärer Klassenkampf statt Stillhalten, das ist die richtige Losung. Die gegenwärtige Krise zeigt mit aller Deutlichkeit, daß das kapitalistische System den Werktätigen keine Zukunft bieten kann.

Lohnrunde Metall

Warnstreik gegen Unternehmerprovokationen

KIEL.— Am Donnerstag vergangener Woche protestierten Tausende von Metallarbeitern in Norddeutschland mit Warnstreiks und Demonstrationen gegen das provokatorische Verhalten der Unternehmer in den Lohnverhandlungen.

Zu befristeten Warnstreiks kam es in Kiel, Lübeck, Rendsburg und Neumünster. In Flensburg demonstrierten am Donnerstag nachmittag über 1 000 Kolleginnen und Kollegen für die Beseitigung der Hungerlohngruppe 2. Durch diese Lohngruppe werden die Frauen in den Betrieben diskriminiert. Die Warnstreiks richteten sich vor allem gegen das unverschämte Festhalten der Metallunternehmer an ihrem Hohnangebot von 2,5 Prozent.

In allen Tarifbezirken, in denen bisher die zweite Verhandlungsrunde stattgefunden hat, mußten die Verhandlungen wegen des provokatorischen Verhaltens der Unternehmerseite ergebnislos abgebrochen werden. In Stuttgart bei den Verhandlungen für Nordwürttemberg-Nordbaden demonstrierten etwa 100 Metallarbeiter im Verhandlungsraum für die gewerkschaftliche Forderung. Auf Transparenten und mit Sprechchören forderten die Kollegen: **„Wir wollen 8 Prozent mehr Lohn — 2,5 Prozent sind ein Hohn!“**

Der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Steinkühler erklärte nach der Vertagung der Verhandlungen: „Wir haben den Arbeitgebern deutlich gemacht, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Verhandlungen für erschöpft betrachten“.

In den Betrieben mehren sich die Stimmen der Kollegen, die fordern, daß den Unternehmerprovokationen ein Ende gemacht werden muß, indem die IG Metall die Urabstimmung einleitet und den Streik vorbereitet (siehe auch S. 4).

Stoppt die Neutronenbombe!

BONN.— Der neue US-Kriegsminister Weinberger hat angekündigt, die Reagan-Regierung werde „wahrscheinlich“ die Produktion der Neutronenbombe und ihre Stationierung in den europäischen NATO-Ländern beschließen. Obwohl Außenminister Haig diese Äußerung als „nicht offiziell“ bezeichnete, steht sie als deutliche Drohung für die europäischen Völker im Raum. Von der Bonner Regierung kam bisher keine Stellungnahme gegen Weinbergers Pläne.

Damit besteht wieder die reale Gefahr, daß Europa und unser Land nicht „nur“ mit herkömmlichen Atomraketen, sondern auch mit dieser neuen Perfektion einer Massenvernichtungswaffe bestückt werden. Damit würde die Gefahr eines Krieges und der Vernichtung unserer Heimat weiter erhöht.

Gleich nach Weinbergers Äußerungen forderte CSU-Zimmermann, die Bundesregierung möge ein „eindeutiges und öffentliches Votum für die amerikanische Absichtserklärung“ abgegeben. Gleichzeitig betonte er, Kanzler Schmidt habe ihm persönlich versichert, daß er sich schon 1977 bei Carter „intensiv für den Bau der Neutronenbombe verwandt“ habe! Und die Regierung schweigt...

Schmidt und Co. haben bewiesen, daß ihnen alles zuzutrauen ist. Diese Regierung ist ein Sicherheitsrisiko für unser Volk! Die Regierungen von Norwegen, Schweden und den Niederlanden haben inzwischen eine Stationierung der Neutronenbombe in ihren Ländern strikt abgelehnt.

Auch bei uns darf sie nicht stehen! Entfalten wir den Widerstand gegen die NATO und die US-hörige Bundesregierung! Keine Atomwaffen in der Bundesrepublik!



In Belgien demonstrierten schon vor 3 Jahren Tausende gegen die Neutronenbombe.

Liebe Leser!

Seit nunmehr sieben Wochen erscheint der „Rote Morgen" mit türkischen Seiten. Eine gute, eine notwendige Sache — meinen wir. Und er findet Interesse bei unseren Kollegen und Freunden aus der Türkei. Bei der Kölner Demonstration im Dezember wurden 600 Exemplare verkauft.

Unsere Kollegen aus der Türkei stellen einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse in unserem Land. Oft genug haben sie auch ihre Kampfstärke bewiesen. Sie mit den Positionen der kommunistischen Partei bekannt zu machen, ihnen ebenso wie den deutschen Arbeitern die Perspektive des revolutionären Kampfes zu weisen, ist eine wichtige Aufgabe. Dazu ist der „Rote Morgen" da.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß er diese Aufgabe erfüllt. Und deshalb wenden wir uns an euch: Sorgt dafür, daß der „türkische RM" bekannt wird und einen festen Leserkreis findet! Gerade für so eine neue Sache muß man Werbung machen.

Was kann man tun?

Viele von euch arbeiten doch selbst mit Kollegen aus der Türkei in einem Betrieb. Das ist natürlich die beste Grundlage, unser Ziel zu erreichen: Nehmt ihnen den „Roten Morgen" mit, weist sie auf die türkischen Seiten hin, fragt sie nach ihrer Meinung dazu. Bittet sie darum, die Zeitung auch an Kollegen zu geben, mit denen ihr euch aufgrund von Sprachschwierigkeiten nicht unterhalten könnt.

Viele Kollegen sind in Arbeitervereinen organisiert. Solche Vereine gibt es in sehr vielen Städten. Geht mit dem RM dorthin und bietet ihn an! Wir haben festgestellt, daß ganz allgemein ein großes Interesse für die Standpunkte deutscher Gewerkschafter und Kommunisten besteht. (Gute Kontakte zu den fortschrittlichen Mitgliedern der Arbeitervereine der Türkei sind sowieso überall erstrebenswert!)

Wichtig ist auch die Abonnentenwerbung. Vielleicht hat manch ein Kollege aus der Türkei hier Bedenken. Aber gemeinsam läßt sich sicher eine Möglichkeit finden, daß er unsere Zeitung regelmäßig erhält.

Eure
Redaktion „Roter Morgen"

Krise in der SPD

Wehner warnt vor der Spaltung der Partei

Breite Solidarität mit Hansen

BONN.— Der Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen *bleibt in der Partei. Der* Bezirksvorstand der SPD Niederrhein verzichtete am vergangenen Freitag darauf, das vom Parteipräsidium geforderte Ordnungsverfahren gegen Hansen anzustrengen und sprach ihm stattdessen eine scharfe Rüge aus.

Wie der RM bereits berichtete, hatte Hansen die Wut der Parteibosse durch eine scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung auf sich gezogen. In der Zeitschrift „konkret" hatte der Abgeordnete unter anderem gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Koalition, gegen die Waffenexporte und den NATO-Raketenbeschluß protestiert. Mehrere Mitglieder der Parteiführung hatten daraufhin den Ausschluß Hansens aus der SPD gefordert.

In der vergangenen Woche trat eigens zum „Fall Hansen" das Präsidium der Partei zusammen. Es „mißbilligte" zwar die Kritik des Abgeordneten, verwies dessen Bestrafung aber weiter an den Bezirksvorstand Niederrhein — mit der Erklärung: „Das Präsidium geht davon aus, daß gegen Karl-Heinz Hansen ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet wird." Daß Wehner kuschten. Die Zeiten aber haben sich geändert. Bei der gegenwärtigen Situation in der Partei hätten die Bosse durch ein hartes Vorgehen gegen Hansen die oppositionelle Stimmungen in der SPD nur noch mehr angeheizt und die Widersprüche weiter vertieft.

Statt wie im Fall Benneter den Knüppel zu schwingen, hat man sich im Fall Hansen aufs Taktieren und die Einfädelung eines Kuhhandels beschränkt. Dem Abgeordneten wurde mit dem Versprechen des Verzichts auf weitere Repressalien nahegelegt, sein Bundestagsmandat aufzugeben. Das hat Hansen jedoch abgelehnt. Und dennoch konnte sich der Bezirksvorstand Niederrhein — trotz vorher laut verkündeter Ausschlußdrohungen —nicht dazu durchringen, das vom Präsidium geforderte Parteiordnungsverfahren anzustrengen. Allerdings wurden



Die SPD-Bundestagsabgeordneten Thüsing, Hansen und Coppik bei einer gemeinsamen Pressekonferenz

die Parteispitze nicht selbst gegen Hansen aktiv geworden ist, kann sicher kaum auf den Edelmut der SPD-Bosse zurückgeführt werden. Wie diese Leute mit unliebsamen Parteigenossen umspringen, haben sie beispielsweise 1977 bewiesen, als die das gerade frisch zum Juso-Vorsitzenden gekürte Parteimitglied Benneter kurzerhand aus der SPD hinauswarfen und ihrer Jugendorganisation einen neuen Vorsitzenden verordneten.

Dieser Coup ließ sich damals nur durchsetzen, weil die Jusos vor den Schmidt, Brandt und Hansen für den Fall der Wiederholung seiner Kritik Sofortmaßnahmen angedroht, die „das Ziel des Ausschlusses" aus der SPD haben würden.

Dieser Eiertanz um die „Bestrafung" Hansens widerlegt selbst schon die von den Parteibossen eifrig verbreitete Behauptungen, der Kritiker wäre inzwischen völlig isoliert innerhalb der SPD. Stützen können sich solche Behauptungen jedoch nur auf das Verhalten eines großen Teils der sogenannten parlamentarischen Linken, wie sich der linke Flügel der SPD-Bundestagsfraktion nennt. 24 *Angehörige dieses Flügels* haben sich öffentlich von Hansen distanziert. Diese Tatsache sagt wohl einiges über den Opportunismus dieser Abgeordneten, nichts aber über eine angebliche Außenseiterstellung Hansens aus.

Selbst das SPD-Organ „Vorwärts" mußte in seiner letzten Ausgabe einräumen: Hansen stehe mit seiner Kritik „innerhalb der SPD nicht allein. Gerade die Solidaritätsadressen der letzten Tage aus zahlreichen Untergliederungen der SPD — nicht nur von den Jungsozialisten — haben ihn in seiner Absicht bestärkt, ‚Anwalt von Basis-Interessen' zu sein." Tatsächlich hatte Hansen aus der ganzen Partei Tausende von Solidaritätsbekundungen bekommen. Zudem wurde der Parteivorstand in der vergangenen Woche auch mit zahlreichen Protesterklärungen aus den Unterbezirken eingedeckt, in denen die gleiche Kritik ausgesprochen wurde, wie sie Hansen in dem „konkret"-Artikel geübt hatte.

Was hier als „Fall Hansen" abgelaufen ist, war in Wirklichkeit ein neuer Höhepunkt der seit der Bundestagswahl offen aufgebrochenen Krise der SPD. Und inzwischen haben die Partei führe schon neuen personellen Arger bekommen. In Schleswig-Holstein trat der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthiessen als Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl zurück — weil die Schmidt-Regierung gegen den erklärten Willen der gesamten norddeutschen SPD den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf betreibt. In Nordrhein-Westfalen legten der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Schröder, und sein Geschäftsführer Rose alle Parteiämter nieder — aus Protest gegen die „gewerkschaftsfeindliche Haltung der SPD-Landesregierung."



Diese spektakulären Vorgänge innerhalb der SPD — es ließen sich noch viele andere anführen — bilden sozusagen nur die Spitze des Eisbergs. Sie sind ein Zeichen dafür, daß es der SPD-Spitze von Woche zu Woche schwerer fällt, die reaktionäre Politik der von ihr geführten Bundesregierung gegen die eigene Parteibasis durchzusetzen. Die unausbleiblichen Konsequenzen dieses tiefen Widerspruchs hat kein Geringerer als Herbert Wehner letzte Woche ausgesprochen. Er warnte davor, daß sich die SPD „in die Opposition manövrieren" ließe. „Dann steht sie vor der Spaltung. Dann geht es ihr wie der Labour-Partei in Großbritannien."

Natürlich wollte Wehner mit dieser Äußerung nicht eine ehrliche Bestandsaufnahme der SPD-Politik einleiten. Er benutzte die Warnung vor der Spaltung vielmehr als Drohung gegen die oppositionellen Kräfte innerhalb der Partei. Die Wehnersche Rechnung ist simpel: Der Widerstand in der SPD gegen die Regierungspolitik, so sagt er, würde über kurz oder lang die Bonner Koalition mit der FDP sprengen. Und einmal aus der „Regierungsverantwortung" verdrängt, würde die SPD auseinanderfallen. So will Wehner die Kritiker in den eigenen Reihen disziplinieren und zum Schweigen bringen, indem er sie faktisch zu Geburtshelfern einer neuen CDU-Regierung erklärt.

Es ist also im Grunde wieder der Trick mit dem „Kleineren Übel", durch den jetzt die Parteibasis dazu gebracht werden soll, die durch und durch volksfeindliche Politik ihrer Führung widerspruchslos hinzunehmen. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob diese Wehnersche Rechnung auch von der Basis nachvollzogen wird.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bundesregierung fordert den Ausbau

Anhörung zur Startbahn West

5 000 demonstrierten in Wiesbaden

WIESBADEN.— Am 2. Februar begann die Anhörung zum Ausbau des Rhein-Main-Flughafens im hessischen Landtag. Nach den bekannten Argumenten der Befürworter der Startbahn West deckte der Gutachter der Bürger die falschen Zahlenspiele der Verantwortlichen auf und stellte fest: „Die Startbahn West ist verkehrstechnisch nicht notwendig, ökonomisch ungünstig und ökologisch nicht vertretbar".

Ein Vertreter der Bundesregierung allerdings machte schon zu Beginn deutlich, daß für die Herren in Bonn die ganze Anhörung nur eine Farce ist: Georg Rehm aus dem Bundesverkehrsministerium erklärte, die Regierung stehe eindeutig hinter dem Projekt. Sie fordert den Bau der Startbahn.

Um „wichtige nationale und europäische Interessen" ginge es beim Ausbau, so behauptete der Aufsichtsratsvorsitzende Becker von der Frankfurter Flughafen AG. Gutachter Hans Billinger allerdings deckte auf, daß Daten, die als Planungsgrundlagen immer noch herangezogen werden, falsch und veraltet sind. Der Zuwachs an Flugbewegungen etwa sei wesentlich geringer ausgefallen, als angenommen wurde. Im übrigen könne eine Kapazitätssteigerung um 15 bis 25 Prozent selbst mit einem Ausbau des bestehenden Parallelbahnsystems erreicht werden.

Verschiedene andere Sprecher wiesen die große Gefährdung der Umwelt durch die geplanten Baumaßnahmen nach. Zum einen ist die Vernichtung des Waldes gar nicht wiedergutzumachen oder auszugleichen. Unter anderem geht den Bürgern ein wichtiges Erholungsgebiet verloren. Zum anderen ist eine erhebliche Gefährdung des Grundwassers absehbar. Schon heute werden im Umfeld des Flughafens erhebliche Mengen an Tri- und Perchloräthylen festgestellt. Am dritten Anhörungstag deckte der Mörfelder Bürgermeister Diehl auf, daß die FAG das im Planfeststellungsbeschluß zwingend vorgeschriebene wasserrechtliche Genehmigungsverfahren noch nicht einmal beantragt hat.

Unterdessen halten die öffentlichen Protestaktionen gegen die neue Startbahn an. Am 2. Februar zogen 5 000 Bürger aus dem Rhein-Main-Gebiet mit Fackeln durch Wiesbaden und veranstalteten eine Kundgebung vor dem Landtagsgebäude.

Schlappe für Bonner Atomprogramm

Hamburger SPD gegen AKW Brokdorf

HAMBURG.— Nach langen, heftigen Auseinandersetzungen in der Hamburger SPD hat ein Sonderparteitag jetzt ein eindeutiges Votum in der Frage einer Beteiligung der Hansestadt am Atomkraftwerk Brokdorf abgegeben: Mit 198 gegen 157 Stimmen sprach sich der Parteitag gegen die Beteiligung und für den Bau neuer Kraftwerke auf Kohlebasis aus.

Das Brokdorf-Projekt wird von den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) und den Hamburgischen Elektricitätswerken (HEW) betrieben; beide Unternehmen sind zu je 50 Prozent daran beteiligt. Bei der HEW hält der Hamburger Senat 72 Prozent des Aktienkapitals. Die NWK ist zu 69 Prozent in den Händen der Preußenelektra, die wiederum zu 86,5 Prozent im Besitz der VEBA ist. Die VEBA steht unter der Kontrolle des Bundes (er hält 43,75 Prozent der Aktien, der Rest ist auf Kleinaktionäre verstreut).

Seitdem die schleswig-holsteinische Landesregierung im Oktober 1973 die Gemeinde Brokdorf an der Unterelbe zum Standort eines neuen Atomkraftwerks bestimmte, ist das Projekt heftig umstritten. Nicht zuletzt deswegen, weil es in dieser Region schon jetzt mit den AKWs Stade, Brunsbüttel und Krümmel (soll 1983 ans Netz gehen) eine außerordentlich gefährliche Ballung von Atomkraftwerken gibt. Und gerade Brunsbüttel, in dem ein Störfall den anderen ablöst, ist ein drastisches Beispiel für die tödlichen Risiken des Atomprogramms. Der Widerstand gegen den Bau des AKWs Brokdorf schlug sich unter anderem in mehreren Massendemonstrationen nieder, an denen sich jeweils Zehntausende beteiligten.



Demonstration in Hamburg gegen das AKW Brokdorf

Diese Bewegung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die SPD. Schon frühzeitig legte sich die Partei in Schleswig-Holstein gegen Brokdorf fest und erklärte ihre Absicht, bei einem eventuellen Wahlsieg das Projekt zu stoppen. Bis jetzt haben sich auch der SPD-Bezirk Hannover und der Landesverband Bremen gegen Brokdorf ausgesprochen. Eine besondere Bedeutung kam wegen der erwähnten Beteiligung der HEW natürlich der Hamburger SPD zu. Es gab zwar hier auch einen Parteibeschluß gegen das AKW; der Senat hielt jedoch trotzdem an der Brokdorf-Beteiligung fest.

Der Konflikt spitzte sich dann dadurch weiter zu, daß sich der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Hans-Ulrich-Klose, auf die Seite der Parteibasis stellte und sich für einen Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt stark machte. Klose argumentierte vor allem mit der hohen Abhängigkeit Hamburgs vom Atomstrom. Sie liegt heute schon bei 35 Prozent, wird in zwei Jahren nach der Inbetriebnahme von Krümmel bei 50 Prozent liegen und würde bei einer Beteiligung am Brokdorf-Projekt auf über 70 Prozent steigen. In der Tat veranschaulichen solche Zahlen, daß die Parolen der SPD-Führung vom Vorrang der Kohle und vom langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie reine Schaumschlägerei sind.

Solche Parolen sollen nur den Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm dämpfen, das einzig den Interessen der Elektro- und Energiekonzerne und den Atomrüstungsplänen des westdeutschen Imperialismus dient. In der Hamburger Debatte über die Brokdorf-Beteiligung versuchten die HEW-Bosse und die rechten Parteiführer diese Interessen zu verschleiern, indem sie den Bau des AKWs als die einzige Möglichkeit hinstellten, um eine Katastrophe der Energieversorgung in der Hansestadt zu verhindern. Ohne Brokdorf, so wurde behauptet, entstünde schon 1986 eine gefährliche Kapazitätslücke. Aber solche, aus völlig willkürlichen Berechnungen des künftigen Energiebedarfs abgeleiteten Behauptungen ziehen schon längst nicht mehr. Es sei hier nur an den berühmten Spruch von Filbinger erinnert, mit dem er seinerzeit den Widerstand gegen den Bau des Atomkraftwerks Wyhl einschüchtern wollte: „Ohne Wyhl gehen 1980 in Baden-Württemberg die Lichter aus.“

Ebenso fadenscheinig ist auch das andere Hauptargument der Brokdorfbefürworter: Der Atomstrom wäre wesentlich billiger als der Strom aus Kohlekraftwerken. Tatsächlich hat nämlich Hamburg mit seiner heute schon extrem großen Abhängigkeit vom Atomstrom die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik.

Die Hamburger Atommafia bekam bei ihrem Kampf gegen Klose die massive Unterstützung der Bonner Parteiführer, die jeden Widerstand gegen das Atomprogramm der Bundesregierung niederwalzen wollten. Zu einer Sitzung des Hamburger Parteivorstands am 10. Januar reiste eigens Kriegsminister Apel an. Kloses Antrag auf Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt wurde mit 12 gegen zwei Stimmen niedergebügelt. Dabei sorgte Apel persönlich dafür, daß dieses Ergebnis auch in einem offiziellen Beschluß des Parteivorstands zum Ausdruck gebracht wurde. Die Absicht war deutlich: Bürgermeister Klose sollte isoliert werden — der erste Schritt, um ihn vollständig abzusägen. Als Nachfolger war schon einer der Rechtsaußen der Hamburger Partei, Fraktionsvorsitzender Hartmann, im Gespräch. (Bei dieser von Bonn aus gestarteten Intrige ging es nicht nur um Kloses Widerstand gegen das Brokdorf-Projekt; der Hamburger Bürgermeister paßt den Bonner Parteibossen etwa wegen seiner Haltung in der Aussperrungs- oder in der Berufsverbotsfrage schon lange nicht mehr ins Konzept).

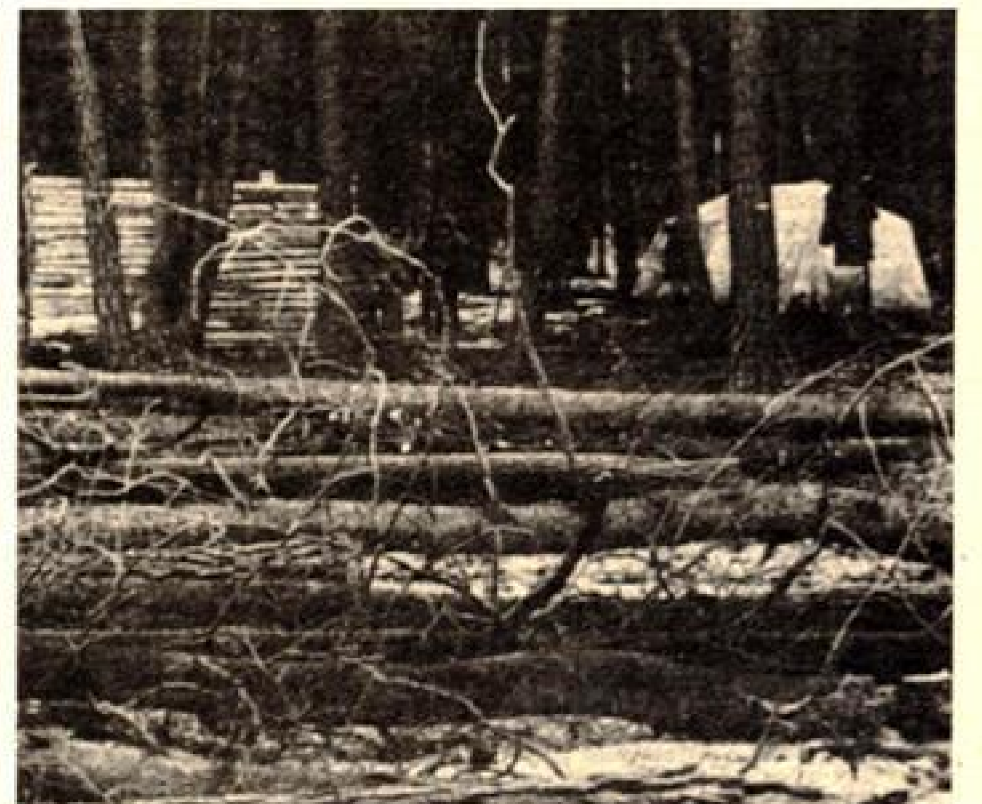
Der Hamburger Parteitag brachte dann jedoch eine unerwartet große Rückendeckung für Klose. Bundeskanzler Schmidt — der seinen Wahlkreis in Hamburg-Bergedorf hat — wagte sich erst gar nicht an die Elbe. Wieder mußte Apel die Rolle des Einpeitschers für das Bonner Atomprogramm übernehmen. Der Kriegsminister ging allerdings völlig unter, der Parteitag sprach sich deutlich gegen den Bonner Kurs aus. Eine neue schwere Schlappe für Schmidt und seine Mannschaft, die deutlich machte, daß sich die Bonner Parteiführung zunehmend von der Basis isoliert.

Mit dem Hamburger Parteitagsbeschluß ist aber keineswegs das Ende für das Brokdorf-Projekt eingeleitet. Zum einen muß jetzt der Senat, der formal nicht an den Beschluß gebunden ist, über einen Hamburger Ausstieg entscheiden. Und sollte sich die HEW tatsächlich aus dem Projekt zurückziehen, steht schon ein Ersatzpartner bereit. Nach erklärtem Willen der Bundesregierung soll dann die VEBA-Tochter Preußenelektra den Anteil der HEW an Brokdorf übernehmen. Das würde bedeuten: Gegen den erklärten Willen der ganzen norddeutschen SPD betreibt dann die Bundesregierung den Bau des AKWs Brokdorf in trauter Gemeinsamkeit mit dem schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Stoltenberg. Eine große Atom-Koalition gegen die Parteibasis. Der SPD-Oppositionsführer im Kieler Landtag, Matthiessen, hat daraus am Wochenende die Konsequenz gezogen, als Spitzenkandidat für die Landtagswahl im übernächsten Jahr zurückzutreten.

Die Haltung der Schmidt-Regierung, die sich als ausführendes Organ der Monopolinteressen so brutal auch über den erklärten Willen der eigenen Parteibasis hinwegsetzt, wird die Widersprüche innerhalb der SPD noch weiter zuspitzen. Gleiches gilt auch für die Gewerkschaften, wo die rechtssozialdemokratischen Bonzen das Brokdorf-Projekt massiv unterstützen. IGM-Boß Loderer zum Beispiel hat ebenso wie Apel versucht, den Sonderparteitag der SPD in Hamburg zu beeinflussen, indem er unmittelbar zuvor in einem Interview den Bau von Brokdorf forderte. Gegen einen Hamburger Ausstieg hat sich auch die örtliche DGB-Führung ausgesprochen, während beispielsweise die IG DruPa und die GEW klar gegen Brokdorf Stellung bezogen haben.

Viele Gewerkschafter haben sich dann auch an der großen Demonstration beteiligt, mit der anläßlich des Hamburger Parteitags etwa 15 000 Menschen gegen den Bau des AKWs an der Unterelbe protestiert haben. Hamburg glich an diesem Tag einer Festung; der Senat hatte ein Polizeiaufgebot wie selten zuvor aufrücken lassen. Eine hauptsächlich von Bürgerinitiativen getragene Demonstration war kurzerhand verboten worden. Sie formierte sich aber trotzdem; im Abstand von 100 Metern folgte eine weitere, von den Jusos (die lieber unter sich bleiben wollten) angemeldete Demonstration auf der gleichen Route.

Der Aufmarsch der AKW-Gegner in Hamburg war jedoch nur der Auftakt für neue Kampfaktionen gegen Brokdorf. Denn wenige Tage nach dem SPD-Parteitag wurden nach einer jahrelangen Unterbrechung die Bauarbeiten am Atomkraftwerk wieder aufgenommen. Entschiedener Widerstand ist also notwendig. Nachdem schon der Beginn der Bauarbeiten am vergangenen Freitag durch Protestaktionen behindert wurde, ist für den 28. Februar eine neue Großdemonstration in Brokdorf geplant.


Hüttendorf auf dem Gelände der geplanten Giftmülldeponie in Mainhausen

KKWs, Aufbereitungsanlagen, Mülldeponien:

Großmüllager Hessen?

Die Pläne von Börner und Co.

MAINHAUSEN.— Börner, Karry und Co. erweisen sich nicht nur in der Frage des Flughafenausbaus bei Frankfurt als willige Handlanger der Konzerne und rücksichtslose Vernichter der Umwelt. Sie sind auch entschlossen, Hessen der Industrie für Atomanlagen, Atom- und Giftmülldeponien usw. zur Verfügung zu stellen und dabei unter anderem die Vernichtung von Erholungsgebieten und die Verseuchung von Luft und Wasser hinzunehmen. Sie stoßen allerdings überall auf den Widerstand der Bevölkerung. Dafür drei Beispiele aus den letzten Wochen.

Keine Atomanlage bei Volkmarsen!

Am 21. Januar demonstrierten in Volkmarsen (Kreis Waldeck-Frankenberg) rund 800 Bürger gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe in der Nähe ihres Wohnortes. Nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz marschierten sie in einem Fackelzug durch die Ortschaft.

Die Parteien machen sich für den Bau stark, fürchten aber den Widerstand der Bevölkerung. Opposition regt sich inzwischen auch an der Basis der SPD Nordhessen. Sie soll auf dem genannten außerordentlichen Unterbezirksparteitag am 14.2. zum Tragen kommen. Offensichtlich um die Partei „Einzunorden“, hat Ministerpräsident Börner vorher seinen Besuch bei den SPD-Mandatsträgern angekündigt.

Protest gegen Atommüllager

In Roßberg im Landkreis Marburg-Biedenkopf befindet sich ein Sammellager für radioaktive Abfälle. Offenbar hat die Landesregierung jetzt vor, dieses Lager nicht nur erheblich auszuweiten — sie will das jetzt 5 400 Quadratmeter umfassende Gelände auf 27000 Quadratmeter ausdehnen —, sondern es stillschweigend in eine Endlagerstätte für Atommüll umzuwandeln!

Da der Bund im Moment kein Endlager anbieten kann — was auch auf den Widerstand der Menschen in unserem Land zurückzuführen ist — sollen jetzt wohl die Länder solche Lager errichten. Sie haben den Vorteil, kein „Planfeststellungsverfahren“ durchführen zu müssen, d. h. vor dem Bau oder Ausbau von Atomanlagen das Bauziel, die Art der zu lagernden Stoffe, die Sicherheitsvorkehrungen usw. offenzulegen.

Nach der Landesgesetzgebung ist hierfür nur die Genehmigung durch die zuständige Behörde nötig, die in Hessen bereits feststeht. Die Bürger von Roßberg trauen den Politikern nicht mehr, die ihre Pläne nicht offenlegen und nur beruhigende Worte finden. Sie sind bereits beim Bau des jetzigen Sammellages belogen worden. Vor diesem Bau wurde eine Erweiterung ausdrücklich ausgeschlossen und versprochen, es sollten grundsätzlich nur feste radioaktive Stoffe gelagert werden.

Die Roßberger befürchten auch zu Recht, daß bei ihnen eine Endlagerstätte für Kernkraftwerksmüll entstehen soll, die schon bei der Planung eines AKWs in Kirchhain und einer Wiederaufbereitungsanlage in Rabenau eine Rolle spielt.

Tausende gegen Giftmülldeponie

Eine zentrale Giftmülldeponie will die hessische Industriemüll GmbH (HIM) bei Mainhausen (Kreis Offenbach) anlegen lassen. Der Standort liegt sehr günstig für die großen Umweltverschmutzer Hoechst, Merck und Degussa. Das Land Hessen hat grünes Licht gegeben. Dabei interessiert nicht, daß sich unter dem geplanten Standort eines der letzten großen Trinkwasserreservate Südhessens befindet, die Wirtschaftlichkeit für die Unternehmen ist da wichtiger. Übrigens sind die Gesellschafter der HIM zur Hälfte das Land Hessen, zur anderen Hälfte eben Hoechst, Merck, Degussa und andere.

Die Bürger aber machen nicht mit. Auf der vorgesehenen Baustelle entstand ein Hüttendorf. Seine Bewohner verhinderten die bereits vorgesehene Abholzung des Waldes. Am 1. Februar zogen mehrere tausend Menschen in einer Demonstration zum Bauplatz. Aus dem gesamten Bundesgebiet erhielten die Besetzer Solidaritätserklärungen und Sachspenden.

Sie haben ihre Skrupellosigkeit zur Genüge unter Beweis gestellt, die kapitalshörigen Politiker unter der Regie von Börner und Karry. Aber sie haben ihre Rechnung ohne die Menschen gemacht. Wenn diese fest zusammenstehen, werden sie den Herren einen dicken Strich durch die Rechnung machen!

Lohnrunde Metall: den Streik vorbereiten

Schluß mit den Unternehmer-provokationen — Urabstimmung!

„Spontane" Aussperrung angedroht / Ultimative Forderung an IGM

In der zweiten Verhandlungsrunde haben die Metall-Unternehmer ihren Provokationskurs noch verschärft. Sie hielten weiterhin an ihrem völlig indiskutablen Hohnangebot von 2,5 Prozent fest und forderten zugleich ultimativ von der IG Metall, sie solle von ihrer 8-Prozent-Forderung heruntergehen.

Bevor die IG Metall von den 8 Prozent nicht heruntergeht, würden sie auch kein höheres Angebot vorlegen, erklärten die Vertreter der Unternehmerseite unverfroren. Dabei ist doch klar, daß 8 Prozent die absolute Untergrenze ist, wenn von einer Verteidigung der Reallöhne überhaupt die Rede sein soll.

Zugleich droht Gesamtmetall in typischer Erpressermanier, daß man im Falle von spontanen Warnstreiks mit „spontanen" mehrstündigen Aussperrungen kontern will!

Die Gewerkschaft darf diese immer dreisteren Provokationen der Kapitalisten jetzt nicht mehr länger hinnehmen. Es wird höchste Zeit, daß den Herrschaften in den Chefetagen endlich die gewerkschaftliche Kraft und Kampfentschlossenheit vor Augen geführt wird!

Inzwischen sieht doch ein Blinder mit dem Krückstock, daß in der diesjährigen Lohnrunde ohne harten Arbeitskampf für die Gewerkschaften überhaupt nichts läuft. Und eine Schlichtung kann zu nichts anderem führen, als zu einem schmerzhaften Abbau der Reallöhne. Deshalb stärkt jedes weitere Abwarten und Sichhinhaltenlassen jetzt nur die Unternehmerfront.

Nach dem im vergangenen Jahr abgeschlossenen neuen Schlichtungsabkommen läuft die Friedenspflicht noch bis zum 28. Februar. Dies darf jedoch nicht als bequeme Ausrede für die Gewerkschaftsführung herhalten. Von einem Tariffrieden kann unter den gegebenen Umständen überhaupt keine Rede sein.

Allein schon die Materialschlacht, die von der Unternehmerseite mit ihren aufwendigen Hetz- und Lügen-Anzeigen in der Presse gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften betrieben wird, macht jeden „Tariffrieden" zur Farce!

Nichts kann die IG Metall daran hindern, Protestaktionen gegen das unverschämte und erpresserische Vorhaben von Gesamtmetall zu organisieren. Und die Vorbereitung des Streiks, dessen Notwendigkeit inzwischen unbestreitbar ist, kann ohnedies völlig unabhängig vom Ablauf der sogenannten Friedenspflicht in Angriff genommen werden.

Die entsprechende Aufklärungsarbeit und die notwendigen organisatorischen Vorkehrungen müssen ab sofort mit aller Entschiedenheit vorangetrieben werden! Jetzt muß die Parole heißen: Urabstimmung! Für 8 Prozent mehr Lohn und die geforderten Sockelbeträge geschlossen in den Streik treten — das ist der einzige Weg, einen Reallohnabbau zu verhindern!

Lohnrunde ÖTV:

Vorstand mit seiner „Empfehlung" allein

ÖTV-Vorsitzender Kluncker wollte der Basis eine reine Prozentforderung verordnen, und dazu in Höhe von nur 7 Prozent. Die Diskussionen an der gewerkschaftlichen Basis und in den Betrieben aber zeigen: damit steht der ÖTV-Vorstand allein auf weiter Flur.

Die **Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Heidelberg** sprach sich für eine Forderung von 8,4 Prozent, mindestens aber 204 Mark aus. Die **ÖTV-Vertrauensleute der Städtischen Krankenanstalten Mannheim** fordern 7 Prozent, mindestens aber 250 Mark mehr Lohn und Gehalt monatlich, dazu eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 Mark. Die **ÖTV-Mitgliederversammlung des Stadtjugendamtes Mannheim** fordert 10 Prozent mehr, mindestens aber 200 Mark plus 200 Mark mehr Urlaubsgeld. Im **Krankenhaus Frankfurt-Hoechst** stellten die **Vertrauensleute** die Forderung 210 Mark Festgeld plus 9 Prozent auf die Zulagen aus. Die **Vertrauensleute des Westberliner Virchow-Krankenhauses** verlangen 250 Mark Festgeld. Die **Mitgliederversammlung der ÖTV im Krankenhaus Northeim** fordert einen Festbetrag von 260 Mark. In der **Gesamthochschule Kassel** halten die **Vertrauensleute** 8,5 Prozent, mindestens aber 200 Mark für sinnvoll und stellten gleichzeitig als Alternativmöglichkeit eine einheitliche Festgeldforderung von 200 Mark zur Diskussion. In **Dortmund** stellte die **Mitgliederversammlung der Stadtverwaltung** als Forderung 180 Mark Festgeld auf. Ebenfalls 180 Mark Festgeld forderte die **Mitgliederversammlung der Städtischen Kliniken in Dortmund.**

Gewerkschafter unterstützen Appell an Bundesregierung

Nein zur Stationierung der neuen US-Atomraketen!

Mahlein fordert Stopp des Rüstungsexports

Zahlreiche Gewerkschafter, vor allem aus der IG Druck und Papier und der IG Metall, haben in den vergangenen Wochen den „Krefelder Appell" unterzeichnet, der die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zur Stationierung der neuen US-Atomraketen in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Mitte November hatte in Krefeld eine Forum gegen Atomrüstung stattgefunden, dessen Teilnehmer einen gemeinsamen Appell an die Bundesregierung verfaßt haben. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, ihre „Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen". Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" hat inzwischen eine Kampagne begonnen, deren Ziel es ist, eine Million Unterschriften für diese Forderung zu sammeln.

In den letzten Wochen haben sich zahlreiche Gewerkschafter bzw. Funktionäre aus der IG Druck und Papier und der IG Metall diesem Appell angeschlossen.

Bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg Huckingen wurde der Appell von **147 IG-Metall-Vertrauensleuten**, ferner von den **Mitgliedern der Jugendvertretung** sowie von einer Reihe von **Betriebsräten** unterzeichnet. Die **Vertrauenskörperleitung** der zum Thyssen-Konzern gehörenden **Gießerei Meiderich** hat sich dem Appell ebenfalls angeschlossen. Einen entsprechenden Appell unterzeichneten auch in **Stuttgart mehr als 20 Gewerkschaftsfunktionäre der IG Druck und Papier.** In **Frankfurt** wurde der Appell auf der **Bezirksversammlung der IG Druck und Papier von 73 Funktionären** dieser Gewerkschaft unterschrieben.

Dieses Eintreten aktiver Gewerkschafter gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung ist angesichts der jüngsten Entwicklung, insbesondere des von dem neuen amerikanischen Präsidenten Reagan verkündeten Kriegskurses, besonders begrüßenswert und wichtig. Die bedrohlich wachsende Kriegsgefahr und das abenteuerliche Mitziehen Bonns mit dem Kurs Reagans fordert insbesondere auch die Gewerkschaften zum Widerstand heraus. Die DGB-Führung jedoch widersetzt sich hartnäckig jedem konsequenten Kampf gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr.

Leonhard Mahlein fordert Stopp des Rüstungsexports

In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt forderte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, vor kurzem, daß der Export von Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik gestoppt werden soll.

In dem Brief Mahleins, der in der letzten Ausgabe des Zentralorgans der IG Druck „druck und papier" abgedruckt wurde, heißt es unter anderem:

„Jeder Rüstungsexport, namentlich in Krisengebiete, provoziert weiteren Export, auch aus anderen Staaten, und trägt dazu bei, daß sich die Spirale der Aufrüstung weiter dreht. Internationale Spannungen werden wachsen. Gleichzeitig fördert eine weitere Zunahme des Rüstungsexports die Abhängigkeit einzelner Unternehmen oder Wirtschaftszweige von der Nachfrage nach Militärgütern. Um so schwerer wird es politisch und ökonomisch, in Zukunft die Rüstungsproduktion zu stoppen oder gar einzuschränken. Auch beschäftigungs- und wirtschaftspolitische Gründe sprechen gegen eine Ausweitung der Rüstungsproduktion und damit auch des Rüstungsexports.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, den Appell, ihr politisches Gewicht dafür einzusetzen, daß jegliches Ansteigen der Ausfuhr von Rüstungsgütern verhindert wird und daß der gegenwärtige Anteil wieder rückgängig gemacht wird. Keinesfalls dürfen die zur Zeit anstehenden Geschäfte mit Chile und Saudi-Arabien, beides Staaten in Spannungsgebieten, ausgeführt werden."

„Times-Prozeß" —Gewerkschafter vor Gericht

Solidarität mit den angeklagten IG-Druck-Funktionären!

Prozeßbeginn am 19. Februar im Landgericht Darmstadt

FRANKFURT.— Auf den 19. Februar hat das Landgericht Darmstadt den Prozeßbeginn gegen die drei Funktionäre der IG Druck und Papier gelegt, die wegen einer Solidaritätsaktion der IG Druck zur Verhinderung einer Streikbruchausgabe der britischen Zeitung „Times" angeklagt sind.

Im April 1979 konnte die IG Druck durch eine Solidaritätsaktion verhindern, daß in der türkischen TER-Druckerei in Neu-Isenburg eine Streikbruchausgabe der „Times" gedruckt wurde. Die britischen Druckergewerkschaft NCA führte damals einen monatelangen Kampf gegen die Einführung neuer Techniken bei der Satzherstellung auf dem Rücken der Belegschaft. Die Belegschaft stand im Streik und war ausgesperrt.

Bei TER-Druck kam es zum Streik gegen die Herstellung der Streikbruchausgabe. Vor der Druckerei demonstrierten deutschen und türkische Kollegen. Die Aktion dauerte einen Tag und eine Nacht. Die Streikbruchausgabe wurde verhindert, was einen wichtigen Beitrag zum schließlichen erfolgreichen Abschluß des Kampfes der „Times"-Belegschaft darstellte.

Die Zeitungsverleger konnten diese Schlappe nicht verwinden. Die TER-Druckerei zusammen mit den hessischen Zeitungsverlegern und Druckunternehmern stellte Strafanzeige wegen versuchter Brandstiftung, Nötigung, Land- und Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Mit Lügenmärchen, die von den Verlegern in die ihnen ja gehörenden Zeitungen lanciert wurden, entfachte man eine Verleumdungskampagne, um diesen Vorwürfen, die völlig haltlos sind, eine Grundlage zu verleihen. Da war von „Gewalt und Terror" die Rede, von „benzingetränkten Lappen" und „Bombenattentaten".

Zwar mußte die Staatsanwaltschaft angesichts der Haltlosigkeit der Beschuldigungen die Anklage auf Landfriedensbruch, Brandstiftung und Körperverletzung fallen lassen. Jedoch erhob sie Anklage wegen Nötigung und Hausfriedensbruch. Angeklagt sind die Kollegen Manfred Balder, 2. Landesbezirksvorsitzender in Frankfurt und Werner Wurstius, Bezirkssekretär in Frankfurt.

Aber es geht nicht nur gegen diese drei Kollegen. Hier handelt es sich um einen Angriff auf das Streik- und Demonstrationsrecht. Gewerkschaftliche Aktivitäten, insbesondere Aktionen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse sollen kriminalisiert werden. Völlig zu Recht erklärte der hessische Landesbezirksvorsitzende der IG Druck, Ernst Kersting, in einem Interview mit der „progressiv-presse-agentur (ppa):

„Mit dem Verfahren wird versucht, gewerkschaftliches Handeln als kriminell zu diffamieren. Damit sollen durch die juristische Hintertür den Gewerkschaften Fesseln angelegt werden, die letztlich die gesamte Gewerkschaftsbewegung in ihrer Handlungsfreiheit einschnüren. Darin liegt ja die eigentliche Gefahr dieses Strafverfahrens.

Damit stellt dieses Verfahren neben der Aussperrung, dem Tabukatalog und dem Lohnboykott einen besonders eklatanten und aggressiven Angriff auf unsere Gewerkschaftsrechte dar."

Wir rufen deshalb alle Gewerkschafter auf, Protestmaßnahmen gegen dieses Strafverfahren zu organisieren bzw. zu unterstützen. Wer die Möglichkeit hat, sollte außerdem am 19. Februar zum Landgericht Darmstadt kommen, um zu helfen, dem Protest gegen diesen Prozeß und der Solidarität mit den angeklagten Kollegen einen möglichst starken Ausdruck zu geben.

„Dem Naziterror Einhalt gebieten"

Gewerkschaftsfunktionäre fordern Verbot der Neonazis

FRANKFURT.— Namhafte Gewerkschaftsfunktionäre, Wissenschaftler, Abgeordnete und Schriftsteller haben Ende Januar in Frankfurt einen gemeinsamen Appell unter der Losung „Dem Naziterror Einhalt gebieten" veröffentlicht.

Der Appell ist an den Bundestag, die Bundesregierung sowie an die Landtage und Landesregierungen gerichtet. Durch weitere Unterschriften bekannter Persönlichkeiten, öffentliche Eklärungen, Konferenzen und Kundgebungen soll ihm ein noch stärkerer Nachdruck verliehen werden. Der Appell soll am 8. Mai, dem Jahrestag des Zusammenbruchs der Naziherrschaft in Deutschland, der Bundesregierung übergeben werden.

Gefordert wird darin von Regierung und Parlament: „Volle Einhaltung und strikte Anwendung der bestehenden Gesetze, um jegliche Aktivität und Propaganda der Neonazigruppen zu unterbinden; Verbot und Auflösung neonazistischer Gruppen."

Neben Schriftstellern und Wissenschaftlern wie zum Beispiel Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Prof. Dr. Ulrich Klug sowie Vertretern verschiedener Verbände wie Dr. Werner Holtfort, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltvereins, haben auch eine Reihe bekannter Gewerkschaftsfunktionäre den Appell unterzeichnet. So die Gewerkschaftsvorsitzenden Kurt Georgi (Holz und Kunststoff) und Leonhard Mahlein (Druck und Papier); ferner das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV, Christian Götz, der Frankfurter Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, Heinz Werner Wurstius, und der Betriebsratsvorsitzende der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg, Karlheinz Stommel.

Diese begrüßenswerte Initiative sollte unserer Meinung nach insbesondere von gewerkschaftlicher Seite durch breit angelegte Aktivitäten unterstützt und ergänzt werden, die in die gleiche Richtung gehen.

In diesem Zusammenhang sei an den einstimmig gefaßten Beschluß des letzten Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier erinnert, daß im Anschluß an den Gewerkschaftstag eine Unterschriftensammlung für das Verbot der neonazistischen Organisationen durchgeführt werden soll.

Letztgenannter Beschluß war unter dem Eindruck des furchtbaren neonazistischen Massakers beim Münchener Oktoberfest gefaßt worden. Die weitere Entwicklung bis heute hat gezeigt, daß gegen die wachsenden terroristischen Aktivitäten der Neonazis seitens der Regierung und der Behörden keine durchgreifenden Maßnahmen ergriffen werden.

Alarmierend ist auch die passive Haltung, die die DGB-Führung nach dem Blutbad von München an den Tag gelegt und an der sich bis heute nichts wesentliches geändert hat.

Um so wichtiger ist es, daß gerade von den aktiven Gewerkschaftern an der Basis der Kampf gegen die Nazi-Aktivitäten verstärkt wird. Dabei muß auch klar und eindeutig das Verbot der NPD gefordert werden.

Hoesch/Dortmund: Unruhe in der Belegschaft wächst

„Das nächste Mal kommen wir nicht mehr in friedlicher Absicht“

Protestkundgebung vor Hauptverwaltung • Hungerstreik von Arbeiterfrauen

DORTMUND.— Der Aufsichtsrat des Estel-Hoesch Stahlkonzerns konnte am Donnerstag vergangener Woche nicht in Ruhe tagen. Sprechchöre („Stahlwerk jetzt!“) und Arbeiterlieder klangen den Herren in den Ohren. Vor dem Tagungsort, der Hoesch-Hauptverwaltung, hatten sich rund tausend Hoesch-Arbeiter zu einer Protestkundgebung versammelt.

Eine neue „Absichtserklärung“ hatte die Konzernleitung vorgelegt, die im Rahmen des „Sanierungsprogramms“ (sprich: Programm zur Vernichtung der Stahlbasis) noch weitergehende Maßnahmen als die bisher offiziell verkündeten vorsieht.

Demnach soll neben dem Standort Werk Union auch der Standort in Dortmund-Hörde (Werk Phoenix) noch in den achtziger Jahren dichtgemacht werden. Die Produktion soll auf ein einziges Werk, das Werk Westfalenhütte, beschränkt werden. Der Belegschaftsabbau soll nun auch in Form von direkten Massenentlassungen im Rahmen von Abfindungsaktionen vorangetrieben werden. Auch jüngere Kollegen sollen auf die Straße gesetzt werden. Das Ersatzstahlwerk für die stillgelegten Siemens-Martin-Werke soll endgültig gestrichen werden.

Nach diesen jetzt verkündeten Absichten würden einschließlich der bereits weitgehend vollzogenen Vernichtung von 4 200 Arbeitsplätzen insgesamt 12 000 Kollegen „abgebaut“. Und die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß dies alles auf die völlig Vernichtung der Rohstahlerzeugung hinausläuft mit all ihrer verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkung für Dortmund und das östliche Ruhrgebiet.

Während die IG-Metall-Ortsverwaltung und die Betriebsratsspitzen von Hoesch nach wie vor die Politik des Stillhaltens und des Verhandelns über immer radikalere Angriffe der Konzernspitze fortsetzen, wachsen Erbitterung und Unruhe in den Belegschaften. **Im Anschluß an eine gemeinsame Vertrauensleute-Vollversammlung demonstrierten am Donnerstag vergangener Woche rund 1 000 Kollegen vor der Hoesch-Hauptverwaltung, wo gleichzeitig der Aufsichtsrat tagte.**

Während eine Delegation der Stahlwerker den Aufsichtsräten eine Protestresolution überbrachte, riefen die versammelten Arbeiter immer wieder im Chor: **„Stahlwerk jetzt!“** Das Lied **„Brüder zur Sonne, zur Freiheit“** wurde angestimmt.

Und immer mehr Stimmen unter den Versammelten wurden laut, die forderten, daß man einfach in das Verwaltungsgebäude eindringen und den Herren die Bude heiß machen solle.

Die Funktionäre der IG Metall, die die Kundgebung leiteten, mochten allerdings davon nichts wissen. Immerhin ließen sie sich am Ende der Versammlung zu der Ankündigung hinreißen: **„Das nächstemal — das soll Herr Rohwedder sich hinter die Ohren schreiben — kommen wir nicht mehr in friedlicher Absicht!“**

Diese Worte waren durch die Stimmung der versammelten Kollegen „inspiriert“. Und mit solchen Ankündigungen muß die IG Metall jetzt endlich ernstmachen. Zahlreiche Kollegen auf der Kundgebung zeigten sich erbittert, daß ihre Gewerkschaft nicht endlich ernsthafte Kampfmaßnahmen organisiert. **„Wenn wir immer nur solche Protestkundgebungen abhalten, machen wir uns mit der Zeit lächerlich“** lautete eine Meinung, die man häufig hören konnte.

Die Betriebszeitung unserer Partei „Stählerne Faust“ hatte eine Woche zuvor bereits den folgenden Vorschlag gemacht: **„Sollte auf den Aufsichtsratssitzungen kein eindeutiger Beschluß über den Bau des Stahlwerks fallen: Sofortige Vorbereitung von Urabstimmung und Streik!“** Darüber wird jetzt sicherlich verstärkt die Diskussion in den Abteilungen laufen. Denn wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen Massenentlassungen auf der Tagesordnung.

Einen guten Beitrag zur Stärkung des Widerstandswillens der Belegschaft haben Mitglieder der Initiative der Hoesch-Arbeiterfrauen geleistet: **Zehn Frauen und ein Betriebspfarrer traten am Mittwoch früh in einen befristeten dreitägigen Hungerstreik.**

Diese Aktion erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Sogar die „Bild“zeitung berichtete in großer Aufmachung darüber. Und diese Aktion bewies auch überzeugend, daß die Solidarität in der Bevölkerung und in den Gewerkschaften für die Hoesch-Belegschaften nach wie vor enorm stark ist: **Bergeweise Solidaritätsadressen und Blumen, aber auch Geldspenden liefen bei den Arbeiterfrauen ein, die ihre Aktion direkt vor dem Haupttor der Westfalenhütte durchführten.** Sie hatten dort einen Wohnwagen und ein Zelt aufgestellt.

Die Kolleginnen kündigten an, daß sie auch nach dem Hungerstreik weitere Aktionen machen werden. In einer Erklärung schrieben sie: **„Wir lassen uns unsere Stadt, unsere Zukunft nicht kaputtmachen.“**



Protestkundgebung der Hoesch-Arbeiter für ein neues Stahlwerk


Hungerstreik neben dem Haupttor des Hoesch-Werks Westfalenhütte

„Lieber heute hungern als morgen zum Sozialamt!“

Die Teilnehmer am Hungerstreik haben aus ihren Reihen die Kollegin Lilly Vollath zu ihrer Sprecherin gewählt. Am zweiten Tag des Hungerstreiks machten wir mit ihr ein kleines Interview.

RM: Was wollt ihr mit eurer Aktion erreichen?

Lilly Vollath: Wir wollen mit unserer Aktion der Belegschaft und der Gewerkschaft unsere Solidarität zeigen und die Kollegen im Betrieb unterstützen in ihrem Kampf für das ‚Stahlwerk jetzt!‘. Dieser Hungerstreik soll eine symbolische Handlung sein. Daß wir damit beim Konzernvorstand wenig Resonanz haben, habt ihr sicherlich auch mitgekriegt. Aber darüber waren wir uns auch schon von vornherein klar.

Wir werden natürlich weitermachen mit unseren Aktionen. Dabei orientieren wir uns darauf, immer gemeinsam mit der Belegschaft und gemeinsam mit der Gewerkschaft zu kämpfen.

RM: Wie sieht es mit der Solidarität aus, wie spürt ihr sie?

Lilly Vollath: Erstmal haben wir Unmengen an Solidaritätsadressen bekommen. Wir konnten sie noch gar nicht zählen. Das geht also in die laufenden Meter. Dann haben wir bergeweise Blumen bekommen. Und wir haben auch schon einiges an Geldspenden gekriegt. Gerade eben haben wir 300 Mark vom Bezirksvorstand der DKP erhalten. Das ist bis jetzt die höchste Spende. Wir haben sogar von einem Rentner 50 Mark bekommen. Dann haben wir von einer Hoesch-Arbeiterfrau 50 Mark bekommen, die sich dem Hungerstreik gerne angeschlossen hätte, die aber nicht konnte, weil sie ihre kranke Mutter zu versorgen hat. Von der GEW und anderen gewerkschaftlichen Gruppen haben wir auch schon Spenden bekommen. Der Veranstalter des Maria-Farantouri-Konzertes in der Westfalenhalle hat uns Eintrittskarten überreicht. Wir können da morgen Abend offiziell unseren Hungerstreik auf der Bühne beenden. Von der Belegschaft haben wir Koksöfen und einen Heizstrahler übergeben bekommen.

RM: Was sagen denn die Hoesch-Kollegen, wenn sie hier vorbeikommen?

Lilly Vollath: Die sagen: ‚Alle Achtung!‘ Du mußt ja verstehen: Hungern — für Ältere ist das noch ein Begriff. Aber für uns sogenannte Wohlstandsbürger ist der Begriff Hunger ein Horror. Und wir wollen ja klarmachen: Lieber heute hungern als morgen zum Sozialamt! Wenn ich gezwungen bin, mich an das Sozialamt zu wenden, dann kann ich nicht mehr jeden Tag Schinken und sowas essen.

„Ruhe und Ordnung wiederherstellen“

Was ist los in der IG Chemie?

Am 19. Januar erschien in der „Frankfurter Rundschau“ ein Bericht über Aktivitäten von IG-Chemie-Vorsitzendem Hauenschild und Konsorten zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ in dieser Gewerkschaft: Aus Kreisen der IG Chemie sei berichtet worden, daß nun „das große ‚Aufräumen‘ durch den Hauptvorstand“ begonnen habe.

Auf der ersten Sitzung des Beirats der IG Chemie nach dem letzten Gewerkschaftstag, auf dem es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der reaktionären „Hauenschild-Mafia“ und fortschrittlichen Funktionären gekommen war, wurde laut Protokoll beschlossen, daß es notwendig sei, **„wieder Ruhe und Ordnung in die Organisation hineinzubringen“.**

Unter anderem heißt es laut „Frankfurter Rundschau“ in dem Protokoll auch: „Hauptamtliche, die sich absolut nicht mit der Politik der IG Chemie, Papier und Keramik identifizieren können, müssen notfalls von sich aus die Konsequenzen ziehen“.

Vor der Beiratssitzung seien in der IG Chemie neue Unruhen entstanden, weil der Hauptvorstand versucht habe, kritische Funktionäre auszubooten. In verschiedenen Bezirken waren Vertreter des Hauptvorstandes herumgereist, um oppositionelle Funktionäre zum Rücktritt zu zwingen bzw. um zu verhindern, daß Kollegen in Funktionen gewählt werden, die „verdächtig“ sind, mit dem bereits auf dem Gewerkschaftstag „ausgebooteten“ ehemaligen Mitglied des Hauptvorstandes Paul Plumeyer zu sympathisieren.

Der als Nachfolger von Hauenschild vorgesehene Rechtsaußen Herrmann Rappe (SPD-Bundestagsabgeordneter) soll angekündigt haben, man werde **„die Weserachse zerschlagen“.** Gemeint sind damit die Verwaltungsstellen Bremen, Nienburg und Hannoversch-Münden, in denen oppositionelle Funktionäre eine führende Rolle spielen.

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete des weiteren, es sei für den 19. Januar eine Konferenz mit allen Geschäftsführern und Sekretären der Bezirke durch den Hauptvorstand einberufen worden. Diese Konferenz sei von Mitarbeitern der IG-Chemie-Hauptverwaltung als **„Gelöbnisfeier“** gekennzeichnet worden.

Offensichtlich traf diese Kennzeichnung voll zu. Denn weder in der „Frankfurter Rundschau“ noch aus sonstigen Quellen war später irgend etwas über den Verlauf dieser Konferenz zu erfahren!

Gericht verbietet Warnstreik

HAMBURG.— Die von der Standesorganisation Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) für die letzte Januar-Woche angekündigten Warnstreiks beim fliegenden Personal der Lufthansa und ihre Tochtergesellschaft Condor sind vom Landesarbeitsgericht Hamburg verboten worden.

Bei Nichtbefolgung des Verbotes hatte das Gericht eine Geldstrafe von 500 000 Mark angedroht. Damit schloß sich das Gericht der Rechtsauffassung der Lufthansa an, die behauptete, mit ihrer Forderung nach Mitsprache bei der Regelung der Besatzungsstärke im Flugzeugcockpit verstoße die DAG gegen einen Vergleich, der zwischen der Lufthansa und der DAG im Dezember 1980 geschlossen worden war. Die DAG beugte sich dem Urteil, das einen Angriff auf das Streikrecht darstellt, und sagte die Warnstreiks ab.

Oppositionelle Liste bei Hoechst

FRANKFURT.— Im Stammwerk der Hoechst AG in Frankfurt-Höchst und im Werk Kalle des Chemiekonzerns in Wiesbaden werden bei den diesjährigen Betriebsratswahlen Mitglieder der IG Chemie auf oppositionellen Listen kandidieren.

Oppositionelle Gewerkschafter hatten sich für Persönlichkeitswahl eingesetzt. Aber die IG-Chemie-Bonzen setzten Listenwahl durch, obwohl die oppositionellen Kollegen im Stammwerk in Höchst 1 400 Unterschriften für Persönlichkeitswahl sammeln konnten. Auf einer Versammlung erklärten sich nun 21 oppositionelle Kollegen bereit, auf einer gemeinsamen oppositionellen Liste zu kandidieren. Die Liste nennt sich „Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat“.

Im Werk Kalle wurde der Beschluß für eine oppositionelle Liste von der Vertrauenskörper-Leitung gegen den Willen der Ortsverwaltung der IG Chemie gefaßt. Da die Vertrauenskörper-Leitung für ihre Absicht keine Mehrheit im Vertrauenskörper fand, trat sie geschlossen (bis auf ein Mitglied) zurück.

Kampfmaßnahmen einleiten!

An den Protestdemonstrationen, die alle am 14. Februar stattfinden sollen, werden sich alle Kreisbauernverbände beteiligen und sie sollen in allen größeren Städten des Bundesgebiets durchgeführt werden. Darauf einigten sich die Delegierten der 50. Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes. Doch wiederum will sich die Führung des DBV mit einem verbalen Protest begnügen, denn die Schlepper sollen nicht zu den Demonstrationsorten rollen. ein entsprechender Vorschlag wurde abgelehnt.



7 000 Bauern kamen am vergangenen Donnerstag zu einer Protestveranstaltung des Niedersächsischen Landvolkverbands in Verden.

Wie im vergangenen Frühjahr, so will auch diesmal die Verbandsführung unseren gerechten Protest nur auf Sparflamme laufen lassen. Waren es im letzten Jahr müde Kundgebungen, die oftmals von der Öffentlichkeit gar nicht bemerkt wurden, so sollen es nach dem Willen des DBV-Präsidiums die Bauern diesmal lammfromm durch die größeren Städte laufen. Von wirkungsvollen Kampfmaßnahmen hält die Verbandsführung offensichtlich nichts, es besteht vielmehr die Gefahr, daß die Demonstration so angelegt werden, daß unser Zorn wirkungslos verraucht und wir resigniert auf unsere Höfe zurückkehren.

Wer es ernst meint mit dem Stoppen der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft, für den ist die Einleitung von wirkungsvollen Kampfmaßnahmen längst überfällig. Die Öffentlichkeit muß aufgerüttelt werden, und ihre Sympathie muß gewonnen werden. Massive Treckerdemonstrationen können eine solche Weckfunktion übernehmen und so die Aufmerksamkeit auf die weiteren Aktionen der deutschen Bauern lenken. Heereman hat sich gegen einen Kaufstreik der deutschen Bauern ausgesprochen, will er doch die Monopole beschützen, bei denen er sich in die Aufsichtsräte hat einkaufen lassen. Darum sollten wir jetzt erst recht zu einer solchen Kaufenthaltung greifen, zumal sie schon zu einem gewissen Grad verwirklicht ist. Aufgrund der schlechten Finanzlage ist kaum noch ein Betrieb in der Lage, riesige Investitionen vorzunehmen, dies konnte die Landmaschinenindustrie im vergangenen Jahr recht deutlich spüren.

Langfristig angelegte Kampfmaßnahmen werden mit Sicherheit nicht die Zustimmung der Verbandsführung finden, denn solche Maßnahmen müßten sich auch gegen die richten, die Präsident Heereman und Mitstreiter in Wirklichkeit ausschließlich nur vertreten, die Agrarkapitalisten, die Großgrundbesitzer und die Großbauernschaft. Blockieren wir die Einfuhr von ausländischen Futtergetreide, Hafeneinfahrten eignen sich dazu hervorragend, dann sitzt manche Agrarfabrik auf dem „Trockenen". Verhindern wir Zwangsversteigerungen, dann kommen wir in Konflikt mit „unseren" Genossenschaftsbanken. Nein, all dies ist für Heereman „ein Verstoß gegen die berufsständische Solidarität", während Agrarkapital, Banken und Monopole nicht schnell genug an der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft arbeiten können.

Die kommenden Demonstrationen müssen genutzt werden, um die Einleitung von Kamßfmaßnahmen vom DBV zu fordern. Unter den versammelten Bauern muß eine Stimmung dafür geschaffen werden, die die Verbandsführung in gewissen Zugzwang versetzt. Bäuerliche Nothilfegemeinschaften müssen über die Organisationsgrenzen des DBV hinweg eingerichtet werden, die trotz aller Sabotageversuche durch die Verbandsführung Kampfmaßnahmen zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft organisieren. Dafür muß jeder in der kommenden Zeit arbeiten, der sich einer freien Landvolkbewegung verbunden fühlt.

Freies Landvolk
ZEITUNG FÜR DIE FREIE LANDVOLKBEWEGUNG
Nr. 10, Januar 1981 · 4. Jahrgang · Einzelpreis 70 Pfennig · T7271F

Die Artikel auf dieser Seite haben wir der Janaur-Ausgabe des „Freien Landvolks" entnommen. Die vierteljährlich erscheinende Zeitung kostet im Jahresabonnement 4 DM. Sie kann bezogen werden beim Verlag Gerd Coldewey, Seefelder Außendeich, 2883 Stadland 3

US-Army pflügt Felder

Garlstedter Heide. — Langsam unbeliebt machen sich die amerikanischen Truppen nun auch im Umkreis der Garlstedter Heide, die in der Nähe von Bremen liegt. Obwohl diese Truppen erst vor drei Jahren in diesem Gebiet angesiedelt und ihnen Teile der naturgeschützten Heide als Truppenübungsplatz zur Verfügung gestellt wurden, dehnen die Amerikaner ihr Übungsgelände selbstherrlich immer weiter aus. Immer stärker tritt das ein, was Gegner der amerikanischen Truppenansiedlung in der Garlstedter Heide von Anfang an befürchtet hatten. Besonders die Bauern gehörten mit zu den entschiedenen Gegnern.

Mitte November zeigte eine kleine Schar von US-Soldaten, was in ihnen steckt. Innerhalb von drei Tagen richteten sie mit nur 23 Schützenpanzern und sechs Lastwagen Schäden an, als hätte ein NATO-Manöver größten Ausmaßes stattgefunden. Der Gemeindeverwaltung in Hagen wurde mitgeteilt, es sollte in der Gemeinde lediglich die taktische Beweglichkeit erprobt werden, doch als sich der Nebel in den Morgenstunden des 12. Novembers hob, da waren einige Bauern recht erbost. Tiefe Furchen in einigen Feldern, Schützenpanzer wühlten saftige Wiesen um, Panzerspuren in frischbesäten Äckern und umgefahrene Weidegatter waren das Ergebnis rücksichtslosen Kriegsspieles. Ein Bauer wollte sich die Nummern der Schützenpanzer notieren und wurde von einem Kommandanten bedroht. Auch im Umkreis der Garlstedter Heide spielen sich die US-Truppen immer mehr als die Herren im Lande auf.

Bezahlen brauchen die „Verbündeten" die Schäden nicht, die sie anrichten. Dafür ist der deutsche Steuerzahler zuständig. Das Amt für Verteidigungslasten, in diesem Falle mit Sitz in Verden/Aller, greift nach einem entsprechenden Abkommen ins bundesdeutsche Finanzsäckel.



Manöverschäden auch in der Fränkischen Schweiz. Die immer noch laufenden Wintermanöver der US-Armee verursachten schon bis jetzt Flurschäden in Millionenhöhe.

Wohin steuert der Bauernverband Württemberg-Baden?

Böblingen. — Am 8. Dezember 1980 trafen in Böblingen, die Delegierten des Bauernverbandes Württemberg-Baden (BVWB) zusammen, um auf dieser Mitgliederversammlung unter anderem den Tätigkeitsbericht von Präsident Dobler entgegenzunehmen. Dieser Tätigkeitsbericht, so ein Delegierter in einem Brief an das „Freie Landvolk", war der Offenbarungseid einer bauernfeindlichen Politik.

Der BVWB hatte 1979 nur noch 46500 Mitglieder, vor drei Jahren waren es noch 54800 gewesen. Dies entspricht einem jährlichen Mitgliederschwund von über 5 Prozent. Nur ein Bruchteil dieses Mitgliederschwundes ist auf die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft zurückzuführen. Die Bauern im Bereich von Württemberg-Baden haben jährlich „nur" um 1,75 Prozent abgenommen.

Damit ist der Organisierungsgrad im BVWB auf 30,5 Prozent gerutscht, 1976 waren es immerhin noch 33,8 Prozent. Für diesen niedrigen Organisietionsgrad gibt es natürlich auch objektive Ursachen, denn von den 184300 landwirtschaftlichen Betrieben werden nur noch gute 41000 im Vollerwerb bewirtschaftet. Und es ist gerade die Masse der Zu- und Nebenerwerbsbauern, die sich nicht mehr im BVWB organisieren.

Dabei fehlt es diesen Berufskollegen in der Regel nicht an der Erkenntnis, daß wir gemeinsam noch stark sein können. Aber die Politik im BVWB, die Politik im Deutschen Bauernverband, stellt für immer breiter werdende Kreise in der Bauernschaft keine Ermutigung mehr dar.

Der Präsident des Bauernverbandes Württemberg-Baden, Carl Dobler, ist auf vielfache Weise mit der Industrie verschwägert. Seine agrarpolitischen Vorstellungen decken sich nahtlos mit denen der CDU. Dobler lehnte eine Bundestagskandidatur für die CDU mit folgenden Worten ab: **„Ich meine, daß eine saubere Basis da ist, gemeinsam weiter zu marschieren, wenn auch auf getrennten Wegen".** Mit anderen Worten, Dobler will innerhalb des Bauernverbandes das Geschäft der CDU betreiben und dies auf dem Rücken der bäuerlichen Landwirtschaft.

Während die Bauern von Württemberg-Baden mit auf die niedrigsten Reineinkommen blicken müssen und hautnah ihre Ruinierung spüren, erfolgt von seiten der Verbandsführung keine Reaktion, von einigen guten Worten abgesehen. Dabei gehören gerade die Bauern in dieser Region mit zu den kämpferischsten, das haben sie in der Vergangenheit in zahlreichen Aktionen unter Beweis gestellt.

In dieser Situation hat sich nun ein Verband der Landwirte im Nebenberuf in Württemberg-Baden gebildet. Diese Verbandsgründung war die Konsequenz, die mehrere Zu- und Nebenerwerbsbauern aus der bauernfeindlichen Politik des BVWB gezogen haben. Besonders die Anliegen der Bauern im Nebenberuf wurden von der Verbandsführung mit Füßen getreten.

Natürlich begrüßen wir jede kämpferische Initiative der Bauern, also auch diesen Verband der Landwirte im Nebenberuf. Dennoch halten wir die Verbandsgründung für nicht bis zu Ende durchgedacht, und sie wird langfristig keine Lösung für die Gesamtheit der Bauern darstellen können. Obwohl in Württemberg-Baden nur noch gute 30 Prozent der Bauern im Verband organisiert sind, sind wir der Meinung, innerhalb des Bauernverbandes muß eine kämpferische Opposition geschaffen werden. Umfassend haben wir unsere Vorstellungen und Ansichten dazu in der Ausgabe Januar 1980 niedergeschrieben. Deshalb wollen wir an dieser Stelle nur kurz Aspekte anreißen. Zum einen dürfte der politische Einfluß des Bauernverbandes weit über den organisierten Kreis der Bauern in Baden-Württemberg hinausgehen, zumal es den DBV als Dachorganisation gibt. Das bedeutet, daß die unorganisierten 70 Prozent nur zu einem gewissen Teil potentielle Mitglieder des Verbandes der Landwirte im Nebenberuf sein werden. Daraus folgt zum zweiten, daß wir den politischen Einfluß der agrarpolitischen Opposition wirkungsvoll nur innerhalb des bestehenden Bauernverbandes vortragen können, wenn dieser Weg auf den ersten Blick auch beschwerlicher erscheint. Wir dürfen es nicht zulassen, daß es den jetzigen Führern des Bauernverbandes gelingt, die oppositionellen Bauern als die Spalter der Bauerneinheit hinzustellen und uns damit von der Masse der Berufskollegen zu isolieren.

Die Delegiertenversammlung des Bauernverbandes Württemberg-Baden in Böblingen machte deutlich, daß man trotz Mitgliederschwundes den eingeschlagenen Weg der bauernfeindlichen Politik fortsetzen will. Es wurde allerdings auch deutlich, daß sich die Zahl der Delegierten mehrt, die punktuell dagegen ankämpfen wollen. Diese Position gilt es zu stärken, damit nicht Zersplitterung und Resignation den Kampf für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft noch schwieriger machen.

Heeremann fordert Preisanhebung von 10 Prozent

Diese Forderung vollständig durchsetzen!

Bonn. — Eine Anhebung der Marktordnungspreise um 9 bis 10 Prozent hat DBV-Präsident Heereman gefordert. Heereman begründete diese Forderung mit dem Hinweis, daß für 1981 mit einer Inflationsrate von 4 bis 5 Prozent zu rechnen sei und um ein weiteres Absacken der bäuerlichen Einkommen zu verhindern, seien die Agrarpreise real um 2 bis 3 Prozent aufzubessern.

Angesichts der Tatsache, daß das bäuerliche Reineinkommen in den letzten vier Jahren im Durchschnitt um 30 Prozent gesunken ist, ist diese Forderung recht bescheiden und kaum geeignet, unsere Ruinierung aufzuhalten. Doch nun ist diese Forderung vom DBV auf den Tisch gebracht worden, und wir müssen alles daran setzen, damit zumindest diese Forderung vollständig durchgesetzt wird. Bekanntlich ist zwischen Forderung und dem tatsächlichen Ergebnis noch ein großer Spielraum, den wir diesmal sehr klein halten müssen. Die Verbandführung muß von uns verpflichtet werden, für die vollständige Erfüllung unserer Forderung mit allen Mitteln einzutreten!

Wirtschaftsjahr 1979 /1980

Bäuerliches Einkommen weiter gesunken

Nach der Auswertung der Betriebsergebnisse von 20069 buchführenden landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in der Bundesrepublik hat sich das Reineinkommen im Wirtschaftsjahr 1979, 80 mit 20443 DM je Arbeitskraft gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1978/79 um 1,6 Prozent nominal verringert. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate ist das Reineinkommen real um 6,9 Prozent im abgelaufenen Wirtschaftsjahr gesunken. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1980/81 ist mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen.

Das Ergebnis im Wirtschaftsjahr 1975/76 lag noch laut Bonner Agrarbericht bei 25263 DM und selbst eingedenk der Tatsache, daß die offiziellen Angaben für dieses Wirtschaftsjahr höher ausfallen werden, ist für jedermann ersichtlich, wie sehr in den letzten vier Jahren die bäuerlichen Realeinkommen nominal gesunken sind. Rechnen wir dazu noch die Inflationsraten, dann ist das Reineinkommen um annähernd 30 Prozent real gesunken.

Wie bei jedem Bericht, so gibt auch dieser nur Durchschnittszahlen wieder. Die Einkommen der Großbauernschaft und der Agrarkapitalisten sind hierin genauso enthalten wie die Betriebsergebnisse der mittleren Höfe. Die kleinsten Betriebe allerdings sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt worden, weil sonst die Realeinkommen noch weiter absinken würden.

So wird auch der Trend im vergangenen Wirtschaftsjahr angehalten haben, die Reineinkommen der Großbauern und Agrarkapitalisten sind leicht gestiegen, während das der bäuerlichen Landwirtschaft weiter steil abgesunken ist. Lagen die Einkommensunterschiede 1978/79 bei 1:7, so ist mit Sicherheit diese Schere weiter auseinanderklafft. Darum wird der tatsächliche Reineinkommensverlust für die bäuerliche Landwirtschaft in den letzten vier Jahren um die 40-Prozent-Marke schwanken.

Wiederaufnahmeverfahren im Reichstagsbrandprozeß (III)

Die Mörder leben unter uns

Nazi-Blutrichter müssen ins Gefängnis!

Den Freispruch des Marinus van der Lubbe, 1933 von den Nazis als Brandstifter am Deutschen Reichstag zum Tode verurteilt, der im Dezember 1980 in einem Wiederaufnahmeverfahren vom Landgericht Berlin ausgesprochen wurde, haben wir zum Anlaß für einen Artikel genommen, der dieses Urteil kommentiert und an die Bedeutung des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933 erinnert.

In dem Reichtstagsbrandprozeß wollten die Nazis die Kommunisten als Brandstifter hinstellen, die damit angeblich das Signal zum Aufstand geben wollten. Dieser Plan scheiterte vor allem an dem heldenhaften Auftreten Georgi Dimitroffs vor dem Gericht in Leipzig.

Nach ihrer Niederlage im Leipziger Prozeß beseitigten die Faschisten den letzten Anschein eines objektiven Gerichtswesens in ihrem Staat, den zu wahren sie sich in den ersten Monaten noch bemüht hatten. Bewährte Faschisten bezogen die maßgeblichen Positionen im Justizwesen. Für seine zukünftigen Prozeßfarcen baute das Regime die geeigneten Un-Rechtsinstrumente auf. In dieser Hinsicht war die Konsequenz aus dem Fiasko im Reichstagsbrandprozeß die Einrichtung des berüchtigten „Volksgerichtshofes“.

Diese erfolgte durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 24. April 1934. In diesem Gesetz werden unter anderem die Todesstrafe für „Hoch- und Landesverrat“ festgelegt und der **Versuch** oder eine entsprechende **„Willensbetätigung“** der Vollendung der Tat gleichgesetzt. Im Artikel III heißt es dann:

> Artikel III. Volksgerichtshof.[*)]
>
> § 1. Zur Aburteilung von Hochverrats- und Landesverratssachen wird der Volksgerichtshof gebildet.
>
> Der Volksgerichtshof entscheidet in der Hauptverhandlung in der Besetzung von fünf Mitgliedern, außerhalb der Hauptverhandlung in der Besetzung von drei Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden. Der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Es können mehrere Senate gebildet werden.
>
> Anklagebehörde ist der Oberreichsanwalt.
>
> § 2. Die Mitglieder des Volksgerichtshofs und ihre Stellvertreter ernennt der Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsministers der Justiz für die Dauer von fünf Jahren.
>
> § 3. Der Volksgerichtshof ist zuständig für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hochverrats nach §§ 80 bis 84, des Landesverrats nach §§ 89 bis 92, des Angriffs gegen den Reichspräsidenten nach § 94 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs und der Verbrechen nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933[*)] (Reichsgesetzbl. I S. 83).

Hier wird also u.a. ausdrücklich die Notverordnung, die am Tage nach dem Reichstagsbrand erlassen wurde, erwähnt.

Mit dem „Gesetz über den Volksgerichtshof“ vom 18. April 1936 wurde dieses Blutgericht aus einem reichsrechtlich bestellten Sondergericht in ein „ordentliches Gericht mit eigener Anklagebehörde“ umgewandelt. Seine hauptamtlichen Mitglieder wurden auf Lebenszeit berufen.

Blutrichter waren sie wahrhaftig, die Gestalten um Freisler in ihren roten Roben, die ihre Prozesse mit dem Hitler-Gruß begannen und beendeten, eingesetzt von Adolf Hitler persönlich, zum großen Teil selber NSDAP-Mitglieder — eingesetzt zur schonungslosen Verurteilung der Antifaschisten, ein Auftrag, den sie mit Tausenden Todesurteilen zur vollen Zufriedenheit ihrer Auftraggeber erfüllten.

(Wie aus § 1 schon hervorgeht, gab es am VGH Berufsrichter und einen Haufen Laienrichter, die den Anspruch erhoben, das „einfache Volk“ zu repräsentieren und dem von den Nazis beschworenen „gesunden Volksempfinden“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Nun, die Berufsrichter waren nach strengsten Maßstäben ausgesuchte ergebenste Handlanger der Diktatur. Und die „Männer aus dem Volke“, die ehrenamtlichen Mitglieder des VGH, die als Laienrichter den Berufsrichtern gleichberechtigt waren? Das waren fast ohne Ausnahme aktive Wehrmachtsoffiziere, hohe SA- und SS-Führer, die meisten davon ehemalige Offiziere und zu etwa einem Drittel von Adel, sowie einige höhere Beamte vom Regierungsrat aufwärts und eine Reihe hoher Parteifunktionäre der NSDAP. Ein großer Teil dieser ehrenamtlichen Mitglieder des VGH gehörte gleichzeitig der NSDAP-Reichstragsfraktion an.)

Den Zweck des Volksgerichtshofes erläuterte einmal der damalige Oberreichsanwalt in aller Offenheit gegenüber dem Juristen Max Güde, später in der Bundesrepublik erster Generalbundesanwalt: **„Aufgabe des Volksgerichtshofs ist es nicht, Recht zu sprechen, sondern die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten.“** („Spiegel“ 3/1960)

Kein Mensch mit einem Fünkchen demokratischem Verständnis und Denkvermögen kann angesichts dieser Tatsachen leugnen, daß dieser Gerichtshof von Anfang an nicht die geringste Legitimation eines „ordentlichen Gerichts“ selbst nach bürgerlichem Verständnis haben konnte, sondern eine gesetzlose verbrecherische Vereinigung im Auftrage Hitlers war. Die grausamen Urteilssprüche der Jahre bis zur Vernichtung des Hitler-Faschismus sprechen ihre eigene Sprache.



Der Volksgerichthof verkündet ein Todesurteil

Bestrafung der Mörder

Wir wollen hier nicht im einzelnen auf diese Verbrechen eingehen.

Wir wollen aber hier darauf hinweisen, daß noch immer Mitglieder dieses Blutgerichts unter uns leben, ohne jemals wegen ihrer mörderischen Tätigkeit vor ein Gericht gestellt worden zu sein! Und das eben, weil sie als Staatsbedienstete damals dem Staat zu dienen und nach seinen Gesetzen zu handeln hatten — sie hätten deshalb keine Schuld auf sich geladen! Welche Perversion des Denkens offenbart sich in dieser Darstellung durch die Bonner Politiker ...

Nach jahrelangen Kämpfen der Antifaschisten, besonders unter dem Nazi-Regime Verfolgter, wurde zum ersten Mal im Oktober 1980 beim Landgericht in Westberlin ein Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des VGH eröffnet. Allerdings ist über seinen Verlauf bisher nichts öffentlich bekannt geworden.

Viele der Verbrecher sind in der Bundesrepublik nach friedlichem Lebensabend eines natürlichen Todes gestorben. Es bleibt die Forderung aller Antifaschisten, daß alle anderen wegen Mordes auf die Anklagebank gehören und verurteilt werden müssen! Wir Kommunisten unterstützen mit Nachdruck die jüngste Strafanzeige der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) gegen zwölf Richter und Staatsanwälte am „Volksgerichtshof“, die mitgewirkt haben an mindestens 236 Todesurteilen.

Es sind dies:

Bellwinkel, Karl Hermann geboren am 1.9.1904 in Minden, wohnhaft: 4950 Minden, Wilhelmstr. 3.

Nach 1945: Erster Staatsanwalt in Bielefeld (bis 1968)

Vor 1945: Ab 24.10.1944 als Staatsanwalt Hilfsarbeiter beim Oberreichsanwalt des VGH; teilweise Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen; SA- und NSDAP-Mitglied; Mitwirkung an mindestens drei Todesurteilen.

Dr. Bruchhaus geboren am 1.2.1903, wohnhaft: 4006 Erkrath

Nach 1945: Staatsanwalt in Wuppertal (bis 1961)

Vor 1945: Erster Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 33 Todesurteilen.

Dr. Emmerich, Paul geboren am 10.8.1907, wohnhaft: 8000 München, Springerstr. 8

Nach 1945: Landgerichtsdirektor in Saarbrücken (bis 1962)

Vor 1945: Landgerichtsrat in Berlin und beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 13 Todesurteilen.

Dr. Herzlieb, Walter geboren am 21.3.1900, wohnhaft: 3200 Hildesheim, Hohnsen 7

Vor 1945: Oberregierungsrat, später Ministerialrat im Oberkommando der Wehrmacht; seit 1934 ehrenamtlicher Richter (Beisitzer) beim VGH; Mitwirkung an mindestens 43 Todesurteilen.

Dr. Heugel, Heinz geboren am 11.2.1901, wohnhaft: 3420 Herzberg am Harz, Buschstr. 12

Vor 1945: Seit 5.11.1941 beim VGH, zunächst als Hilfsarbeiter, seit 17.10.1942 als Erster Staatsanwalt Planbeamter beim Oberreichsanwalt beim VGH; Mitwirkung an mindestens 11 Todesurteilen.

Jaager, Kurt geboren am 30.1.1904, wohnhaft: 2320 Plön, Unter Rathsteichweg 1

Nach 1945: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Schleswig (bis 1959).

Vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht in Wien; Erster Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen beim Oberreichsanwalt des VGH; Mirwirkung an mindestens an 26 Todesurteilen.

Lorenz, Johannes geboren am 7.3.1907, wohnhaft: 1000 Berlin, Kaiserdamm 102

Nach 1945: Kammergerichtsrat in Westberlin (bis 1970)

Vor 1945: Landgerichtsdirektor beim VGH; Mitwirkung an mindestens drei Todesurteilen.

van Meenen, Günter geboren am 14.2.1895, wohnhaft: 5657 Haan/Rheinland, Dellestr. 31

Nach 1945: Landgerichtsdirektor in Duisburg (bis 1962)

Vor 1945: Landgerichtsrat beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens einem Todesurteil.

Dr. Naucke, Kurt geboren am 9.6.1905, wohnhaft: 3000 Hannover, Tischbeinstr. 38

Nach 1945: Erster Oberstaatsanwalt in Hannover

Vor 1945: Staatsanwalt beim VGH, Mitwirkung an mindestens 19 Todesurteilen

Roemer, Walter geboren am 27.8.1902, wohnhaft: 5300 Bonn, Schedestr. 4

Nach 1945: Ministerialdirektor, Leiter Abt. IV (öfftl. Recht) im Bundesjustizministerium

Vor 1945: Seit 1942 Erster Staatsanwalt, Sachbearbeiter beim VGH und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen im Strafgefängnis München-Stadelheim; Mitwirkung an mindestens 25 Todesurteilen, in zwei Fällen auch an deren Vollstreckung.

Spahr, Karl geboren am 7.8.1903, wohnhaft: 7140 Ludwigsburg, Seestr. 24/I

Nach 1945: Landgerichtsrat in Stuttgart (bis 1962)

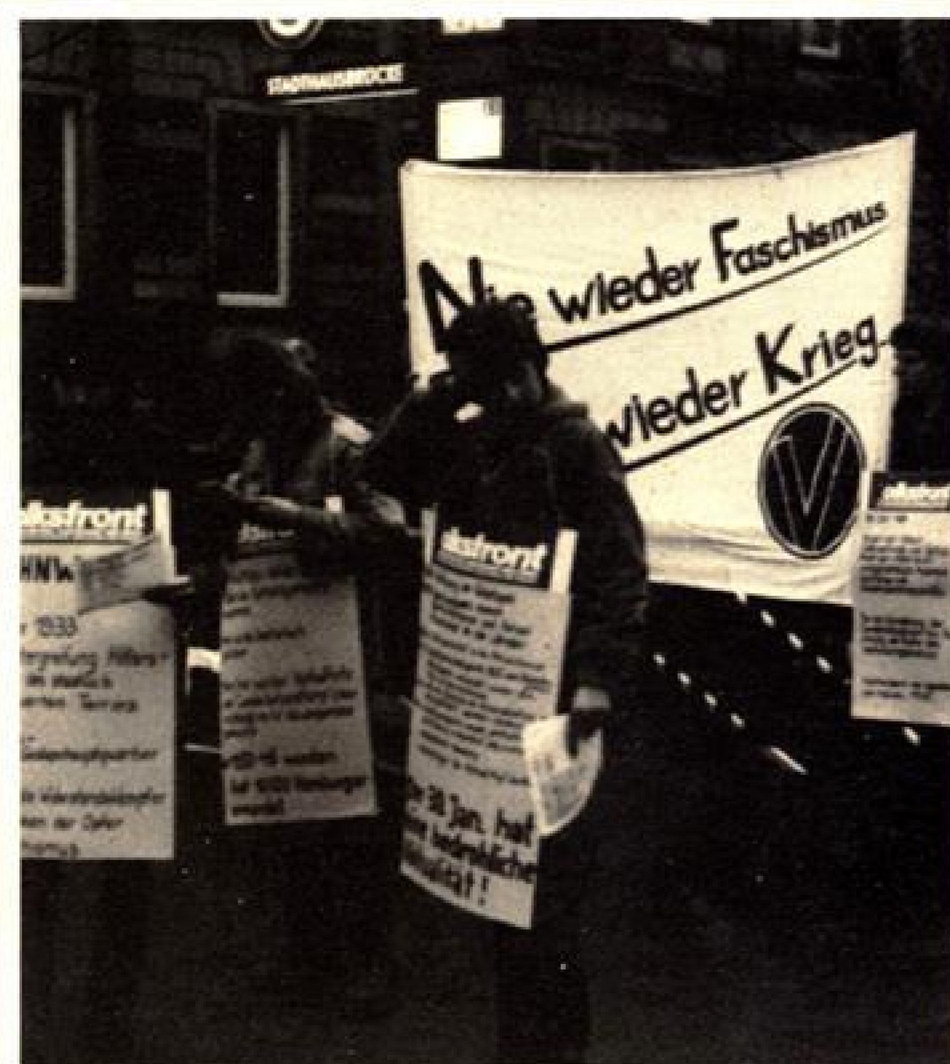
Vor 1945: Oberstaatsanwalt beim Oberreichsanwalt beim VGH; Mitwirkung an mindestens 38 Todesurteilen.

Dr. Schlüter, Franz geboren am 13.4.1907, wohnhaft: 8000 München 71, Vinzenz-Schuepfer-Str. 75

Nach 1945: Senatspräsident beim Bundespatentgericht in München (bis 1970)

Vor 1945: Amtsgerichtsrat, Ankläger und Vollstreckungsleiter beim Oberreichsanwalt beim VGH; Mitwirkung an mindestens 21 Todesurteilen.

Wir fordern die sofortige Anklageerhebung gegen sie und alle anderen bekannten Blutrichter!



Antifaschistsche Mahnwache in Hamburg

Antifaschistische Aktionen zum 30. Januar

Eine Ermutigung für den antifaschistischen Kampf — das ist das Ergebnis der Aktionen zum diesjährigen Kampftag gegen Reaktion und Faschismus. Dabei waren die Bedingungen dafür keineswegs so, wie man sie sich wünschen muß: Die Gewerkschaften etwa verzichteten weitgehend auf Aktivitäten, was sicher nicht im Interesse der Kollegen geschah, die ihrem Willen nach engagiertem antifaschistischem Handeln ihrer Organisationen mit vielen Anträgen auf den Gewerkschaftstagen Ausdruck verliehen hatten.

Den weitaus größten Anteil an den Aktivitäten zum 30. Januar hatte die VOLKSFRONT. **In mehr als hundert Städten führten VOLKSFRONT-Gruppen Informationsstände, Kundgebungen, Mahnwachen, Demonstrationen und Fackelzüge, Film- und Diskussionsveranstaltungen durch.** Selbstverständlich beteiligten sich die Genossen unserer Partei daran nach Kräften.

Die beherrschende Forderung bei all diesen Aktionen in allen Teilen der Bundesrepublik war die nach dem Verbot und der Auflösung der neofaschistischen Organisationen. Die von den Nazis in den letzten Monaten verübten Bluttaten verlangen das entschlossene Handeln aller Antifaschisten.

Deshalb stand auch das Bemühen um eine Beteiligung aller antifaschistischen Kräfte an den Aktionen zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus im Mittelpunkt ihrer Vorbereitungen. Dabei wurden sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Wir können hier nicht alle Aktionen aufzählen und beschränken uns deshalb auf einige Beispiele.

Münster.— Hier führte die VOLKSFRONT eine Mahnwache auf den Treppen des Rathauses durch. Bereits Anfang Dezember wurde ein Brief an über 20 Parteien, Organisationen und Initiativen geschickt, in dem gemeinsame Aktionen angeregt wurden. Leider gab es keine Resonanz darauf.

Hamburg-Wilhelmsburg.— Sehr lebendig verlief eine Veranstaltung gegen die Neonazis und die zunehmende Ausländerhetze in diesem Hamburger Stadtteil. Unter den Besuchern waren einige ältere Antifaschisten, unter anderem der örtliche Vorsitzende der VVN, mit denen es eine sehr solidarische Aussprache gab. Es wurden zukünftige gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten auf noch breiterer Basis verabredet.

Osnabrück.— Hier haben VOLKSFRONTler eine Initiative „Stoppt die Neonazis“ ins Leben gerufen und einen Aufruf unter dieser Parole herausgegeben. Sie bemühen sich, demokratische Persönlichkeiten zur Unterzeichnung des Aufrufs zu gewinnen und haben die ersten Erfolge verzeichnen können. Betriebsräte, Lehrer, Pfarrer, Wissenschaftler, Sozialarbeiter, Schauspieler usw. unterstützen die Forderungen nach dem Verbot faschistischer Organisationen, jeglicher faschistischer, rassistischer und kriegshetzerischer Propaganda und einer verstärkten Aufklärung über die Ursachen des Faschismus in Schule und Medien.

Bremen.— Die von der VOLKSFRONT angeregte „Initiative 30. Januar“ fand ein starkes Echo. Der von ihr verfaßte Aufruf wurde von einer ganzen Reihe bekannter antifaschistischer Persönlichkeiten unterzeichnet. Am Nachmittag des 30. Januar fand ein Fackelzug statt, der mit einer Mahnwache für die Opfer der Münchner Bombenanschläge vor dem Bremer Bürgerschaftshaus abgeschlossen wurde. Am 2. Februar gab es eine gemeinsame Veranstaltung von der „Initiative“, der VOLKSFRONT, dem Antifaschistischen Bündnis, der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, den Pfadfindern und der US-amerikanischen Liga gegen Faschismus und Rassismus.

Das sind, wie gesagt, nur wenige Beispiele.

Ein wirklich bedeutsamer Erfolg besteht darin, daß an verschiedenen Orten die Grundlage für ein gemeinsames antifaschistisches Handeln über diesen Tag hinaus geschaffen wurde. Mehrfach wurden weitere Aktionen verabredet. So wurden wieder Menschen fester in den Kampf einbezogen, die bisher abseits standen oder wenig Möglichkeiten zu aktiver Betätigung gefunden hatten.

Und das ist es ja, was wir wollen: eine wirklich breite antifaschistische Bewegung, die ununterbrochen der faschistischen Reaktion entgegentritt, die wirksam Front macht gegen das terroristische Treiben der Neofaschisten und die vom Staat betriebene Faschisierung. Im Rahmen dieses Kampfes können und müssen auch bedeutsame und bekannte Gedenktage für besondere Aktionen genutzt werden, wie etwa der 8. Mai, der Jahrestag der Kapitulation des Hitler-Staates. Für das Jahr 1981 wurde am 30. Januar ein guter Anfang gemacht.

Lockvögel

Volkskorrespondenz aus Frankenthal

Vor dem Landgericht Frankenthal fand im Sommer 1979 ein interessanter Prozeß statt. Interessant war weniger der Fall selbst als die Umstände, die zu diesem Fall führten.

Angeklagt waren zwei Männer wegen Versicherungsbetruges und versuchter Brandstiftung. Das Urteil: jeweils ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Ein Mann, im Prozeß als Wilhelm K. bezeichnet, überredete zwei andere zu einer Brandstiftung in einer Diskothek in Ludwigshafen. Er versprach ihnen eine Belohnung von 10000 DM. Angesprochen hatte er die beiden wegen einer von ihnen angeblich im Raum Aachen verübten Brandstiftung. Er lobte ihre dortige „tadellose, saubere Arbeit“, ohne daß sie sich zu dieser Tat bekannten.

Nachdem sie in engem Kontakt mit W. K. und dem angeblichen Besitzer der Diskothek die notwendigen Brandstiftungsvorbereitungen getroffen hatten, begleitete sie W. K. in der Nacht zum 3.2.79 in einem Auto bis in die Nähe des Tatortes.

Dort begaben sich die beiden Angeklagten mit fünf mit Benzin gefüllten Kanistern zum Hinterausgang der Diskothek, der angeblich zu diesem Zeitpunkt geöffnet sein würde. Beim Versuch, die Tür zu öffnen, stürmten bereitstehende Kriminalbeamte aus ihren Verstecken und nahmen die potentiellen Brandstifter fest.

Bei dem Anstifter W. K. und dem angeblichen Disco-Besitzer handelte es sich um Lockspitzel (agents provokateurs) der Polizei, die hier einen Fall fabrizierten, um zwei Verdächtige hinter Gitter zu bringen.

Es gehört bei uns zu den von der Rechtsprechung gebilligten Methoden besonders gefährlicher oder schwer aufklärbarer Kriminalität, polizeiliche Lockspitzel einzusetzen.

Solche Fälle werden bei uns sehr selten bekannt, aber es gibt viele Fälle, wo solch ein Vorgehen naheliegt. Man denke nur an die RAF- und „2.JUNI“-Prozesse, an den Mord an Schmücker usw.. Anhand eines solchen Falles kann man sich sicher auch besser vorstellen, wie es zu solchen Provokationen wie den „Bremer Krawallen“ kommt, bei denen eben nicht Kriminelle überführt, sondern Kriegsgegner kriminalisiert werden sollen, wodurch die fortschrittliche Bewegung vom Volk isoliert werden soll.

Das Mittel der Lockspitzel ist schon uralt. Die herrschende Klasse hat es schon immer gegen die fortschrittlichen Bewegungen eingesetzt, um sie zu spalten und zu isolieren, sie zu kriminalisieren. Mit dem Zunehmen der Klassenkämpfe in unserem Land werden auch verstärkt Lockspitzel auftreten.

Besonders leicht haben sie es natürlich in der Sponti- und Anarchoszene, weil es hier keinen prinzipienfesten, disziplinierten politischen Kampf gibt. Deshalb wird diese Szene besonders gerne für Provokationen benutzt.

Schützen kann uns vor solchen Provokationen nur strenge Disziplin und bedingungsloses Festhalten an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

(w.r.)

Burschenschafter marschieren für den Krieg

Volkskorrespondenz aus Mainz

Am Samstag, den 17. Januar, veranstaltete die Burschenschaft Germania-Halle zu Mainz einen Fackelzug mit anschließender Kranzniederlegung aus Anlaß der 110. Wiederkehr der Reichsgründung von 1871. Aber die „in voller Wichs“ mit Fackeln und den schwarz-weißroten Traditionsfahnen etwa 200 Corporierten hatten die Rechnung ohne die Mainzer Antifaschisten gemacht. Obwohl ihr Aufmarsch erst wenige Stunden vorher bekannt wurde, erschienen — alarmiert durch eine Telefonkette — etwa 50 Antifaschisten. Und so wurden die „Herren“ in den schmucken Uniformen beim Abmarsch und ihrem Zug durch die menschenleeren Straßen der Stadt lautstark begleitet.

„Sieg Heil!“, „Geht doch nach drüben — Geht doch nach Süd-Afrika!“, „Nie wieder Krieg!“ und „Burschenschafter marschieren für den Krieg!“ waren die Parolen, die dem reaktionären Aufmarsch den gebührenden Rahmen gaben.

Auch ihre Kranzniederlegung und die Festrede am Mahnmal der deutschen Einheit verlief nicht so, wie sich das diese Herren vorgestellt hatten. Ein Teil der Antifaschisten war mit ihren Autos in die unmittelbare Nähe des Mahnmals gefahren. Unsere Sprechchöre und unser Hupkonzert waren in der Lage, sowohl ihre „Gedenkrede“ als auch sämtliche drei Strophen des Deutschlandliedes zu übertönen.

Und die Mainzer Polizei? Nun, die blieb natürlich nicht untätig. Mindestens drei Anzeigen wegen „unerlaubten Hupens“ wurden angekündigt, einem Antifaschisten die Autoschlüssel abgenommen. Und als nach Ende der Feierstunde ein Burschenschaftler seine brennende Fackel in die Gruppe der Antifaschisten schleuderte, kam das Polizeikommando: „Hunde frei!“

Aber nicht etwa auf die Faschisten wurden die Hunde losgelassen. Die Uni-Klinik Mainz bescheinigte eine halbe Stunde später eine 6 cm lange, 1/2 cm breite klaffende Bißwunde bei einem der Antifaschisten.

Bedauerlicherweise hatten wir nicht die Möglichkeit, den Festredner der Burschenschafter, der im Anschluß in der Rheingoldhalle den feierlichen Abend krönte, persönlich zu begrüßen. Er aber traute sich nicht in die Öffentlichkeit: Dr. Dr. h. c. Hans Filbinger.



Zu dem provokatorischen Verhalten deutscher und türkischer Revisionisten auf der Westberliner Demonstration vom 10. Januar, die das Andenken des von den Grauen Wölfen ermordeten Celalettin Kesim ehrte und das Verbot der Grauen Wölfe forderte (siehe RM Nr. 3/81) gab die VOLKSFRONT die nachstehende Erklärung ab, die sie uns mit der Bitte um Veröffentlichung zusandte.

Erklärung des Landesvorstandes der VOLKSFRONT Berlin-West

Die Einheit der Antifaschisten herstellen

Betrifft:
die Demonstration vom 10.1.81
Veranstalter:
Türkenzentrum

Wie Ihr alle wißt, hat die Volksfront sich an dieser Protestdemonstration beteiligt. Auf Anfrage an ein Mitglied des Türkenzentrums, wer an dieser Demonstration teilnehmen würde, wurde uns ausdrücklich bestätigt, daß **alle** Organisationen, die diese Demonstration unterstützen wollen, herzlich willkommen seien. Natürlich war es für die Volksfront selbstverständlich, diese Protestdemonstration zu unterstützen, denn auch wir fordern schon lange ein Verbot der „Grauen Wölfe“. Außerdem verteilten wir ein Flugblatt zu dem skandalösen Urteil gegen zwei Mitglieder der Mevlana-Moschee, die verdächtigt sind, Celattim Kesim umgebracht zu haben, und fordern darin die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Aber einigen türkischen TKP-nahestehenden Organisationen paßte es nicht, daß die Volksfront sich in diese Demonstration einreihte. Ordner dieser Organisation versuchten, den Volksfrontblock abzudrängen, was aber nicht gelang. Sie beschimpften uns in gemeiner Art und Weise. Bezeichnungen wie „reaktionärer Haufen“, „CIA-Agenten“ etc. wurden uns an den Kopf geworfen. Am Kundgebungsplatz Kottbusser Tor sperrten sie mit Unterstützung von Leuten des SJV Karl Liebknecht die gesamte Straße ab, und es war für die Freunde der Volksfront unmöglich, an der Kundgebung teilnehmen zu können. Hätten wir es versucht, wäre es zu einer heftigen Schlägerei gekommen.

Wir versuchten mit diesen Ordnern zu diskutieren. Aber es war ebenso unmöglich. Einer antwortete: „Das ist eben unsere Art zu demonstrieren!“ Einer Frau wurden die Flugblätter der Volksfront aus der Hand geschlagen und einige Ordner wurden handgreiflich. Ein eleganter Türke fiel besonders auf. Er war der „Einsatzleiter“ der Ordnertruppe. Er war es auch, der die Polizei holte und die Volksfront beschuldigte, handgreiflich geworden zu sein. Nicht nur, daß er seinen Leuten kräftig „einheizte“, sondern er benahm sich gegenüber den Freunden der Volksfront arrogant und anmaßend. Am Ende der Kundgebung pfiff er die Ordner zurück und meinte: „Warum seid ihr nicht schon längst zur Kundgebung gegangen?“

Wir protestieren gegen das Verhalten dieser Organisationen und verurteilen diese Aktion als gezielte Provokation gegen die Volksfront.

Wir können es nicht akzeptieren, daß unser Demonstrationsrecht auf diese Art und Weise eingeschränkt wird.

Auch diese Organisationen behaupten von sich, demokratisch zu sein. Aber warum greifen sie andere demokratische Organisationen an, anstatt mit ihnen zusammen zu arbeiten? Wenn das aber „ihre Art zu demonstrieren ist“, wie sieht dann ihre Art der breiten Einheitsfront gegen Faschisten aus? Es wäre wirklich besser und sinnvoller, wenn sie ihre Kräfte gegen Faschisten richten würden. Und es wäre glaubwürdiger.

Die Volksfront ruft weiterhin alle demokratischen und antifaschistischen Organisationen auf, sich fest zusammenzuschließen, und ist bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der bereit ist, gegen faschistische Gefahren zu kämpfen, wie es unsere Satzung auch fordert. Wir bitten die angeschriebenen Organisationen, diesen Protestbrief in ihren Publikationsorganen zu veröffentlichen.

Mit solidarischen Grüßen
Landesvorstand der Volksfront Berlin-West

Waffenlager Westpfalz

Volkskorrespondenz aus Rheinland-Pfalz

Kilometer um Kilometer nichts als Zäune, Stacheldraht, Bunker, Sandsäcke, Fässer, Panzer, Fahrzeuge und immer wieder die Schilder „US-Army“, „Militärischer Sicherheitsbereich“, „Vorsicht Schußwaffengebrauch“. Weite Gebiete sind eingezäunt. In den Randgebieten der Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken: Kaserne neben Kaserne. Fluglärm durch Transportmaschinen und Jagdbomber. Auf den Straßen und Autobahnen ständig Militärkolonnen. Das ist die Westpfalz, wie man sie aus dem Reiseführer nicht kennt.

Das US-Depot Miesau bei Kaiserslautern ist laut. Brigadegeneral David E. Watts, „die Nr. 1 unter allen Waffenlagern der Welt“. In Miesau lagert Munition jeder Art. Munitionsexperten für den ganzen Machtbereich der USA werden hier ausgebildet. Daß in diesem Depot auch atomare, biologische und chemische Waffen lagern, ist höchstwahrscheinlich. Sicher ist, daß das starke chemische Kampfmittel „BZ“ hier gelagert ist. Das BZ-Gas erzeugt Halluzinationen und Schlafstörungen und als Spätfolge Gehirnschäden; Lähmungen und Mißbildungen bei Neugeborenen. In den USA wurden von diesem Nervengas 50 Tonnen entwickelt. Diese 50 Tonnen reichen aus, um die 4fache Bevölkerung der USA zu töten oder die gesamte Erdbevölkerung 10 Mal in ein 40tägiges Delirium zu versetzen. In Miesau lagern auch Atomsprengköpfe. Durch eine Umbaukomponente können sie zu jeder Zeit in Neutronenbomben verwandelt werden.

Das 21. US-Versorgungskommando ist in mehreren Kasernen in Kaiserslautern untergebracht. Mit mehr als 100 Einheiten ist es die größte Nachschuborganisation der USA in Europa. Das Kommando beliefert die US-Kampfeinheiten mit Fahrzeugen, Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen jeder Art. Dazu gehören auch Atomraketen und Atomgranaten. Zum 21. Versorgungskommando gehört auch das Depot Germersheim, das größte Panzerdepot der Welt.

Ebenfalls in der Umgebung von Kaiserslautern befindet sich die ATOK, die „Alliierte Taktische Einsatzzentrale“, das Hauptquartier der 17. US-Luftflotte, die AAFCE (Allied Air Force Center of Europe) in Sembach.

Auf dem Flughafen Sembach sind A-10-Jagdbomber und Beobachtungs- und Feuerleitflugzeuge der amerikanischen Luftwaffe stationiert.

Der größte Luftwaffenstützpunkt der USA und der Nato in Europa und der größte der USA außerhalb Amerikas befindet sich in Ramstein. 6000 Amerikaner und 600 Militärs anderer Nato-Staaten sind hier stationiert. Hier befindet sich auch das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (USAFE) und das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Europa Mitte. Zwei Staffeln des 86. Taktischen Jagdgeschwaders der USAFE mit 48 Phantom F4 sind hier stationiert. Ramstein wird täglich von 20 bis 35 Großtransportern „Galaxy“ angeflogen. Die Einflugschneise liegt direkt über dem Stadtzentrum von Kaiserslautern. Eine Bürgerinitiative gegen den Fluglärm hat sogar über einem Krankenhaus schon Lärmspitzen von mehr als 100 Dezibel (das ist fast das Doppelte der für einen Menschen als erträglich angesehenen Lärmbelästigung) gemessen.

Ramstein ist auch Zwischenlandeplatz für US-Militärflugzeuge, die in die Türkei oder den nahen Osten fliegen. Die sechs Hercules Transporter, die im April dieses Jahres an dem mißlungenen Kommandounternehmem im Iran beteiligt waren, sind zum Beispiel in Ramstein gestartet. Auch landen hier häufig die fliegenden Kommandozentralen der USA, die AWACS—Maschinen, so vor der Iran-Aktion, jetzt während des Krieges zwischen Iran und Irak, und neuerdings sind auch vier Maschinen dieses Typs zur Ausspähung des Polnischen Raumes in Ramstein stationiert.

Für die Bevölkerung der Westpfalz gibt es viele gute Gründe, den Abzug der fremden Truppen zu verlangen. Nicht zuletzt die Gefahr, die im Kriegsfall davon ausgeht, daß sich hier massenhaft wichtige strategische und logistischen Einrichtungen der USA und der NATO befinden. Im September letzten Jahres wurde der erste Spatenstich zur Erweiterung der „Alliierten Taktischen Einsatzzentrale“ gemacht, d. h. eines atombombensicheren Bunkers größeren Ausmaßes. In Ramstein befindet sich in einem Berg der sogenannte Cage, die atombombensichere Einsatzzentrale der USAFE und der AAFCE. Von hier aus läßt sich leicht ein Atomschlag führen. Für die Bevölkerung gibt es im Kriegsfall keine Chance. Ein solches militärisches Ballungszentrum muß die gegnerischen Raketen anziehen wie ein Magnet. Da bleibt nichts übrig von der schönen Pfalz.

Ein Hemmnis bei der Propagierung des Abzugs aller fremden Truppen sind die Arbeitsplätze, die damit zusammenhängen. Allein 6000 Rheinland-Pfälzer sind auf den Flugbasen beschäftigt. Hier ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze dringend notwendig, zumal die US-Army zum Beispiel durch Vergabe von Reperaturaufträgen an zivile Firmen damit beginnt, diese Arbeitsplätze stark abzubauen.

Der Friede kann erhalten werden!

Gegen den „Friedenskampf" à la KABD

Seitdem die Partei im Sommer vergangenen Jahres ihren Friedensplan „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden" veröffentlicht hat und versucht, ihn auf Versammlungen und durch Publikationen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und verständlich zu machen, hat auch der KABD sein Herz für den Kampf um die Erhaltung des Friedens entdeckt. Er führt ihn gegen all jene, die „sich noch viele falsche Vorstellungen über die Ursachen der Kriege und darüber, wie der Krieg zu vermeiden ist" machen, „so auch die ‚KPD'." (ROTE Fahne 22/1980)



Rückzug der amerikanischen Aggressoren aus Indochina. An ihrer Niederlage hatte auch die weltweite Vietnam-Solidaritätsbewegung einen wichtigen Anteil.

Bringt man es auf einen Nenner, so besteht der Unterschied zwischen KABD und KPD nach Auffassung dieser „Friedenskämpfer" offensichtlich darin, daß der KABD revolutionär gegen den Krieg agitiert und nach Lenin „immer daran" denkt, „daß die Kriege unausrottbar sind, solange sich die Klassenherrschaft überhaupt hält" (Bd 8, S. 40), während sich die KPD in kleinbürgerlichen Pazifismus ergeht. Wörtlich:

„Der ‚Friedensplan' lenkt ab von den eigentlichen Ursachen des Krieges und entspringt opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Auffassungen." Als Beweis für diese kühne Behauptung zitieren sie die Worte ihres Großen Vorsitzenden und Steuermanns Mao Tse-tung: „Diejenigen, die nach einem Krieg dürsten und den Frieden nicht wollen, sind nur gewisse monopolkapitalistische Gruppen in einigen wenigen imperialistischen Ländern, welche darauf angewiesen sind, sich durch Aggression zu bereichern."

„Und genau das", so fahren sie fort, „ist sowohl beim BRD-Imperialismus als auch beim Sozialimperialismus der Sowjetunion und der in ihrer Abhängigkeit stehenden Warschauer-Pakt-Staaten der Fall." Daß sie bei dieser Aufzählung der nach Krieg dürstenden imperialistischen Länder ausgerechnet den USA-Imperialismus fortlassen, dürfte sicherlich keine Fehlleistung sein, schätzten doch bereits Mao und Anhang den USA-Imperialismus als niedergehende Supermacht, als einen zahnlosen Tiger ein, mit dem man gefahrlos shake hands machen konnte, wie Mao Tse-tung und Tschou En-lai durch den Empfang Nixons bewiesen. US-Präsident Nixon der predigte: „Wir müssen eine Brücke bauen, die so groß ist, daß sie San Francisco mit Peking verbindet."

Niemals, zu keinem Zeitpunkt, hat unsere Partei die Auffassung der modernen Revisionisten vertreten, nach der es einen friedlichen und einen bösartigen, einen unfriedlichen Imperialismus gibt. **Stets haben wir die Auffassung vertreten: Um die Unvermeidlichkeit der imperialistischen Kriege zu beseitigen, muß man den Imperialismus selbst vernichten.** Nur, daß wir früher — wie heute die Genossen des KABD — den Fehler gemacht haben, aus diesen richtigen Auffassungen zu schlußfolgern, daß eben nur die proletarische Revolution und sonst nichts einen Krieg verhindern könne. Daß es genüge, sich bis dahin auf die Agitation gegen den Krieg zu beschränken.

In der Praxis heißt dies nichts anderes, als dem Klassengegner das Handeln zu überlassen. Es heißt, die Resignation der Massen, die reaktionäre These der Kapitalisten: Kriege hat es immer gegeben, Kriege wird es immer geben, zu unterstützen. **Es heißt nicht zu erkennen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens ein Teil des Klassenkampfes des internationalen Proletariats ist.** Doch Friedenskampf ist immer konkret. Er muß sich in konkreten Agitations- aber auch Aktionslosungen — wie „raus aus der NATO" etc. — ausdrücken. Gerade das aber ist es, was die modernen Revisionisten — wie auch der KABD — tunlichst zu vermeiden suchen.

Lenin lehrte die kommunistischen Revolutionäre, daß es ihre Pflicht ist, die kriegstreiberischen Pläne des Imperialismus zu zerschlagen und den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Sollte ihnen dies nicht gelingen, dann müssen sie die Arbeiterklasse, die Massen des Volkes mobilisieren und den imperialistischen Krieg in einen revolutionären und Befreiungskrieg umwandeln.

Zu nichts anderem, als die kriegstreiberischen Pläne der Imperialisten, der zwei Supermächte, wie speziell die des



Demonstration in den fünfziger Jahren — gegen den Bonner Kriegskurs und die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO

westdeutschen Imperialismus zu zerschlagen, dient der „Friedensplan der KPD"! Er dient dazu, das Übergreifen eines bestimmten Krieges, eines möglicherweise zwischen den beiden Supermächten im Nahen- oder Mittleren Osten ausbrechenden Krieges, auf die Bundesrepublik, die DDR, ja möglichst auf ganz Mitteleuropa zu verhindern.

Der Frieden kann erhalten werden

Der KABD jedoch ist der Meinung, daß dies kleinbürgerlich-pazifistisch sei, da man den Krieg ja eben, frei nach Mao, nur durch die Revolution verhindern kann: entweder die Revolution wird den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen. **Logischerweise müßte nun auch der KABD den Genossen Stalin einen pazifistischen Kleinbürger nennen.** Denn immerhin sagte er am 17. Februar 1951 in einem Interview mit einem Korrespondenten der Prawda auf die Frage: „Halten Sie einen neuen Weltkrieg für unvermeidlich?" u.a.:

„Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzutreiben." (Stalin, Bd 17, S. 135)

Nachdem der KABD erst einmal schlichtweg geleugnet hatte, daß es überhaupt möglich sei, außer durch die sozialistische Revolution für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen, sah er sich mit der Auffassung Stalins konfrontiert, schnell nach neuen Argumenten um, um seine These, warum dies heute nicht möglich und die KPD demzufolge kleinbürgerlich-pazifistisch sei, aufrecht zu erhalten. Ja, argumentierte er, als Stalin dies sagte, habe es noch keinen westdeutschen Imperialismus gegeben, inzwischen aber „hat sich in beiden Teilen Deutschlands die Macht der Bourgeoisie stabilisiert und gefestigt".

Das ist zweifellos richtig. Nur was dies mit der Aufforderung Stalins an die Völker, „die Erhaltung des Friedens in ihre Hände" zu nehmen zu tun hat, bleibt der höheren Weisheit der Führer des KABD vorbehalten. **Denn schließlich wandte sich Stalin damals in seinem Appell nicht etwa nur an das deutsche Volk, sondern an die Völker der Welt.** Also auch an das französische, britische, amerikanische Volk. Und daß diese Völker in imperialistischen Staaten mit einer „stabilen und gefestigten Bourgeoisie" lebten, daran zweifeln wohl nicht einmal die Führer des KABD.

Wie war denn damals, Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre die Weltsituation?: Infolge des zweiten Weltkriegs war das sozialistische Lager entstanden. China hatte sich 1949 aus den Klauen des Imperialismus befreit. Der USA-Imperialismus geriet — ähnlich wie heute — mehr und mehr in die Krise. Die Investitionen waren im ersten Vierteljahr 1950 gegenüber derselben Zeit im Vorjahr um 11 Prozent gesunken. Die Ausfuhr, die im März 1949 noch 1 177 Millionen Dollar betragen hatte, war auf 867 Millionen Dollar im selben Monat des Jahres 1950 zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen war zwischen 1948 und 1950 um 130 Prozent gewachsen.

In dieser Situation ging der USA-Imperialismus vom kalten zum heißen Krieg über und entfachte mit seinen südkoreanischen Marionetten am 25. Juni 1950 den Koreakrieg. **Es entstand eine sehr ernste Situation. Es drohte ein neuer Weltkrieg.** Auch in der Bundesrepublik regten sich die Kräfte des Revanchismus, die wie Bundesminister Hallstein, ein „Europa bis zum Ural" forderten. **Die Kommunisten in aller Welt, wie auch die in der Bundesrepublik, antworteten mit einer Friedensoffensive.**

Friedenskampf in der BRD

Schwerpunkte des Friedenskampfes in der Bundesrepublik waren: der Kampf gegen die Remilitarisierung und der Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Es kommt zu zahlreichen Aktionen und Demonstrationen. So nach der Außenministerkonferenz der Westmächte im September 1950 in New York, die eine Verstärkung der Besatzertruppen in Westdeutschland, eine beschleunigte Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in die NATO beschließt. Am 1. Oktober finden zum Tag der jungen Friedenskämpfer trotz Verbot und Terror der Polizei in 29 Städten der Bundesrepublik 48 Kundgebungen und 35 Demonstrationen statt, an denen sich über 100 000 beteiligen. Der Kongreß der jungen Friedenskämpfer am 8.10.50 in Dinslaken mit rund 1 500 Teilnehmern verurteilt die amerikanische Aggression in Korea und spricht sich einmütig für das Verbot der Atombombe aus.

Am 4./5. November 1950 legt der erste Kongreß der deutschen Kämpfer für den Frieden in Berlin mit 1 769 Delegierten — darunter 735 aus der Bundesrepublik — die Grundsätze für den Kampf gegen die Remilitarisierung fest. 1951 kommt es trotz Verbot zu einer Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. 95 Prozent der DDR- und rund neun Millionen Bundesbürger stimmen dafür. Die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin mit ihren 2 Millionen Teilnehmern aus 104 Ländern — darunter 35 000 aus Westdeutschland — werden zu einer machtvollen Demonstration gegen den Imperialismus und für den Frieden.

Doch auch der Widerstand der Bourgeoisie wird härter. Nach dem Verbot der FdJ, der Freien deutschen Jugend, im Juni 1951 geht die Polizei zunehmend brutaler gegen alle Demonstrationen der Jugend vor. So eröffnet die Polizei am 12.5.1952 auf die 40 000 Teilnehmer einer Friedenskaravane der westdeutschen Jugend in Essen das Feuer und ermordet den FdJler Philipp Müller. In Hamburg kommt es fünf Tage später zu einer Demonstration von 150 000 Menschen gegen die Remilitarisierung und das Betriebsverfassungsgesetz.

Ein Weltkrieg wird verhindert

Doch eben nicht nur in der Bundesrepublik, in allen westlichen Ländern einschließlich den USA kommt es zu machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Kriegspolitik des USA-Imperialismus. Die Bourgeoisie der imperialistischen Länder mußte erkennen, daß sie mit dem Proletariat ihrer Länder keinen Krieg gegen die Sowjetunion würde führen können. **Es gelang den Völkern der Welt die Ausweitung des Korea-Krieges zu einem Weltkrieg zu verhindern.**

Einen ähnlichen Erfolg konnten die Völker der Welt anläßlich des Vietnam-Krieges erzielen. Nur daß es hier nicht hauptsächlich um die Verhinderung der Ausweitung dieses Krieges zu einem Weltkrieg ging, sondern um die Einstellung der amerikanischen Aggression. **Es war ja nicht nur der heroische Kampf des vietnamesischen Volkes, der den US-Imperialismus, die stärkste Militärmacht der Erde, zum Rückzug zwang; es war gleichzeitig die weltweite Solidarität mit diesem gerechten Kampf. Es waren die weltweiten Demonstrationen und Kundgebungen, nicht zuletzt die in den USA selbst, die den US-Imperialismus — neben dem Kampf der Völker Indochinas — mit zur Einstellung seiner blutigen Aggression zwangen.**

Es war der Genosse Stalin, der **im Februar 1952** die damalige Friedensbewegung analysierte und erklärte: **„Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf um die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkriegs zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten — sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens."** (Stalin, Bd. 17, S. 287)

Und er fuhr fort: **„Am wahrscheinlichsten ist, daß die gegenwärtige Friedensbewegung als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines *bestimmten* Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung eines *gegebenen* Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsternen Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut. Das ist sogar sehr gut."** (Stalin, Bd. 17, S. 288)

Solche Sätze sind natürlich — würde sie unsere Partei sagen — nach Auffassung des KABD und anderer ultralinker Sektierer ein glattes Sakrileg. Wie kann man nur von einer Regierung in einem kapitalistischen, einem imperialistischen Staat annehmen, daß sie auch nur zeitweilig bereit sein könne, den Frieden zu erhalten, daß es neben kriegslüsternen auch nicht kriegslüsterne Regierungen gibt! So hatten denn diese Genossen auch nicht das geringste Verständnis dafür, daß wir anläßlich der letzten Bundestagswahlen zwischen einem Strauß als den Vertreter der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals und einem Schmidt differenzierten, daß wir versuchten, die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche in unserem Sinne auszunutzen.

Schmidt nicht viel besser als Strauß

Sicherlich hätte ein Machtantritt von Strauß und seiner Mannschaft — wie jetzt der von Reagan in den USA — die Militarisierung und Faschisierung in der Bundesrepublik beschleunigt. Das heißt nun natürlich nicht, daß wir etwa annehmen, daß die SPD/FDP-Regierung — im Gegensatz zu den kriegslüsternen Kräften um Strauß — im stalinschen Sinne bereit sei, wenigstens „zeitweilig den Frieden zu erhalten." Dazu ist ihre Waffenbrüderschaft mit dem USA-Imperialismus viel zu eng. Der Unterschied zwischen Strauß und Schmidt wäre im Falle eines Falles nur der, daß erster dem USA-Imperialismus mit voller Bereitschaft und zweiter — nur zähneknirschend auf die Schlachtbank eines neuen Weltkrieges folgen würde.

Das heißt, weder eine CDU/CSU- noch eine SPD/FDP-Regierung denken auch nur annähernd daran, einer Forderung des Friedensplans, selbst nicht mal solcher wie: striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Entfernung aller ABC- und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden nachzukommen. Was daraus folgt, ist klar: Die Schmidt/Genscher-Regierung muß weg. **Der Druck von unten,**

Fortsetzung auf Seite 10

Der Friede kann erhalten werden!

Fortsetzung von Seite 9

die Mobilisierung der Massen vor allem für die Annahme der Hauptpunkte des Friedensplans

- **Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden,**
- **Austritt der Bundesrepublik aus der NATO,**
- **Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland,**

muß bis zum Nachgeben oder zum Sturz der derzeitigen Bundesregierung geführt werden. Eben um sie durch eine Regierung zu ersetzen, die wenigstens zur zeitweiligen Erhaltung des derzeitigen Friedens, zumindest für die Bundesrepublik bereit ist. Die es ablehnt, sich an einem Krieg zwischen den Supermächten, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt zu beteiligen.

Eine solche Regierung kann es unter kapitalistischen, unter imperialistischen Verhältnissen nicht geben? Abgesehen davon, daß Stalin nicht dieser Meinung war, schauen wir doch nur über die Grenze nach Österreich. Treibt — trotz aller Mängel — die Kreisky-Regierung eine andere Außenpolitik als die Schmidt-Regierung oder nicht? Gelang es nicht kapitalistischen, imperialistischen Ländern wie der Schweiz und Schweden, sich aus den beiden letzten Weltkriegen herauszuhalten?

Daß dies für die Bundesrepublik zu erreichen, angesichts der Aggressivität, der Revanchelüsternheit des westdeutschen Imperialismus, nicht gerade leicht sein wird, wer bezweifelt das? Doch ist es etwa einfacher, diesen Imperialismus in der sozialistischen Revolution zu stürzen? **Immerhin gibt es derzeit wesentlich mehr Bundesbürger, die ein neutrales, nicht paktgebundenes Westdeutschland, als solche, die ein sozialistisches befürworten.** Dazu braucht man — bei aller gebotenen Vorsicht — nur die Meinungsumfragen wie die von Emnid, nach der sich 43 Prozent oder dem „Stern", nach der sich 47 Prozent der Bundesbürger für eine Neutralität der Bundesrepublik zwischen den Großmächten aussprachen, zu betrachten.

Dazu braucht man nur die ständigen Klagen prominenter Vertreter der Bourgeoisie, wie die von Bundeskriegsminister Apel zu hören, der sich über die wachsenden pazifistischen Strömungen in der westlichen Gesellschaft, insbesondere der Bundesrepublik beschwerte. Aber auch den Protest der Jungsozialisten von Rheinland-Pfalz dagegen, die einen Rücktritt des Ministers fordern. Dazu braucht man nur die Berichte zu lesen, nach denen 35 Prozent der Bundeswehrsoldaten ihren Dienst für völlig sinnlos halten und 65 Prozent im Falle eines Atomkrieges das Weite suchen wollen. Dazu braucht man nur zu sehen, wie anläßlich von Rekrutenvereidigung und Großem Zapfenstreich in Bonn 5 000 Polizisten zum Schutz von 150 Rekruten aufgeboten werden.

Der Bewegung Ziel und Richtung verleihen

Ohne dies alles überschätzen zu wollen, muß man sehen, daß hier spontan eine antimilitaristische, eine Friedensbewegung heranwächst, der Richtung und Ziel zu verleihen, Aufgabe einer kommunistischen Partei ist. Richtung und Ziel wie es unsere Partei durch ihren Friedensplan tut. Denn daß mit der Krise auch die Kriegsgefahr wächst, wagt wohl niemand, auch der KABD nicht, ernsthaft zu bezweifeln. Man höre nur die Töne aus dem Weißen Haus, nach denen ein Reagan — wie weiland der „Führer" — sich von der göttlichen Vorsehung berufen fühlt, die Vereinigten Staaten wieder zu Ruhm und Größe (sprich Erdöl, Einflußsphären, Absatzmärkten und Superprofiten) zu führen.

Was im Laufe der 80er Jahre auf uns zukommen wird, eine revolutionäre Situation infolge der sich ständig verschärfenden Krise oder der Ausbruch eines dritten Weltkriegs, können wir nicht voraussagen. **Sicher ist, daß sich die Konflikte, die Spannungen zwischen den Supermächten im Nahen- und Mittleren Osten verschärfen.** US-Außenminister Haig hat klar zu erkennen gegeben, daß die USA bereit und willens sind, verlorenes Terrain, wie z.B. den Iran, wiederzugewinnen. „Es gibt wichtigere Dinge", wie er sagte, „als im Frieden zu sein." Nämlich das Öl, die Bodenschätze um den Persischen Golf.

Wie der scheidende US-Präsident Carter vor einem Atomkrieg, warnte Haig: „Die Jahre, die gerade vor uns liegen, werden für uns alle außerordentlich gefährlich sein." Und es ist schon reichlich blauäugig, wenn NATO-Generalsekretär Luns meint, eine Auseinandersetzung der Supermächte ließe sich auf das Gebiet am Persischen Golf beschränken. Anfangs vielleicht, doch bevor einer verliert, wird er versuchen den Krieg auszuweiten. Und es ist kaum damit zu rechnen, daß die USA darauf verzichten werden, die Deutschen für sich kämpfen zu lassen.

Es ist schon purer Schwachsinn der Verantwortlichen des KABD, uns vorzuwerfen, der Friedensplan der KPD „verschleiert den revanchistischen und aggressiven Charakter des BRD-Imperialismus". **Im Gegenteil, im Kampf für seine Verwirklichung wird dieser Charakter für viele, die sich noch Illusionen über die sogenannte Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung machten, sichtbar entlarvt.**

Darüberhinaus würde eine Verwirklichung des Friedensplans auch nur in seinen wichtigsten Punkten eine klare Schwächung des westdeutschen Imperialismus bedeuten, und von den Völkern Europas, die diesen Imperialismus aus eigener Erfahrung kennen, begrüßt werden. Denn wie jeder, der die militärischen Kräfteverhältnisse auch nur einigermaßen realistisch einzuschätzen vermag, weiß, ist der westdeutsche Imperialismus bei der Verwirklichung seiner revanchistischen Ziele auf die Unterstützung durch den USA-Imperialismus angewiesen. Diese aber würde zwangsläufig bei einer Neutralisierung der Bundesrepublik entfallen bzw. erheblich erschwert werden.

Kampfbedingungen der Proletarier verbessern

So dient denn der Kampf um die Durchsetzung des Friedensplanes der KPD vor allem folgenden Zielen:

1. durch die Neutralisierung der Bundesrepublik den Ausbruch eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa zu erschweren;

2. dadurch zu verhüten, daß die Bundesrepublik zum zentralen Schlachtfeld in Europa wird;

3. durch die mit der Verwirklichung der Forderungen des Friedensplanes zwangsläufig verbundene Schwächung des westdeutschen Imperialismus die Kampfbedingungen des Proletariats zu verbessern.

Um dies zu erreichen, aber ist es — wie schon gesagt — notwendig, die derzeitige USA-hörige Bundesregierung durch eine solche zu ersetzen, „die bereit ist", wenigstens „zeitweilig den Frieden zu erhalten".

Das heißt für uns, auf der Grundlage des Friedensplanes der Partei, eine breite Bewegung, Aktionen jeglicher Art zu entfalten. Diesen Plan, seine Forderungen sowohl in die Öffentlichkeit als auch in die bestehende Friedensbewegung hineinzutragen. Uns mit jedem zusammenschließen, der bereit ist, für die Erfüllung seiner Forderungen zu kämpfen.

Dabei müssen wir uns sowohl gegen die sektiererischen wie nihilistischen Auffassungen wenden, die den Kampf für die Erhaltung des Friedens auf die Durchführung der Revolution beschränkt sehen möchten und den westdeutschen Imperialismus für übermächtig halten, als auch gegen jene, die sich bei ihrem Kampf für den Frieden auf pazifistisches Friedensgeschwätz und die unverbindliche Forderung nach einer weltweiten Abrüstung beschränken.

Friedenskampf ist Klassenkampf, bei dem sich das aggressive, reaktionäre Finanzkapital, der Imperialismus und das Proletariat mit seinen Verbündeten unversöhnlich gegenüberstehen, und muß als solcher geführt werden. Doch wie wir wissen, bleibt dieser Kampf, unser Kampf um die Durchsetzung des Friedensplanes der Partei — trotz seiner großen Dringlichkeit — unvollkommen, da er sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens beschränkt. Auch bei seiner Verwirklichung bliebe der Imperialismus und damit die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Ländern bestehen.

Deshalb ist es für uns Kommunisten darüberhinaus unsere Pflicht, wie den Kampf um die wirtschaftlichen und demokratischen Forderungen der Werktätigen, auch den Kampf um die Erhaltung des Friedens mit dem Kampf für den Sozialismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verbinden. Denn erst eine Welt ohne Kapitalismus, ohne Imperialismus wird eine Welt ohne Kriege sein.

Ernst Aust



Friedensdemonstration in Bremen



Sitzung des Sicherheitsrats

Bonn will an Waffenexporten festhalten

Am vergangenen Mittwoch hat sich der Bundessicherheitsrat, ein geheimer Ausschuß des Bonner Kabinetts, zu Beratungen über neue Grundsätze für den Waffenexport getroffen. Dem Sicherheitsrat gehören Kanzler Schmidt sowie die Minister Genscher, Apel, Matthöfer und Lambsdorff an.

Wie der RM wiederholt berichtete, sind in der Bonner Koalition scharfe Widersprüche in bezug auf den Waffenexport aufgebrochen. Den unmittelbaren Anlaß dafür bildeten ein schon im vergangenen Juni vom Kabinett (hinter dem Rücken der Bundestagsfraktionen) genehmigter Export von U-Booten an das faschistische Regime in Chile und die von der Bundesregierung befürwortete Lieferung von Kampfpanzern an Saudi-Arabien. Vor allem an der Basis der SPD und bei einem Teil ihrer Bundestagsfraktion sind diese Vorhaben auf scharfen Widerstand gestoßen. Zu Recht wurde dabei auch darauf hingewiesen, daß diese Waffengeschäfte den Beschlüssen des letzten SPD-Parteitags widersprechen. Exporte von Kriegswaffen an Chile und Saudi-Arabien verstoßen aber auch gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gegen einen Kabinettsbeschluß von 1971, nach dem die Waffenausfuhr in „Spannungsgebiete" nicht gestattet ist.

Aus der Sitzung des Sicherheitsrats sickerte durch, daß dort zwar noch keine Beschlüsse gefaßt wurden, daß sich aber alle Beteiligten darin einig waren, die fraglichen Waffengeschäfte in jedem Fall und gegen alle Widerstände durchzuziehen. Zudem will man auch Malaysia mit Kriegswaffen bedienen. Der südostasiatische Staat plant den Kauf von 100 Schützenpanzern des Typs Marder und 500 Spähpanzern des Typs Condor bei Thyssen-Henschen in Kassel. Offenbar hat der Sicherheitsrat eine ganze Reihe von „Argumenten" zusammengefaßt, mit denen den Kritikern die Waffengeschäfte schmackhaft gemacht werden sollen.

In bezug auf Chile war neben den schon bekannten Parolen wie der angeblichen Sorge um die Arbeitsplätze beim Kriegsschiffproduzenten HDW auch folgendes „Argument" zu hören: U-Boote wären langlebige Waffen; das Pinochet-Regime dagegen dürfte kaum noch Jahrzehnte überdauern. Eine wirkliche famose Begründung für die Aufrüstung faschistischer Diktaturen mit westdeutschen Waffen!

Bei der Diskussion über die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien wurden im Sicherheitsrat ganz offen „strategische Interessen" in den Vordergrund gestellt. Die USA, Britannien, Frankreich und die Bundesrepublik müßten im Nahen Osten einen Verbund bilden, in dessen Rahmen jeder Staat seinen Teil dazu beitragen müßte, die gemeinsamen Interessen zu wahren. Im Klartext bedeutet das: Die stärksten imperialistischen Mächte des Westens koordinieren ihre militärischen Anstrengungen, um die Kontrolle der amerikanischen Supermacht über diese Region aufrechtzuerhalten. Reagan schickt die Kriegsflotte und seine Ledernacken an den Golf, Schmidt liefert dem prowestlichen Regime von Saudi-Arabien die Kampfpanzer (und über kurz oder lang wohl auch „Berater" der Bundeswehr).

Angesichts dieser weitreichenden Pläne ist es auch nicht verwunderlich, daß alle Teilnehmer des Sicherheitsrats sich einig darin waren, daß der Begriff „Spannungsgebiete" im Zusammenhang mit Waffenexporten ersatzlos gestrichen werden soll. Damit wären dann der Ausfuhr von Kriegsgerät keine Grenzen mehr gesetzt. Genschers Ministerium hatte für die Sicherheitsratssitzung eine Reihe von Alternativen zum Begriff „Spannungsgebiet" formuliert. Es wurde jedoch bislang nicht bekannt, auf welche neue Begriffsbestimmung sich der Sicherheitsrat geeinigt hat.

Eines allerdings ist jetzt schon klar: Schmidt und seine Leute wollen die Sache so schnell wie möglich durchziehen. Bis März sollen die Fraktionen von SPD und FDP davon „überzeugt" werden, daß nicht nur die anstehenden Waffengeschäfte mit Chile, Saudi-Arabien und Malaysia über die Bühne gehen müssen, sondern daß alle Schleusen für den Export von Kriegsgerät auch an andere Länder weit geöffnet werden müssen. Man kann sich angesichts dieser Terminsetzung also jetzt schon ausrechnen, daß sich besonders in der SPD die Auseinandersetzungen über die Waffenexporte und die militaristische Schmidt-Politik insgesamt weiter zuspitzen wird. Es wird sich dann auch zeigen, ob der „linke" Flügel der SPD-Bundestagsfraktion hier mehr Courage und Standfestigkeit an den Tag legen wird als im Fall Hansen.

Washington schickt Waffen und Militärberater

Wird El Salvador Reagans Vietnam?

Partisanen konnten Erfolge erzielen

SAN SALVADOR.- Die amerikansichen Imperialisten haben in den letzten Wochen ihre Hilfe für die faschistische Junta von El Salvador drastisch erhöht. Die Militärhilfe wurde auf 10 Millionen Dollar verdoppelt. Pausenlos fliegen jetzt Transportmaschinen der US-Luftwaffe „dringend benötigte Waffen und Munition" für die vom Volkskrieg bedrohte Junta ein.

Auch die vom Militärregime dringend benötigte Wirtschaftshilfe wurde aufgestockt, um 65 Millionen Mark jährlich. Darüber hinaus werden jetzt auch offiziell sogenannte Militärberater nach El Salvador entsandt. Tatsächlich operieren schon seit längerem etwa 200 bis 300 US-Militärs in dem mittelamerikanischen Land. **Damit hat Washington längst unmittelbar in die Kämpfe eingegriffen, stehen amerikanische Offiziere an der Spitze des Ausrottungsfeldzugs gegen die demokratischen Kräfte in El Salvador.**

Diese Entwicklung wirft ein besonders grelles Licht auf den perversen und verbrecherischen Charakter der amerikanischen Politik. Denn im vergangenen Dezember war die US-Hilfe für die Junta kurzfristig gestoppt worden. Der Grund: die Killertruppen der Junta hatten hier Amerikanerinnen, drei Nonnen und eine Sozialhelferin, bestialisch ermordet. Man muß daran erinnern, daß zur gleichen Zeit die hysterische Geiselkampagne ihrem Höhepunkt zusteuerte. Da wurden planmäßig Haß und Chauvinismus geschürt, weil es angeblich mit der „Ehre" der USA nicht zu vereinbaren wäre, daß in Teheran die Botschaftsangehörigen festgehalten wurden. Da wurden die Iraner mit Intervention, mit Atomschlägen und Ausrottung bedroht — nur weil sie ein paar Spione festgesetzt hatten.

Das Blutbad an den Nonnen in El Salvador dagegen tat der amerikanischen „Ehre" offenbar nicht den geringsten Abbruch. Im Gegenteil. Kaum hatte sich die erste Erregung in der Bevölkerung über diese Mordtat gelegt, wurde der Stopp der Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta — noch unter Carter — wieder aufgenommen. Und Reagan hat gleich nach seinem Amtsantritt diese Hilfe weiter erhöht. So konnten die salvadorianischen Killer für ihre Bluttat auch noch eine dicke Belohnung einstekken.

Reagan unternahm inzwischen noch einen weiteren Schritt. Er löste den Botschafter in El Salvador, White, ab. Dieser Mann war zwar alles andere als ein Gegner der faschistischen Junta. Noch kurz vor seiner Ablösung hatte er getönt: „Wir werden es niemals zulassen, daß sich hier ein marxistisch-leninistisches Regime etabliert" und damit klargestellt, daß sich die USA das Recht herausnehmen, die Regierungsform in El Salvador zu bestimmen. Aber für einen Reagan war selbst dieser Mann noch nicht scharf genug. **Der Reagansche Kurs, das ist mittlerweile deutlich geworden, weist eine gefährliche Ähnlichkeit mit der Entwicklung der amerikanischen Aggression gegen Vietnam auf: massive Waffenlieferungen, ständige Erhöhung der sogenannten Militärberater — als nächster Schritt bleibt dann nur noch die direkte militärische Intervention, sei es mit dem Einsatz von Söldnerbanden oder amerikanischen Hilfstruppen aus den anderen Ländern Mittelamerikas, oder auch mit US-Einheiten selbst.**

Mit der Verschärfung der Aggression reagiert Washington auf die beispielhaften Kampferfolge des Volkes von El Salvador. Um diese Erfolge richtig würdigen zu können, muß man sich das ganze Ausmaß des Terrors der Junta vor Augen halten, mit dem sie die Herrschaft der berüchtigten 14 Familien und ihrer amerikanischen Hintermänner über dieses kleine Land verteidigen will. Allein im letzten Jahr hat dieser Terror 10000 Menschenleben gekostet — ein hohes Blutopfer für ein Fünf-Millionen-Volk.

Auch jetzt gibt es täglich Meldungen über neue Verbrechen der Junta. So wurden etwa in der Provinz Chalatenango systematisch Dörfer von der Luftwaffe bombardiert und dabei unzählige Zivilisten getötet. Das faschistische Regime scheut nicht einmal davor zurück, auch noch die Flüchtlingslager an den Grenzen, in die Menschen aus dem ganzen Land vor dem Terror geflohen sind, mit ihren Bombern anzugreifen.

Auch in den Städten wütet der Terror. Ständig werden Werktätige, die man als Gegner der Junta verdächtigt, von bewaffneten Kommandos verschleppt. Später werden dann irgendwo ihre — zumeist mit Folterspuren übersäten — Leichen gefunden. Nachts schießen die Truppen des Regimes auf alles, was sich bewegt. Bürgerliche Zeitungen berichteten in der vergangenen Woche, daß auf diese Art allein in der Hauptstadt San Salvador jede Nacht 20 Menschen ermordet werden.

Und trotz dieser Terrorwelle konnte die „Demokratisch-revolutionäre Front" (FDR), in der die Volksbewegung gegen die Junta zusammengeschlossen ist, in den letzten Wochen eine Offensive starten. Sie hatte zu einem Generalstreik aufgerufen, der allerdings nur teilweise befolgt werden konnte. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß Soldaten die meisten Betriebe besetzten und die Arbeiter faktisch zu Gefangenen machten. Im öffentlichen Dienst wurden die Arbeiter und Angestellten unter Androhung der Todesstrafe zwangsverpflichtet. Viele Arbeiter, vor allem aktive Gewerkschafter, wurden verschleppt und ermordet.

Wesentlich erfolgreicher waren die bewaffneten Aktionen. **Selbst der Kriegsminister der Junte, Oberst Garcia, mußte zugeben, daß das Regime über weite Teile der Provinzen Chalatenanga, Moraza, Usulatan, Canas, La Paz und San Vincente die Kontrolle verloren hat (das sind sechs von vierzehn Provinzen).** Die Partisaneneinheiten der FMLN konnten die Provinzhauptstadt San Fernando Gotera befreien und mehrere Tage lang halten. Am 22. Januar wurden die Kampfhandlungen sogar in mehreren Stadtteilen der Hauptstadt San Salvador begonnen. Auch in der Umgebung der Hauptstadt entwickelten sich heftige Kämpfe.

Von großer Bedeutung ist die Tatsache, daß inzwischen in vielen Orten Machtorgane der Befreiungsbewegung gebildet wurden. Wenn auch die Offensive nicht weiter vorangetrieben werden konnte und beispielsweise San Fernando Gotera wieder aufgegeben werden mußte, so konnte die Bewegung doch eindringlich ihre ungebrochene Kraft unter Beweis stellen. In den letzten Wochen zeigte sich zudem in aller Deutlichkeit, daß die Junta völlig isoliert ist. Sie hat tatsächlich keine andere Basis als die erwähnten 14 Familien, deren riesigen Besitz an Ländereien, Banken, Industriebetrieben usw. sie verteidigt.

Neben den Organisationen des Volkes stehen auch die bürgerlichen Parteien — bis auf den ultrareaktionären Flügel der Christdemokraten — in Opposition zur Junta und beteiligen sich teilweise auch am bewaffneten Kampf. Auch den hohen Klerus hat das Regime bis jetzt nicht für sich gewinnen können. Ein Beispiel dafür lieferte vor einigen Wochen der Bischof von Goias Velho, Thomas Balduono, der dem Volk ausdrücklich das Recht zugestand, „zu den Waffen zu greifen, wenn es einer Tyrannei gegenübersteht". Selbst das ehemalige Junta-Mitglied Oberst Majano, bis zum letzten November das „liberale" Aushängeschild des Regimes, ist inzwischen in den Untergrund gegangen und ruft seine „Kameraden in der Armee" dazu auf, sich „nicht an den Verbrechen zu beteiligen".

In dieser Hinsicht ähnelt die Situation in El Salvador der von Nicaragua vor dem Sturz des Somoza-Regimes, das sich am Ende seiner Herrschaft auch vollständig isoliert hatte. Die salvadorianische Junta kann mit eigener Kraft die Herrschaft im Land nicht mehr behaupten. Nur massives amerikanisches Eingreifen kann ihr Leben noch verlängern. Und dazu ist Reagan — wie wir oben gesehen haben — bereit. Es geht ihm dabei nicht in erster Linie um den Schutz der Raubinteressen amerikanischer Konzerne in diesem Land.

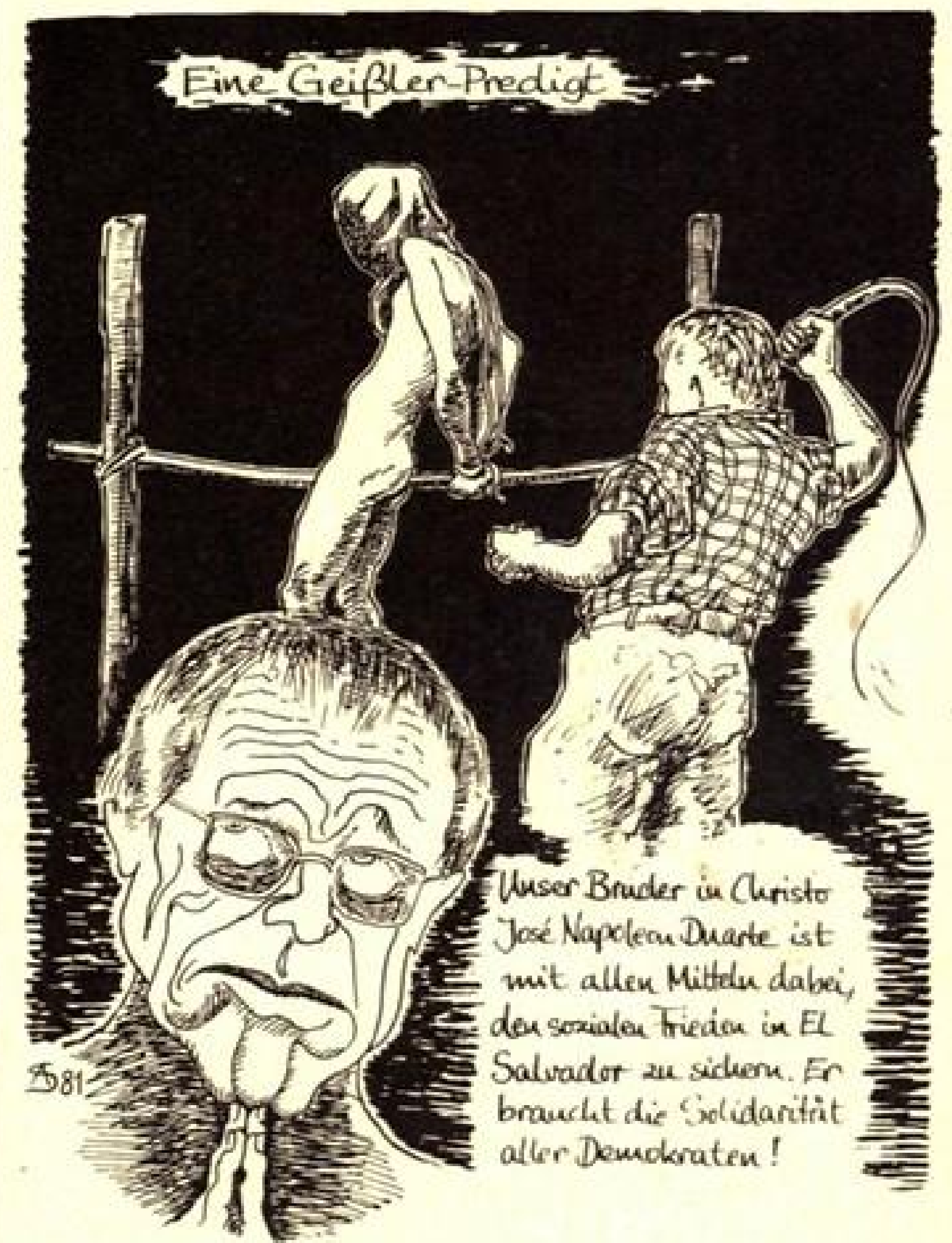
Entscheidender noch ist die Absicht der amerikanischen Imperialisten, eine Ausweitung der revolutionären Bewegung auf andere Länder Lateinamerikas (das sie seit eh und je als ihren „Hinterhof" betrachten) zu verhindern. Reagan hat deutlich gemacht, daß er die imperialistische US-Außenpolitik nicht hinter der Maske der „Menschenrechte" verstecken will. Er bekannt sich ohne Abstrich zu den faschistischen Diktaturen, die in Lateinamerika und darüber hinaus die Interessen der amerikanischen Supermacht verteidigen. Und er hat ja zudem bereits angekündigt, daß der Kampf gegen den „Terrorismus", das heißt gegen Freiheitsbewegungen in der ganzen Welt, mit aller Brutalität durchgeführt werden soll.

Sicher werden Reagan und seine Leute jetzt El Salvador zum Testfall für diese Politik machen wollen. Und mehr noch: Ihre Lügen, daß die salvadorianischen Freiheitskämpfer Agenten Moskaus wären, die über Nicaragua mit sowjetischen Waffen versorgt würden, sind nicht zuletzt auch ein brutale Drohung an das von der Somoza-Diktatur befreite Nicaragua.

Es steht außer Zweifel: unter Reagans Führung bereiten die amerikanischen Imperialisten in Mittelamerika eine großangelegte Intervention im Stil des Vietnam-Überfalls vor. Die fortschrittlichen Kräfte in aller Welt müssen diesem Verbrechen entgegentreten, so wie es vor zehn Jahren beim amerikanischen Aggressionskrieg in Indochina der Fall war.



Straßenkampf in San Salvador.



Faschistenfreund Geißler

Auch in unserem Land wächst die Solidarität mit dem um seine Befreiung kämpfenden Volk von El Salvador, die sich in verschiedenen Aktionen ausdrückt. Wie der RM schon gemeldet hat, demonstrierten am vorletzten Wochenende in Frankfurt 20000 Menschen für den Sieg des salvadorianischen Befreiunskampfes und gegen die amerikanische Aggression.

Die „Tageszeitung" (TAZ) hat eine Spendensammlung unter dem Stichwort „Waffen für El Salvador" organisiert, die bis jetzt fast eine Million Mark erbracht hat. Gespendet hat unter anderem auch Peter von Oertzen, Präsidiumsmitglied der SPD, der gegenüber der TAZ die bemerkenswerte Erklärung abgab, daß „es politische Probleme gibt, die sich schlechterdings nicht anders als mit Waffen lösen lassen: Ich sehe keine andere Lösung für eine demokratische und sozialistische Entwicklung in Salvador als den Sturz der Junta und den Sturz der Oligarchie. Und die Oligarchie weicht nicht bloßem guten Zureden".

Ein gutes Beispiel für die gewerkschaftliche Solidarität mit dem Volk von El Salvador war eine Veranstaltung in Düsseldorf. Sie war am 20. Januar vom dortigen DGB-Kreis aus Anlaß des Besuchs von zwei Vertretern der FDR in der Bundesrepublik ausgerichtet worden. Der Kreisvorsitzende Hans Reymann erklärte bei der Veranstaltung: „Wir können und wir dürfen zu den Vorgängen in Lateinamerika nicht schweigen. Solidarität mit dem Volk von El Salvador ist das Gebot der Stunde."

Solidarität mit El Salvador

Bei einer Reise durch Mittelamerika fand der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, Worte des höchsten Lobes für die faschistische Junta von El Salvador. Er nannte sie „menschlich, christlich und Freund der Armen". Angesichts des blutigen Terrors der Junta (siehe nebenstehenden Artikel) kann man sich wahrlich kaum eine zynischere Verhöhnung des Volkes von El Salvador und der unzähligen Opfer der Junta vorstellen.

Immerhin gibt diese Äußerung den Menschen in unserem Land einen Eindruck davon, was die CDU unter Menschlichkeit und Christentum versteht und wie sie sich die Fürsorge für die Armen vorstellt. Geißlers Auslassungen erinnern deutlich an das Lob von Franz Josef Strauß für die faschistischen Militärs in Chile. Sie machen deutlich, daß es in der Bewunderung für offen terroristische Diktaturen keinen Unterschied zwischen dem Ex-Kanzlerkandidaten und dem als liberal geltenden Generalsekretär der CDU gibt.

Zudem machte Geißler klar, daß seine Partei schon vollständig auf Reagans Kurs eingeschwenkt ist. Er nannte nämlich den Fall El Salvador einen „Teil der langen Kette von Mißachtungen und Invasionen der Sowjetunion". Genau das hatten Reagan und Haig auch gesagt, um ihre Aggression gegen das mittelamerikanische Land zu bemänteln.



Sonderbarer Geruch — findest du nicht auch Liebes?

Rassismus in den USA

14 schwarze Kinder ermordet

WASHINGTON.— Brutale Auswüchse nimmt der Rassismus in den USA an. In Atlanta im Bundesstaat Georgia wurden in den letzten anderthalb Jahren 14 Kinder schwarzer Hautfarbe zwischen sieben und 15 Jahren umgebracht.

Alle vier bis fünf Wochen ein totes Kind! Die farbige Bevölkerung Atalantas lebt in Angst und Schrecken. Die Polizei tappt, wie es heißt, im Dunkeln und hat keinerlei Anhaltspunkte, wer der Täter sein könnte.

Ronald Reagan, Präsident und einer der größten Rassisten, hat die Vorgänge als „tragisch" bezeichnet. Die Affäre wird „untersucht". Professoren, Berater, Psychologen wollen ein Hilfsprogramm für die Kinder von Atalanta ausarbeiten, die verständlicherweise unter Angstzuständen leiden.

Das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grundlage für solche Mordtaten der von staatlichen Stellen selbst geförderte Rassismus ist. Unter den Augen der Regierungsbehörden schüren Banden wie der Ku-Klux-Klan den Rassismus und ermorden in den USA täglich Schwarze, ohne daß ihnen etwas ernsthaftes geschieht.

FDP kassiert für Waffenschiebereien

Ertl und kein Ende

Staatsanwaltschaft legalisiert Bestechung

BONN.— Josef Ertl ist nicht der einzige käufliche FDP-Politiker. Zwar ist er, wie die in den letzten Monaten aufgedeckten Spenden-Affären beweisen, einer der eifrigsten beim Kassieren von Schmiergeldern, aber er ist damit durchaus in der richtigen Partei.

Wie sich im Laufe eines Ermittlungsverfahrens gegen die ehemalige FDP-Angestellte Gertrud Rech ergab, ist ein großer Teil der Partei und die gesamte Führungsclique in Schmiergeldaffären verwickelt. Und dabei geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um Rüstungsexporte und Waffenschiebereien in Millionenhöhe.

Während sich die FDP-Minister in der Öffentlichkeit zieren, dem geplanten Leopard-Verkauf an Saudi-Arabien zuzustimmen, haben sie sich schon vor einigen Jahren — allerdings auch keineswegs öffentlich — vehement für Rüstungslieferungen an eben diesen Staat stark gemacht. Dafür wollte die Partei 300000 DM Schmiergelder einstreichen.

Die oben erwähnte Gertrud Rech hat ihr Verfahren am Hals, weil sie von Ertl wegen „Verleumdung" verklagt wurde — denn sie hatte den Vorfall aufgedeckt. Die Ermittlungen verlaufen für Ertl und Co. allerdings eher peinlich, denn sie bestätigen die Aussagen von Frau Rech.

Danach haben sich 1976/77 Landwirtschaftsminister Ertl, der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry und andere bei ihrem Parteikollegen und damaligen Wirtschaftsminister Hans Friderichs dafür stark gemacht, dem Bonner Waffenlieferanten Gerhard Mertins die Genehmigung für den Export einer Maschinengewehrfabrik der Düsseldorfer Firma Rheinmetall nach Saudi-Arabien zu erteilen.

Frau Rech knüpfte die Kontakte zwischen Karry, den sie als „die Schlüsselfigur" bei Rüstungsexportgenehmigungen bezeichnete, und Mertins. Mertins' Partner Kunz von der „United Ordnance Procurement S. A. Luxembourg" kam mit Karry ins Gespräch. Wenige Tage danach hatte Mertins die Genehmigung!

Was Ertl angeht, so war er auch hier nach Aussagen Beteiligter der eifrigste. Der bayrische FDP-Schatzmeister Trapp war neben anderen auch als Vermittler in das Geschäft eingeschaltet worden; sein erklärtes Anliegen war es, einen stattlichen Betrag der Schmiergelder der von Ertl geführten Bayern-FDP zu sichern., Auf den Einsatz Trapps hin wurde Ertls persönlicher Referent Prochaska hinzugezogen, der die Kontakte zwischen der Bundesregierung und Rheinmetall herstellte.

Dann ergab sich ein Schönheitsfehler: Die Saudis waren das lange Gerangel in Bonn satt und bekundeten kein Interesse mehr an der MG-Fabrik. Die FDP-Politiker wollten deshalb allerdings nicht auf ihr Geld verzichten — sie hatten ihren Vertragsteil erfüllt. Sie setzten den sich sträubenden Mertins massiv unter Druck, bis dieser schließlich 100000 DM bezahlte. Davon erhielt ERtl allein 50000 DM.

Bezeichnend ist nun, daß dieser eindeutige Bestechungsfall für die betroffenen Minister keine Folgen haben soll.

Die Bonner Staatsanwaltschaft stellte im Dezember 1980 fest, daß die Minister Ertl und Karry zwar „Amtsträger im Sinne der Bestechungstatbestände" sind, aber sie hätten ja „keine Ressortzuständigkeit" für die Ausfuhrgenehmigung gehabt. Deshalb sei ihr Einsatz bei ihrem Parteikollegen, der diese „Ressortzuständigkeit" besitzt, nicht strafbar — auch wenn er nur aufgrund der zu erwartenden „Geldzuwendung" (sprich Bestechungsgelder) erfolgte!

Die Bonner Politiker wissen schon, wie sie so etwas drehen müssen — schließlich gehört das zum Beruf. Eine solche „strafrechtlich unbedenkliche" Bestechung ist mit Sicherheit in allen Bonner Parteien die Regel! Was die FDP betrifft, so deckte Frau Rech nocht zusätzlich auf, daß Minister Lambsdorff im letzten Jahr 20000 DM für die FDP-Kasse von der Waffenfabrik Heckler und Koch erhielt, weil er ihr die Genehmigung für den Export von Gewehrteilen nach Saudi-Arabien erteilt hatte. Ertl wiederum erhielt 1974/75 über 100000 DM vom Rüstungsfabrikanten Karl Diehl aus Nürnberg, der damals einen Gießerei-Komplex — Spezialität Panzerketten — in den Iran liefern durfte.

Der „Rote Morgen" aber wurde vor einigen Jahren „rechtskräftig" verurteilt, weil er geschrieben hatte: „Bonner Parlamentarier — korrupt bis auf die Knochen!" ...

Ansichten eines Botschafters

Dirk Oncken ist Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara. Welche Ansichten dieser Mann über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Türkei hat, konnte man in der vorletzten Ausgabe des „Spiegel" nachlesen. Verletzungen der Menschenrechte? Nach Meinung des Herrn Oncken gibt es die in seinem Gastland nicht. Entsprechende Berichte wären „von den hiesigen extremen Linken" und von der „in Wahrheit linksradikal durchsetzten Istanbuler Rechtsanwaltskammer" erfunden worden.

Die türkischen Gefängnisse (in denen gegenwärtig Zehntausende von Junta-Gegnern eingekerkert sind) haben es dem Botschafter Oncken besonders angetan. Gewiß, so räumt er ein, sie sind kein „angenehmer Aufenthaltsort". Aber er weiß genau, daß beispielsweise von der Junta verfolgte Demokraten, die früher in unserem Land gearbeitet haben, lieber im „kollektiven Mief türkischer Haftanstalten leben" als in „unserem hygienischeren Strafvollzug" in der Bundesrepublik.

Obwohl also die türkischen Gefägnisse solche Vorzüge aufweisen, mag auch Oncken Folterungen „nicht ausschließen". (Er umschreibt sie allerdings mit dem viel schöner klingenden Ausdruck „verschärfte Vernehmungen"). Aber das müßte nun mal so sein, weil in der Türkei „eine schlecht ausgerüstete, schlecht ausgebildete und schlecht besoldete Polizei versucht, mit vergleichsweise übermächtigen Terroristenbanden fertig zu werden". Aber ein bißchen Folter schadet den Menschen in der Türkei nicht, die sind an so etwas sowieso gewöhnt: „Gedankenlose Brutalität erscheint Bestandteil des täglichen Lebens".

Alles in allem: Für den Botschafter Oncken „steht außer Frage", daß die Menschenrechte in der Türkei nach dem Putsch „besser gewährleistet sind als zuvor".


Opfer der Folter in der Türkei

Fragestunde

Ort der Handlung ist der amerikanische Senat. Im außenpolitischen Ausschuß wird William P. Clark vom Senator Glenn befragt.

Glenn: „Wer ist der Ministerpräsident von Südafrika?"

Clark: „Ich weiß es nicht."

Glenn: „Und der Premier von Simbabwe?"

Clark: „Ich müßte raten."

Die Befragung, aus der wir hier einen Ausschnitt zitiert haben, diente übrigens dazu, die Qualifikation William P. Clarks für das Amt des stellvertretenden Außenministers der USA zu prüfen. Clark hat den Job bekommen.



Samstag, 14.2., 22.10 Uhr, ARD

Die sieben Samurai. Film von Akira Kurosawa. Samurai hießen die Angehörigen der Ritterkaste im mittelalterlichen Japan. Kurosawa hat in vielen Filmen den Untergang dieser Kaste beschrieben (zuletzt in „Kagemusha", der gegenwärtig in den Kinos läuft). In diesem Film engagieren Bauern, deren Dorf regelmäßig von Banditen überfallen wird, sieben verarmte Samurai als „Profis" zum Kampf gegen die Räuber.

***

Sonntag, 15.2., 21.05 Uhr, ARD

Nathan der Weise. Als Deutschland vom Faschismus befreit wurde, war der „Nathan" das erste Theaterstück, das auf die Bühne kam — die Nazis hatten es verboten. Ein Zeichen für die bleibende Aktualität dieses von tiefem Humanismus geprägten Dramas von G. E. Lessing (sein Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 200. Mal). In einer nicht immer geglückten Fernsehbearbeitung spielt Werner Hinz die Titelrolle, den jüdischen Kaufmann Nathan.

***

Montag, 16.2., 21.20 Uhr, ZDF

Die Wildente. Das Theaterstück des norwegischen Dramatikers Henrik Ibsen wird in einer Inszenierung der Freien Volksbühne Berlin von Rudolf Noelte gezeigt.

***

Dienstag, 17.2., 22.50 Uhr ZDF

Deutscher Kleinkunstpreis 1980. Aufzeichnung der Preisverleihung. Ausgezeichnet wurden Gerhard Polt, Aernschd Born, Floh de Cologne und Karl Napps Chaos-Theater.

***

Mittwoch, 18.2., 22.15 Uhr, WDR III

Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben. Der richtige Film zu Reagans Regierungsantritt. Jack D. Ripper, ein US-General mit der brutalen Physiognomie eines Haig, hat die „kommunistische Weltverschwörung" bis oben hin satt und schickt ein Atombomber-Geschwader in Richtung Moskau. Stanley Kubrick hat diese böse Satire 1963 gedreht, und wie es oft so geht, ist sie inzwischen von der Wirklichkeit weitgehend eingeholt worden. In drei (!) Paraderollen agiert der kürzlich verstorbene Komiker Peter Sellers.

Was ist Leninismus?

1. Genosse Stalin über den Leninismus

Die Grundlagen des Leninismus bilden ein umfangreiches Thema. Um es zu erschöpfen, wäre ein ganzes Buch, ja eine ganze Reihe von Büchern nötig. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß meine Vorlesungen keine erschöpfende Darlegung des Leninismus sein können. Sie können im besten Fall nur ein gedrängter Konspekt der Grundlagen des Leninismus sein. Dennoch halte ich es für nützlich, diesen Konspekt darzulegen, um einige grundlegende Orientierungspunkte zu geben, die für ein erfolgreiches Studium des Leninismus notwendig sind.

Die Grundlagen des Leninismus darlegen heißt noch nicht, die Grundlagen der Weltanschauung Lenins darlegen. Die Weltanschauung Lenins und die Grundlagen des Leninismus sind ihrem Umfang nach nicht ein und dasselbe. Lenin ist ein Marxist, und die Grundlage seiner Weltanschauung ist selbstverständlich der Marxismus. Daraus folgt aber keineswegs, daß die Darlegung des Leninismus mit der Darlegung der Grundlagen des Marxismus beginnen muß. Den Leninismus darlegen bedeutet, das Besondere und Neue in den Arbeiten Lenins aufzeigen, das er der allgemeinen Schatzkammer des Marxismus hinzufügte und das naturgemäß mit seinem Namen verknüpft ist. Nur in diesem Sinne werde ich in meinen Vorlesungen von den Grundlagen des Leninismus sprechen.

Also, was ist Leninismus?

Die einen sagen, daß der Leninismus die Anwendung des Marxismus auf die eigenartigen Bedingungen der russischen Verhältnisse sei. In dieser Definition steckt ein Teil Wahrheit, aber sie erschöpft durchaus nicht die ganze Wahrheit. Lenin wandte tatsächlich den Marxismus auf die russische Wirklichkeit an, und zwar tat er das meisterhaft. Aber wenn der Leninismus nichts weiter wäre als die Anwendung des Marxismus auf die besonderen Verhältnisse Rußlands, dann wäre er eine rein nationale und nur nationale, rein russische und nur russische Erscheinung. Wir wissen jedoch, daß der Leninismus eine internationale Erscheinung ist, die in der ganzen internationalen Entwicklung wurzelt, und nicht nur eine russische Erscheinung. Aus diesem Grunde meine ich, daß diese Definition an Einseitigkeit leidet.

Andere wieder sagen, daß der Leninismus die Wiedergeburt der revolutionären Elemente des Marxismus der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sei, zum Unterschied vom Marxismus der darauffolgenden Jahre, der gemäßigt und nichtrevolutionär geworden sei. Wenn man von dieser dummen und flachen Einteilung der Lehre von Marx in zwei Teile, in einen revolutionären und einen gemäßigten, absieht, muß man zugeben, daß sogar in dieser vollständig ungenügenden und unbefriedigenden Definition ein Körnchen Wahrheit steckt. Dieses Körnchen Wahrheit besteht darin, daß Lenin tatsächlich den revolutionären Inhalt des Marxismus wiederherstellte, der von den Opportunisten der II. Internationale eingesargt wurde. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit über den Leninismus besteht darin, daß er nicht nur den Marxismus wiederherstellte, sondern daß er noch einen Schritt weiter ging und den Marxismus fortentwickelte unter den neuen Bedingungen des Kapitalismus und des proletarischen Klassenkampfes.

Was ist nun also der Leninismus?

Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer gesagt: der Leninismus ist die Theorie und die Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen. Marx und Engels wirkten in der vorrevolutionären Periode (wir haben hier die proletarische Revolution im Auge), als es noch keinen entwickelten Imperialismus gab, in der Periode der Vorbereitung des Proletariats zur Revolution, in jener Periode, in der die proletarische Revolution noch keine direkte praktische Unvermeidlichkeit war. Lenin dagegen, der Schüler von Marx und Engels, wirkte in der Periode des entwickelten Imperialismus, in der Periode der sich entfaltenden proletarischen Revolution, als die proletarische Revolution bereits in einem Lande gesiegt, die bürgerliche Demokratie über den Haufen geworfen und die Aera der proletarischen Demokratie, die Aera der Sowjets eröffnet hat.

*Aus diesem Grunde ist der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus.**

Man unterstreicht gewöhnlich den außerordentlich streitbaren und außerordentlich revolutionären Charakter des Leninismus. Das ist durchaus richtig. Aber diese Eigenart des Leninismus erklärt sich aus zwei Gründen: erstens dadurch, daß der Leninismus aus der proletarischen Revolution hervorging, deren Stempel ihm notwendigerweise aufgedrückt ist, und zweitens dadurch, daß er groß und stark wurde im Ringen mit dem Opportunismus der II. Internationale, dessen Bekämpfung die notwendige Vorbedingung zum erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus war und ist. Man darf nicht vergessen, daß zwischen Marx und Engels einerseits und Lenin andererseits eine ganze Periode uneingeschränkter Herrschaft des Opportunismus der II. Internationale liegt, dessen schonungslose Bekämpfung eine der wichtigsten Aufgaben des Leninismus sein mußte.



Komplett 24,– DM
Einzelheft 5,– DM

Ein unentbehrliches Schulungs- und Nachschlagewerk

Die Beherrschung der Theorie und Praxis des Leninismus — den Stalin den „Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" nannte — kann nur durch das systematische Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in engster Verbindung mit der täglichen Praxis im revolutionären Kampf erworben werden.

Nun haben aber die Klassiker des Marxismus-Leninismus keine in einem Buch zusammengefaßte Gesamtdarstellung ihrer Lehre hinterlassen, die ein schnelles Eindringen in diese Lehre ermöglichen würde. Eine Ausnahme bilden da nur J.W. Stalins klassische Vorträge an der Moskauer Swerdlow-Universität, die unter dem Namen „Grundlagen des Leninismus" veröffentlicht wurden.

Im Anschluß an diese Vorträge ist das hier angezeigte Werk entstanden. Jahrelange Erfahrungen mit der Schulung der „Grundlagen" sind in seine Gestaltung eingeflossen. Die Leninismus-Hefte enthalten, gegliedert nach den Themen der Vorträge J.W. Stalins, eine Sammlung aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die geeignet ist, dem Leser ein umfassendes Bild des Marxismus-Leninismus zu vermitteln.

Jedes einzelne Heft (in einem Umfang von jeweils 100 bis 180 Seiten) ist einem bestimmten Komplex dieser Lehre gewidmet. Die einzelnen Texte sind sehr übersichtlich nach übergeordneten Gesichtspunkten geordnet (siehe Inhaltsverzeichnes auf dieser Seite) und dann noch einmal nach Einzelproblemen untergliedert. Durch diese Anordnung lassen sich die Leninismus-Hefte in zweierlei Hinsicht gebrauchen. Zum einen kann der Leser ein ganzes Heft von vorn bis hinten durchstudieren und sich so eine Übersicht beispielsweise über die Theorie der proletarischen Revolution verschaffen.

Die Hefte lassen sich aber auch ausgezeichnet als Nachschlagewerke verwenden. Wenn in der täglichen Praxis Probleme und Fragen auftauchen, wird man hier stets schnell eine kurze grundsätzliche Orientierung finden. Die Quellenangaben unter jedem Text und die ausführlichen Literaturangaben zu jedem Komplex erleichtern zudem eine Vertiefung des Studiums durch das Heranziehen weiterer Werke der Klassiker.

Bei den Leninismus-Heften — das sei hier ausdrücklich betont — handelt es sich nicht um eine Zitatensammlung. Vielmehr sind hier ausführliche, über mehrere Seiten gehende Texte zusammengetragen, in denen die jeweils behandelten Fragen ausführlich erläutert werden. Als Beispiel für die Textgestaltung veröffentlichen wir auf dieser Seite aus Heft 1 eine Definition des Leninismus durch J.W. Stalin.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte der Leninismus-Reihe zum Preis von 5,— DM pro Heft, bzw. die komplette Ausgabe ohne das vergriffene Heft 5 zum Preis von nur 24,— DM.

Einzelhefte Nr.: ....
Komplette Ausgabe ....

Name: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....

Ausschneiden und einsenden an: **Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30**

HEFT 1

WAS IST LENINISMUS?

Die Definition des Leninismus / Seine historischen Wurzeln / Seine Weiterentwicklung / Seine Methode und Theorie

HEFT 2

DIE THEORIE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Die Widersprüche des Imperialismus / Die Voraussetzungen der proletarischen Revolution / Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus / Das Reißen der Kette des Imperialismus im schwächsten Kettenglied / Die Typen und die Etappen der Revolution / Die revolutionäre Krise

HEFT 3

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat / Die Diktatur des Proletariats und ihre drei Seiten / Der neue Staatstypus / Die Sowjets als Form der Diktatur / Die Festigung der Diktatur und die Schaffung der Voraussetzungen für das Absterben des Staates

HEFT 4

DER KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

Die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande / Die „Neue Ökonomische Politik" / Die entfaltete sozialistische Offensive / Sozialismus und Kommunismus

HEFT 5
vergriffen

HEFT 6

DIE NATIONALE UND KOLONIALE FRAGE

Die Fragestellung / Das Proletariat und die nationale Befreiungsbewegung / Das bolschewistische Programm in der nationalen und kolonialen Frage / Die kolonialen Revolutionen und nationalen Bewegungen im Nachkriegseuropa / Die nationale Frage unter der Diktatur des Proletariats

HEFT 7

DIE STRATEGIE UND TAKTIK DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Die Wissenschaft von der Leitung der Klassenkämpfe des Proletariats / Die Lehre von den Formen des Kampfes der Arbeiterklasse / Strategische und taktische Leitung / Revolutionäre und reformistische Leitung / Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 7 13 Şubat 1981 Yıl: 15 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Balıkçılar protesto yürüyüşleri yaptı. **Balıkçılar, Bonn ve Cuxhaven'de yaptıkları yürüyüşlerle, su bendlerini işgal ederek ve diğer eylemlerle işyerlerinin yokedilmesine karşı protestolarda bulundular. AET patronları balık avlama sahası ve miktarı hakkında anlaşamadıklarından ötürü, balıkçı gemileri aylardan beri limanlarda beklemektedir. ÖTV sendikasının açıklamasına göre, bu süre içinde 1200 denizci işten atıldı veya izine gönderildi.**

Köylüler eyleme gidiyor!

Bütün B. Almanya çapinda 14 Subat'ta yürüyüsler yapilacak

Alman Köylüler Birliği (DBV), bütün bölge örgütlerini, Batı Alman köylülerinin hayat koşullarının artan bir biçimde kötüleşmesine karşı bu hafta sonu için protesto yürüyüşleri örgütlemeye çeğırdı. Köylülüğün durumunun ne derece ciddi olduğu, Federal Hükümet'in geçen hafta açıkladığı tarım raporunda da ortaya çıkıyordu: Buna göre köylüler, 1980/81 mali yılı içinde yüzde 12 gelir kaybına uğrayacaklar.

Resmi hesaplamalara göre, geçtiğimiz son beş yıl içinde köylülük gelirlerinde yüzde 30 oranında düşüş oldu. Burada dikkate alınması gereken nokta; bu yüzde 30'un ortalama bir rakam oluşudur. Yani, toprak ağalarının, çiftlik sahibi tarım kapitalislerinin ve büyük köylülerin yükselen gelirleri de bu ortalama rakamın içinde yer almaktadır. Emekçi köylülüğün gelirlerindeki düşüş, resmi olarak verilen bu ortalama rakamın daha da üstündedir. Doğrusu, küçük köylüler son beş yıl içinde yüzde 40 civarında gelir kaybına uğradılar.

Ve aynı durum, tarım Bakanı Ertl tarafından hazırlanan tarım raporunda verilen rakamlarda da açığa çıkmaktadır. Emekçi köylüler, Ertl'in tarım raporunda belirttiği yüzde 12'den daha fazla, bu yıl içinde gelir kaybına uğrayacaklar. Bu rakamlar, küçük köylülüğün tahrip edilmesini ispatlayan alarm işaretleridir. Diğer yıllarda olduğu gibi, bu yıl da çok sayıda küçük köylü topraklarını satmak zorunda kalacak.

Bu gerçeklere karşın, gerici burjuva basını propagandasında köylüleri zor çalışma sonucu kazandığımız paraların devlet yardımları adı altında verildiği asalaklar olarak tanımlamaya çalışmaktadır. Elbette bu yayın organları, yapacakları bir dizi yorumlarda, Cumartesi günü düzenlenecek yürüyüşleri aynı mantıkla ele alacaklardır. Ama işin gerçek yönü tarım ekonomisine yapılan devlet yardımlarının, yüzde 90'ının, yüksek gelirlere sahip olan yüzde 10 köylüye verilmesidir. Yani, yüzde 90 köylülük, yapılan devlet yardımlarının sadece yüzde 10'undan yararlanmaktadır. Bu şu anlama gelmektedir: Devlet yardımları ile bir avuç toprak ağaları, kapitalist çiftlik sahipleri ve büyük köylüler beslenmektedir.

Ama, bu yardıma acil ihtiyacı olan emekçi köylüler, bundan yararlanmayıp, eli boş dönmektedirler. Emekçi köylüler, dondurulan tarım ürünleri taban fiatları ile, tarımda kullanılan malzeme fiatlarının sürekli yükselmesi ile bogazlanmak istenmektedirler. Topraklarını satmaya zorlanmaktadırlar.

Küçük köylü topraklarının tahripedilmesine karşı verilen bu mücadele, olduğundan da haklı bir mücadeledir ve şehir emekçileri tarafından desteklenmek zorundadır. Gericilerin yönetiminde bulunan Alman Köylü Birliği, bu eylemden sonra her hangibir mücadele önlemi almak istememekte ve Cumartesi günü yapılacak yürüyüşlerde etkili propaganda biçimlerinden uzak durmaktadır. Örneğin, traktörler ile yürünmesini köylülere yasakladı. (Ama, köylülerin buna uyup uymayacağı başka bir soru)

"Özgür Köylü Hareketi" gazetesi "Freies Landvolk" (Özgür Köylü Halkı) Köylü Birliği'nin bu politikasını sert bir biçimde eleştirdi ve yaptığı çağrıda; yürüyüşleri destekleyeceğini vurguladı. Ayrıca, "uzun süreli ve etkili mücadele önlemleri alınmasını talep etti.

("Bauerndemonstrationen" RM/Nr. 7, S. 1)

Ekonomik kriz gittikçe derinlesiyor

Issizlik sayisi 1,3 milyona yükseldi

NÜRNBERG. — Beş yıldan beri ilk defa işsizlik sayısı 1,3 milyon olarak tespit edildi. Bu rakam, Ocak 1980 ile karşılaştırıldığında, işsizlik sayısında yüzde 26 artış olduğunu ifade etmektedir. Bugün B. Almanya'da işsizlik oranı yüzde 5,6'ya çıkmış durumda ve gittikçe yükselmektedir. Burjuva uzmanları dahi bunu doğrulamaktadırlar. Kapitalist ekonomik sistem her gün daha fazla derin bir ekonomik krizin içine girmektedir.



Savaş sonrası dönemde en yüksek işsizlik sayısına Nordrhein-Westfalen Eyaleti'nde rastlandı. Bundan en çok etkilenen kesim de, demir-çelik sanayiinde çalışan emekçiler oldu. Bu eyalette işsizlikte en ön sırayı alan şehir, yüzde 6,9 ile Dortmund'dur. Tekel kapitalistleri bu şehirde 10 bin işyerini daha tahrip etmek istemektedirler. Bu durumda işsizlik oranı yüzde 8'e çıkmış olacak. "İş pazarı durgundur, bu yılda işsizlik yükselecektir": Düsseldorf'daki iş dairesinden Rudolf Neumann aynen böyle söylüyordu.

Ücretlerin yağmalanmasına, işyerlerinin tahrip edilmesine ve fabrikaların kapatılmasına karşı kararlı bir biçimde mücadele edelim! İşçi sınıfımızın en doğru cevabı bu olmalıdır. En doğru çözüm; susmak yerine, devrimci sınıf mücadelesi! Bugünkü kriz, kapitalist sistemin emekçilere mutlu bir gelecek vaadetmediğini açıkça göstermektedir.

("1,3 milyonen Arbeitslose" RM/Nr. 7, S. 1)

Isverenlerin provakasyonlarina karsi ikaz grevleri

Metal sanayiinde ücret turlari

KİEL. — Geçen hafta Perşembe günü Kuzey Almanya'da binlerce metal işçisi ikaz grevleri ve yürüyüşler yaptılar. İşçiler bu eylemlerle kapitalistlerin takındıkları provakatif tavırları protesto ettiler. Kapitalistler, yüzde 2,5 ücret artışı talepleriyle işçileri; alaya almak istemektedirler.

Kile, Lübeck, Rendsburg ve Neumünster'de metal işçileri kısa süreli ikaz grevlerine gittiler. Bu ikaz grevleri, özellikle metal sanayi patronlarının utanmaz bir biçimde ileri sürdükleri yüzde 2,5 ücret artışına sıkı sıkıya sarılmalarına karşı yönelmiştir.

Flensburg'da geçen hafta Perşembe günü öğleden sonra 1000'in üzerinde kadın ve erkek işçi, 2. ücret grubunun kaldırılması için yürüyüş yaptılar. İşyerlerinde kadın işçiler, erkek işçilerle aynı işi yaptıkları halde, 2. ücret grubuna tabi tutulmalarıyla erkek işçilerden daha az ücret almaktadırlar.

Şimdiye kadar ikinci toplu sözleşme görüşmelerinin yapıldığı bütün bölgelerde, görüşmeler, kapitalistlerin provakatif davranışları sonucu bir netice alınmadan kesilmek zorunda kalmıştı. Stuttgart'ta yaklaşık yüz metal işçisi, Kuzey Baden ve Kuzey Württemberg için yapılan ücret görüşmeleri sırasında, sendikal taleplerin kabul edilmesi için görüşme salonunun önünde bir yürüyüş yaptılar. İşçiler, taşıdıkları pankartlarve yaptıkları konuşmalarda; "yüzde 8 daha fazla ücret istiyoruz... yüzde 2,5 alaya almadır."

Stuttgart IGM bölge yönetmeni, görüşmelerden sonra şöyle açıklamıştı: "Bu anda yapılan görüşmeleri anlamsız bulduğumuzu işverenlere açıkca söyledik." Fabrikalarda, kapitalistlerin provakasyonlarına nihayet son vermek için protestolar yükselmektedir. İşçiler, IGM'den greve gitmek için genel oylamaya gidilmesini talep etmektedirler.

("Warnstreiks gegen Unternehmer Provakation" RM/Nr. 7, S. 1)

Nötron bombasına hayır!

BONN. — Yeni ABD Savaş Bakanı Weinberg; "bir ihtimalle" Reagan Hükümeti'nin nötron bombasının yapımını ve bunun Avrupa'daki NATO ülkelerinde de inşa edilmesini kararlaştıracağını açıkladı. Bu durum Avrupa halkları ve diğer dünya halkları için büyük bir tehlike ifade etmektedir. Bonn Hükümeti, şimdiye kadar Wienberg'in planları hakkında görüş açıklamadı.

Halkımız için yeni bir tehlike daha! Bir çok Avrupa ülkesinde ve ülkemizde şimdiye kadar tesis edilen atom raketleri yetmiyormuş gibi, bugün de ABD, ülkemize son derece tehlikeli ve patlaması sonucu onbinlerce insanın ölümüne yolaçacak olan nötron bombalarını yerleştirmek istiyor. Böyle bir durumda, gündemde olan savaş tehlikesi artacak ve ülkemizin yokedilmesine yeni bir aşama eklenecek.

ABD savaş bakanının bu açıklamalarından sonra CDU'lu Zimmermann şöyle diyordu: Federal Hükümet, "Amerika'nın açıkladığı bu görüşleri onayladığına dair, kamuoyuna yönelik" açıklamada bulunmalıdır. Zimmermann, Başbakan Schmidt'in, daha 1977 yılında Carter ile yaptığı bir görüşmede "nötron bombasının yerleştirilmesinden yana olduğunu" ve bu konuda kendisine güvence verdiğini söylemektedir. Ama, hükümet suskunluğunu sürdürmektedir...

Schmidt ve yandaşları, kendilerine güvenilmesi gerektiğini müttefiklerine ispatlamaktadırlar. Bu Hükümet halkımız için büyük bir tehlikedir. Bu arada Norveç, İsviçre ve Hollanda hükümetleri ülkelerinde nötron bombasının inşa edilmesini kesinlikle reddettiler.

Ülkemizde de nötron bombasına yer olmamalı! NATO'ya ve ABD'nin takipçisi Federal Hükümet'e karşı verdiğimiz mücadeleyi genişletelim ve güçlendirelim! Batı Almanya topraklarında ve diğer ülkelerde atom silahlarına hayır!

("Stoppt die Neutronenbombe" RM/Nr. 7, S. 1)



Bundan üç yıl önce Belçika'da binlerce kişi nötron bombasına karşı yürümüştü.

Haftanın yorumu

Reagan savaş çizgisinde

ABD Başkanlık seçimlerinden bir gün sonra, 6 Kasım 1980'de yalan ve kışkırtıcı yayınlarıyla tanınmış "Bild" gazetesi sevinç çığlıkları atıyordu. "Reagan zafer kazandı. Dünya başka olacak. Bonn ile dostluk gelişiyor. Batı yeniden güçlü. Moskova'ya karşı sert bir güç. En önemli bakan Schmidt'in yakın arkadaşı." Reagan ve onların her biri birer bilyoner olan bakanlar takımının iktidara gelişini sadece "Bild" gazetesi son derece büyük bir sevgiyle selamlıyordu. Aynı zamanda Pinoşet (Şili) ve Chun Doo Hwan (Güney Kore) gibi faşist diktatörler ve Strauss Genscher ve Schmidt gibi "demokratlar" da Reagan'ın iktidara gelişini alkışlamışlardı.

Başkanlık seçimlerinin üzerinden kısa bir süre geçmesine rağmen, işgalçi Amerikan tekelci sermayesine, kârların yükseltilmesi yönünde bir politika izleneceğini vaadeden Reagan'ın hangi amaca hizmet ettiği gün geçtikçe daha açık bir biçimde ortaya çıkmaktadır. Silahlanma bütçesini 130 milyar Dolar'dan 157 milyar Dolar'a çıkaran Carter Hükümeti'ne karşın, Reagan'ın) iktidarı döneminde bu rakamın baş döndürücü bir yüksekliği; 300 milyar Dolar'a çıkarılması gerekmektedir. ABD emperyalizmi her zaman olduğu gibi, bugün de açıktan açığa militarizmin güçlendirilmesi vasıtasıyla, savaş ve işgallerle gittikçe derinleşen krizden kurtulmaya çabalanmaktadır.

Bütün bunlar hiç de yeni şeyler değildir. Hatta söylenen sözler hemen hemen aynısı. Bir zamanlar Hitler'in avaz ettiği gibi, bugün de Reagan; ABD'yi güçlü ve şerefli bir biçimde yönetmek için "tanrının arzusuyla" iktidara çağrıldığını söylemektedir. "Barış güzel birşeydir, ama insan güçlü olmak zorundadır" diye slogan atan Naziler'in aynısını şimdi Schmidt'in yakın dostu ABD Dışişleri Bakanı haykırmaktadır: "Barıştan daha da önemli şeyler... vardır." Bugün Franz Josef Strauss ve Federal Devlet Başkanı Carsten'ın da, her ne pahasına olursa olsun barışı koruyacağız diye bir şeyin olmadığını ikaz ettikleri açık birşeydir.

İnsan hakları da ne demek oluyormuş? Barış ne demek oluyormuş? ABD emperyalistleri için iyi olan, dünya için de iyidir. İşte Reagan Hükümeti'nin temel ilkesi budur. Ve o, düşmanı da kesinlikle tespit etmiş durumdu: Düşman, uluslararası terörizme hizmet eden ve sosyalist veya komünist dünya devletini, dünya devrimini getirmek isteyen Sovyet iktidarıdır.

Uluslararası terörizm mi? Bundan RAF veya "Kızıl Tugaylar"ı anlayan bir kişi, elbette yanılıyor. ABD Dışişleri Bakanlığı sözcüsü William Dyess, bunun ile El Savador'dan Güney Afrika'ya kadar "teröristlere" yapılan desteğin, yani bütün dünyadaki kurtuluş hareketlerinin demek istendiğini açıkça ifade etmiştir.

Ayrıca, bugün ulusal kurtuluş hareketlerinin Sovyetler Birliği tarafında desteklenerek, sosyalist dünya devriminin gerçekleştirilmek istendiğini iddia etmek de bütünüyle bir yalandır. Sovyet sosyal emperyalistlerinin istediği, mümkün olduğu her yerde hegemonya alanlarını adım adım genişletmektir. Ulusal kurtuluş hareketlerini geçici bir süre için desteklemeleri, kendi sosyal emperyalist çıkarlarına hizmet ettiğinden dolayıdır. Bugün ver, yarın faiziyle, faizinin faiziyle yine geri al. İşte onlar bu mantıkla hareket etmektedirler.

Ama, Reagan'ın arzusuna göre buna da nihayet son verilmek zorundadır. Bunun ile ilgili "Welt" gazetesinin bir yorumunda şöyle deniliyor: "Onun isteği, terör örgütlerini, ulusal kurtuluş hareketleri olarak tanımlanacağı yerine, uluslararası terörizme ve onun suç ortağı Sovyetlere karşı mücadele etmektir. Bu açık ve inanılır bir şeydir. Yeni Amerikan yönetiminin bu kararlığı, Batı dünyası politikasında yer alan yatıştırıcıları, yavaştan gidenleri ve küçük bir cesarete sahip olanları rahatsız etmekte ve belki de korkutmaktadır.

Batı Alman emperyalistlerinin hizmetindeki gerici basının, yeni Amerikan politikası; "herşey altüst oluncaya kadar ilerleyeceğiz..." anlayışı üzerine ne derece sevindiğini yukarıdaki alıntılardan insan anlıyor. Bu politika ve Polonya'daki gelişmeler, Batı Alman emperyalistlerinin ve Şövenistlerinin iştahlarını daha da kabartmakta ve doğu bölgesinin yeniden kazanılması planlarını; bir büyük Almanya'nın yeniden kurulmasını gerçekleşebilir göstermektedir.

ABD emperyalizminin politikasına engel olan, örneğin Washington'da ve başka yerlerde üzerinde çok durulan Batı Alman müttefiklerinin, birazcıkta olsa, tarafsız düşünceleri değildir. Bu hususta Beyaz Saray'daki Baylar hiç de merak etmesinler. Ne bir Strauss ne de bir Kohl, ne bir Genscher ne de bir Schmidt Amerikan müttefiklerinin, Batı Almanya'yı bir savaş alanı yapma, halkımızı topa tüfeğe yem olarak sunma isteğine ciddi bir biçimde karşı çıkacaklardır.

Bugün ABD emperyalizmine engel teşkil eden bütünüyle başka birşeydir. Yani işçi sınıfı ve gençliğin (Federal Ordu'daki gençlik de dahil) büyük kesimlerinin ittifak ve savunma politikası için yeteri derecede hazır olmayışları, mutlak bir düşmanın belli olmayışı ve içinde bulunduğumuz yüzyılda silah tekellerinin kârları için, ABD emperyalizminin dünya hegemonyası çabaları için üçüncü bir defa ölmek istenmemesi.

Bundan ötürü Batı Alman Burjuvazisi, okullarda milli savunma derslerinin artırılmasıyla ve özellikle de televizyon gibi kitle yayın organlarıyla, İkinci Dünya Savaşı'ndan önce olduğu gibi, insan olarak değerlenlendirmedikleri bolşevik düşmanlığını, yeniden yaratmaya, gençliğin savaş hazırlığını yükseltmeye, devletin faşistleştirilmesini ve militarizmi hızlandırmaya çaba harcamaktadır.

Ama, bütün bu hesaplar, ve planlar; ülkenin esas sahiplerinden, işçi sınıfından, özellikle de gençlikten habersiz yapılmaktadır. Biz bu hesaba yeni bir 1919 ve 1939 eklemeyeceğiz. Federal Hükümet'in ittifaklar ve silahlanma politikasına karşı gelişen direnmeler Sosyal Demokrat ve Liberal kesimlere kadar uzanmaktadır. ABD emperyalizminin El Salvador'a, Nikaragua'yı, Küba'yı, Afrika'yı veya Yakın ve Orta-Doğu'yu işgali sırasında; Amerika'nın bundan on yıl önce Kuzey Vietnam'ı işgal edip, yerle bir etme çabalarından niçin farklı olsun? O dönemde ABD emperyalizmine karşı yükselen protestolar, Almanya'daki Amerikan evlerinin ateşe verilmesi, henüz canlılığını koruyor.

Kapitalistlerin, işçi sınıfının ve emekçi halkın uzun mücadeleler sonucu kazandığı haklarına acımasız bir biçimde saldırısına karşı mücadele her fabrikayı işçilerin bir kalesi haline getirmek gibi asıl görevlerimizle beraber; gelişen savaş tehlikesine karşı, gittikçe artan faşistleştirmeye karşı mücadeleyi yükseltmeliyiz. KPD'nin Barış Planı'nı; özellikle de onun temel talepleri ola; "NATO'dan çıkılmalıdır!", "Tarafsız bir Federal Cumhuriyet için ileri! kendimize temel olarak geniş bir Birleşik Cephe yaratmak için mücadeleyi yükseltelim.

("Reagan auf Kriegskurs" RM/Nr. 6, S. 2)

Alman Büyük Elçisi faşist cuntayı övdü

Dirk Oncken Batı Almanya'nın Türkiye Büyükelçisidir. Bu adamın Türkiye'deki gelişmeler ile ilgili görüşlerini "Spiegel" dergisinin bir önceki sayısında okumak mümkündü. İnsan haklarını ayaklar altına alınması mı? Bay Oncken'ın düşüncelerine bakılacak olursa, Türkiye'de insan haklarının ayaklar altına alınması diye birşey sözkonusu değil. Ona göre bu gibi haberler, "buradaki aşırı solcular" ve "gerçekten aşırı sol eğilimli olan İstanbul Avukatlar Odası" tarafından uydurulan yalanlardır.

Özellikle Türkiye'deki cezaevleri —ki bu cezaevlerinde şimdi onbinlerce devrimci ve anti-faşist insan yatmaktadır— Büyüelçi Oncken'ın oldukça hoşuna gitmektedirler. Gerçi o, bu cezaevlerinin "oturmaya elverişli hoş yerler" olmadığını kabul ediyor. Ama; Örneğin daha önce Almanya'da çalışan ve döndükten sonra cunta tarafından cezaevlerine kapatılan demokratların, "Türkiye'deki ceza ve tutukevlerinin kokan koğuşlarında yaşamayı, ülkemizdeki tertemiz cezaevlerinde" yaşamaktan daha iyi bulduklarını, çok iyi bilmektedir.

Faşist cuntayı ve onun cezaevlerini bu şekilde övdükten sonra, Bay Oncken, işkenceleri de bütünüyle inkâr etmiyor. Daha doğrusu cezaevlerinde ve karakollarda, özel işkence tezgâhlarında yapılan işkenceleri kulağa hoş gelen çok daha güzel sözlerle ifade ediyor. Bunlar "şiddetlendirilmiş soruşturmalar"dır. Ama bundan başkada çare yoktur. Çünkü, Türkiye'de "kötü donanmış, kötü yetiştirilmiş ve kötü ücret alan polis, oldukça güçlü olan terör örgütlerinin işini bitirmek istemektedir." Ama, birazcık işkence Türkiye'deki insanlara zarar vermiyormuş; onlar böyle bir şeye zaten alışkındırlar. "Akla hayale sığmayan vahşilik, günlük yaşamın bir parçası haline gelmiştir."

Kısa ve öz olarak: Batı Almanya'nın Türkiye Büyük Elçisi Oncken için, faşist cuntanın iktidarı ele almasından sonra, ülkede insan haklarının eskiye rağmen daha iyi bir biçimde garanti altına alındığı "tartışma götürmez bir soru" imiş.

("Ansichten eines Botschafters" RM/Nr. 7, S. 12)

AÇLIK GREVİ VE PROTESTO YÜRÜYÜŞÜ

DORTMUND. — Estel-Hoesch tekeli merkez yönetim kurulunun açıklamasına göre, önümüzdeki iki yıl içinde üç adet Hoesch demir-döküm işletmesinden ikisi kapatılacak. Daha önceden vaadedilen ve Hoesch işçileri ve Dortmund emekçileri tarafından da talep edilen yeni demir-çelik işletmesinin yapımı, Hoesch patronları tarafından reddedilmektedir. Bu durumda Hoesch'de 12 000 işyeri tahrip edilmiş olacak. Kapitalistler, açıktan toplu işten atmaları planlamaktadırlar.

Geçen hafta Perşembe günü yaklaşık 1 000 işçi arkadaş, Hoesch merkez yönetim binası önünden yürüyerek, ek demir-çelik işletmesinin derhal yapımını talep ettiler ve planlanmakta olan toplu işten atmaları protesto ettiler. İşçiler; talepleri yerine getirilmediği takdirde daha sert mücadele önlemlerini alacaklarını vurguladılar.

Ayrıca, geçen hafta Çarşamba gününden Cuma gününe kadar, on işçi kadını ve bir ilerici papaz, Hoesch işçilerinin taleplerini desteklemek amacıyla fabrikanın ana girişi önünde üç gün süren açlık grevi yaptılar. Açlık grevi Dortmund emekçilerinin büyük desteğini gördü.



Dortmund-Hoesch'de açlık grevine giden işçi kadınları

HABERLER

15 000 kişi atom enerjisini protesto etti

HAMBURG. — Brokdorf'da atom enerjisi işletmesinin yapımını protesto etmek için Hamburg'da 15 000 kişi yürüdü. Siemens tekeli tarafından inşa edilen atom enerjisi işletmeleri, bu tekelin kapitalistlerine olduğu gibi, diğer kapitalistlere de baş döndürücü kârlar getirmektedir. Ama, bunlar halk için büyük bir tehlike oluşturmaktadır. Çünkü, atom çekirdeğinin parçalanmasıyla meydana gelen radioaktif dalgalar, suya ve havaya rahatlıkla bulaşmakta ve insan vücuduna büyük derecede zarar vermektedirler. Ayrıca bir atom enerji işletmesinde daima büyük bir kazanın tehlikesi mevcuttur, ki böyle bir durumda; radioaktif dalgaların boşanması sonucu sayısız insan hayatını kaybedecektir.

Bu büyük tehlikelere karşın, Federal Hükümet hala yeni atom enerjisi işletmeleri yapmaktadır. KPD, atom enerjisi işletmelerinin yapımına karşı çıkmakta ve bunun yerine kömürle işleyen termik enerji işletmelerini talep etmektedir. Böyle bir durumda yeni işyerleri de açılmış olacak. Bu ayın sonunda Brokdorf atom enerji işletmesine karşı yeni yürüyüşler yapılacak.



Hamburg'da 15 000 kişinin katıldığı atom enerjisini protesto yürüyüşü

Faşizme karşı eylemler yapıldı

DORTMUND. — 30 Ocak 1933 yılında Almanya'da tarihin en vahşi ve en canavar faşist diktatörlüğü kurulmuştu. Bu yılki 30 Aralık'ta da faşizm ve gericilik protesto edildi. Bugün 30 Aralık faşizme ve gericiliğe karşı bir mücadele günü haline gelmiştir. Özellikle HALK CEPHESİ — KPD'nin desteğini alarak — çeşitli şehirlerde bir dizi yürüyüşler, mitingler ve toplantılar düzenledi. Bu eylemlerde ilk sırada gelen talep; bütün faşist örgütlerin yasaklanması ve faşistlerin tutuklanması idi. Bu faşist örgütlerin başında, Münih katliamının sorumlusu Hoffmann cinayet şebekesi,sistemli bir biçimde yabancı düşmanlığını sürdüren NPD ve faşist "Bozkurtlar" gelmektedir.

30 Aralık'ta düzenlenen eylemlerde, devletin gittikçe faşistleştirilmesi ve diğer ülkelerdeki faşist diktatörlüklerin B. Alman devleti tarafından desteklenmesi de protesto edildi, halk güçlerinin anti-faşist birliği üzerine duruldu. Bu eylemler halkın büyük desteğini gördü.



„Bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır"

"Türkiye-Yardımı"na karşı protestolar devam ediyor

BONN. — SPD Federal Parlamento milletvekili Klaus Thüsing Bonn'da düzenlediği bir basın toplantısında, "Türkiye-Yardımı"na derhal son verilmesini talep etti. Thüsing, askeri cuntanın özgürlük ve insan haklarının temel ilkelerini ayaklar altına aldığını açıklayarak, cuntanın gerçekleştirdiği katliam olayları, işkenceler, demokratların ve sendikacıların tutuklanması hakkında bir dizi örnekler verdi.

Thüsing konuşmasına şöyle devam etti: Batı Almanya'daki insanlar "huzur ve barış" sözleri arkasında neyin gizlendiğini öğrenmek zorundadırlar. Eğer Federal Hükümet, "Türkiye-Yardımı"na derhal son vermezse, birçok SPD milletvekili buna karşı yeni girişimlerde bulunacaklar.

Thüsing'in açıklamalarının da gösterdiği gibi, ülkemizde, faşist cuntanın desteklenmesine karşı protestolar gittikçe yükselmektedir. çok sayıda SPD üyesi ve görevlisi, sendikalar da, faşist cuntanın desteklenmesine derhal son verilmesini talep etmektedirler. Ama, Bonn Hükümeti, eskiden olduğu gibi, bugün de "Türkiye-Yardımı"nı sürdürmeye kararlı gözüküyor.

Metal ücret turları: Greve hazırlanalım!

KAPİTALİSTLER LOKAVT İLE TEHDİT EDİYOR

Grev için genel oyalamaya gidilmelidir

Metal sanayi işverenleri toplu sözleşme görüşmelerinin ikinci turunda provakasyonlarını yoğunlaştırdılar. Kapitalistler, yüzde 2,5 ücret artışı taleplerinin tartışma götürmez olduğunu ileri sürerek, IGM'in talep ettiği yüzde 8 ücret zammından vazgeçmesi için tehditler savurmaya başladılar.

İşverenler tarafındaki sözcüler; IGM sendikası yüzde 8'lik talebinden aşağı inmediği sürece, bizde daha yüksek bir öneride bulunamıyacağız diyorlar. Hem de acımasız ve utanmaz bir biçimde. Eğer gerçek ücretlerin savunulmasından gerçekten konuşuluyorsa, o zaman yüzde 8 ücret artışının en alt sınır olduğu kesinlikle bilinmelidir.

Kapitalistler muhtemel gelişmeleri göz önünde bulundurarak, tipik bir zorlamayla dehditte bulunuyorlar: İşçiler kendiliğinden ikaz grevlerine gittiği taktirde, birkaç saatliğine "kendiliğinden" lokavta baş vurulacak. Sendikalar, sermayenin bu pervasız saldırılarını daha fazla bir süre kabul etmemeli; metal işçilerinin sendikal gücünü ve mücadele kararlılığını harekete geçirmeli, patronların saldırılarına en iyi bir biçimde cevap verilmelidir.

Bir insan kör ve sağır olsa bile, bu yılki ücret turlarında çetin bir mücadele verilmeksizin, sendikaların hiç birşey elde edemeyeceğini görmektedir. Ve bir arabulucu da, gerçek ücretlerin açıkça düşürülmesinden başka birşey yapamaz. Bundan ötürü daha fazla beklemek ve olduğumuz yerde elimizi kolumuzu bağlayıp durmak, sadece kapitalistlerin ve onların uşaklarının cephesinin güçlenmesine yarayacaktır.

Geçen sene imzalanan arabulucu anlaşmasına göre, "iş barışı görevi" bu ayın 28'ine kadar devam edecek. Yani bu "iş barışı görevi" (Friedensflich) gereğince, işçiler 28 Şubat tarihine kadar greve gitmeyecekmiş. Tabii ki, bu durum sendika yönetiminin işçiler önünde rahat konuşabilmesine yarayacaktır. Onlar bunu bahane ederek, grevden söz etmemektedirler. Bugün içinde bulunduğumuz somut koşullarda, toplu sözleşme barışından bahsetmek mümkün değildir. İşverenlerin, işçilerin ücretlerini düşürmek için çok yönlü saldırılarını sürdürdüğü bu sıralarda, bu gibi gülünç "toplu sözleşme barışları", işçileri mücadeleden alıkoymaktan başka birşey değildir. Sadece kapitalistlerin milyonlar harcayarak, gazetelere verdikleri ilanlar ve bu ilanlar ile sürdürdükleri yalan ve kışkırtma kampanyaları bile, bu toplu sözleşme barışı denilen safsatayı geçersiz kılmaktadır.

Metal kapitalistlerinin bu denli utanmaz ve zorlayıca saldırılarına ve çabalarına karşı, IGM sendikasının protesto eylemlerine gitmesini aslında hiç birşey engellememelidir. Bu arada kaçınılmaz bir durum olan ve tartışmasız kabul edilmesi gereken, grev hazırlığına ve genel oylamaya gidilmelidir. Bu, "iş barışı görevi" denilen anlaşmanın geçerlilik tarihinden bağımsız olarak yapılabilir ve yapılmalıdır. İşçiler ancak greve giderek, kendi taleplerini hayata geçirebilirler.

Greve hazırlama yönünde propaganda çalışmaları ve gerekli örgütlenme hazırlıkları bütün bir kararlılıkla başlatılmak ve ilerletilmek zorundadır. Biz işçilerin şiarı şu olmalı: Yüzde 8 ücret zammı için haydi greve! Grev için genel oylama yapılmalıdır! Gerçek ücretlerimizin düşürülmesini engellemek için, yani satınalma gücümüzü korumak için biricik yol budur.

("Schluss mit der Unternehmer Provokation" RM/Nr.7, S.5)



Türkiyeli ve Alman işçiler, Tercüman gazetesinin "Times" emekçilerinin grevini kırma çabalarını boşa çıkarmışlardı.

"Times - Dâvası": Sendikacılar mahkeme önünde

Mahkemeye verilen sendikacılarla dayanışmaya gidelim!

Yargılama 19 Şubat'ta Darmstadt Asliye Mahkemesi'nde başlayacak

FRANKFURT. — IG Druck und Papier sendikasının üç görevlisi 19 Şubat günü Darmstadt Asliye Mahkemesi'nde yargılanmaya başlanacak. IG Druck sendikası, İngiltere'de "Times" gazetesi personelinin greve gitmesiyle "Times"ın Almanya'da basılmasını düzenlediği bir dayanışma eylemi sonucu engellemişti.

'Times" patronu, İngiltere'de greve giden işçilerin grevini kırmak için, gazeteyi burada, Neu-Isenburg'da, Türk TER-Basımevi'nde basmak istemişti. IG Druck, 19 Nisan 1979'da bir dayanışma eylemine giderek, gazetenin basımını engellemişti. O zaman İngiliz basın işçileri sendikası NCA, gazete dizgisinde uygulanmak istenen yeni tekniğe karşı çıkarak, bir ay süreyle greve gitmiş ve greve giden işçilere lokavt uygulanmıştı.

TER-Basımevi işçileri, gazeteyi basmaya karşı çıkarak, greve gittiler. İşçilerin greve gitmesiyle, Türkiyeli ve Alman işçi arkadaşlar basımevinin önünde bir yürüyüş koyarak, eylemi genişlettiler. Bu eylem bir gün, bir gece devam etti ve gazetenin basımı engellendi. İşçilerin bu enternasyonal dayanışması, başarıyla sonuçlanan "Tiemes" emekçilerinin mücadelesine önemli bir katkıda bulundu.

Gazete patronları bu mağlubiyeti gururuna yedirmek istemediler. TER-Basımevi, Hessen'deki diğer gazete ve basımevleri sahipleriyle beraber "meskene tecavüz, mal tahribatı, kundakçılık şantaj ve yaralama" gibi gerekçelerle mahkemeye baş vurdular. Patronlar, bütünüyle asılsız olan bu iddialarına neden gösterebilmek için, gazetelerinde yalanlarla ve kışkırtmalarla dolu bir iftira kampanyası lanse etmeye başlamışlardı.

Gerçi, savcılık bu suçlamalarının bir bölümünü asılsız olduklarından ötürü reddetmek zorunda kalmıştı. Buna rağmen "şantaj" ve "meskene tecavüz" suçundan dâva açılmıştı. Hakkında dâva açılan sendika görevlileri şunlardır: Hessen Eyaleti IG Druck 2. bölge Başkanı Manfred Balder, bölge başkanı Hans Georg Fritz ve Frankfurt sekreteri Werner Wurstius.

Ama, sorun sadece bu üç arkadaşın yargılanması değil. Sorunun özü bu arkadaşların şahsında grev ve yürüyüş hakkına yapılan saldırıdır. Sendikal faaliyetlerin ve işçi sınıfının uluslararası dayanışmasının polisiye olaylar olarak gösterilmesidir.

Bundan ötürü işçi arkadaşlar ve sendikacıları, yargılanan arkadaşlarla dayanışma eylemleri düzenlemeye, protesto faaliyetleri düzenlemeye ve bunları desteklemeye çağırıyoruz. Olanağı olan arkadaşları 19 Şubat günü Darmstadt Asliye Mkemesi'ne (Landgericht) gelmelerini istiyoruz.

"Times" Prozess, RM/Nr.7, S.8)



KPD gençlik örgütü "Roten Garde"nin 1975 yılında yapılan kongresi.

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919 - 1980)

5. BÖLÜM

Yazı dizimizin son iki bölümünde yeniden kurulan komünist partisinin (KPD-ML) örgütlenmesini ve kuruluşundan 1974 yılına kadar gelişen sınıf mücadelesi içinde bütün gücüyle yer almasını anlatmıştık. Ayrıca 1971 yılından 1974 yılına kadar partimizin sınıf mücadelesi içinde devrimci çizgisinin ana ilkelerini nasıl sağlamlaştırdığını ve giderek artan çeşitli politik hareketlere yaklaşımını ve örgütlediği kitle eylemlerine değinmiştik. Yazımızın bu bölümünde ise, 1975 - 1978 yılları arasında devam eden bu gelişmeleri anlatmaya devam edeceğiz.

KPD/ML'in DDR Kolu Kuruldu

1974 yılında partimizin gelişmesine ve mücadelesine asıl damgasını vuran şu dört önemli olay oldu: Çin Hindi halklarının Amerikan emperyalizmine karşı verdiği mücadele. Ezilen çin Hindi halklarının, özellikle de Vietnam halkının emperyalist boyunduruğa karşı verdiği mücadeleye partimiz tarafından büyük önem verildi her zaman desteklendi. Partimiz 1975 yılında yapılan işyeri işçi temsilciliği seçimlerine kızıl listelerle katıldı ve bu listeler büyük bir başarı sağladı. Aynı yıl içinde yapılan "Roten Garde" kongresi, partimizin geniş gençlik kitlelerini seferber etmesine yardımcı oldu. Gerek işçi temsilciliği seçimleri ve gerekse de partimizin gençlik örgütü "Roten Garde" kongresi KPD/ML'i güçlendirdi ve gelişmesini elerletti. 13 Ceza Hukuku Yasası'nın değiştirilmesine (Devrimci yayın organlarını ve kitapları kısıtlayan yasa değişikliği) karşı, Basklı ve İspanyalı devrimcilerin ve yoldaşların Franko faşistleri tarafından katledilmesine karşı açılan iki büyük anti-faşist kampanya faaliyetlerimizi toparladı. KPD/ML bu eylemlerde de çok sayıda ilerici ve demokrat insanı seferber etti ve kararlı bir mücadele verdi.

KPD/ML'in gelişmesinin devam etmesinde 1976 yılının büyük önemi vardır. Özellikle şu iki olay bu gelişmenin devam etmesine katkıda bulundu. 1976 yılı başlarında Demokratik Alman Cumhuriyeti'nde de KPD-ML kuruldu. Partimiz bu tarihten itibaren bütün Almanya çapında mücadele ediyor! Ve aynı yılın sonunda KPD/ML'in üçüncü kurultayı yapıldı. Bu kurultayda bağımsız, birlik ve sosyalist bir Almanya için verilen mücadelenin bilimsel ilkelerini ortaya koyan, detaylı bir biçimde hazırlanmış parti programı onaylandı. Partimizin kurultayı, bir çok komünist partisinin katıldğı büyük bir enternasyonal toplantıyla kapandı. Bu toplantı, Çin'deki yeni iktidar sahiplerine karşı mücadelenin ilan edildiği önemli bir olay oldu.

Maoizm'e Karşı Mücadele

Kurultaydan sonraki iki yıllık süre içinde, —ki bu süre içinde KPD/ML mücadelesini gittikçe hızlandırdı ve hem anti-faşist eylemlerde, hem de sendikal hareket içinde bir dizi başarılı girişimlerde bulundu, eylemler düzenledi. Maoizm'in etkisini parti içinde zararlı olduğu her gün daha iyi bir biçimde açığa çıkıyordu. Mao'yu dünya proletyasının bir öğretmeni olarak gören parti, sadece Çin politikası tarafından değil, aynı zamanda Maoizm'in etkisinin parti içinde olduğu gibi, partinin mücadelesinde de zararlı ve sekter eğilimlere yolaçtığını kabul etmek zorunda kaldı.

Partimizin bir çok cephede bu denli kararlı mücadele sürdürmesi; önemli sonuçları ve anlamlı ilerlemeleri beraberinde getirdi. Ama bu mücadele belirli bir sınıra gelip, takılıyordu. Çünkü sekter tezler, partimizin çeşitli politik görüşlere sahip olan insanlarla belirli hedefler doğrultusunda birleşmesini, partimizin kitle örgütlerini oluşturmasını ve henüz komünist olmayan, ama mücadele etmek isteyen insanları seferber etmesini doğru bir biçimde anlamamaya itmişti.

Partiyi bu etkilenmeden kurtarmak için; özellikle de Maoizm'den ve ona bağlı küçük burjuva akımdan —ki bu parti yönetiminde de vardı — kaynaklanan etkilenmelerden arındırmak için, yapılan uzun tartışmalardan sonra, 4. parti kurultayı yapıldı.

Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) Kuruldu

Bu kurultay partimizin yaşamında ve mücadelesinde çok önemli bir rol oynadı. Maoizm eleştirildi ve Parti özeleştirisini verdi. Ve bunun bir sonucu olarak da politik ve örgütlenme alanında, partiyi emekçi kitleler içinde gerçek bir güç haline getirecek temel dönüşümlere gidildi. 4. parti kurultayı yapılmadan önce, parti içindeki tartışmalar esnasında ve partı içindeki hataların kavranılmasıyle doğru yönde ileri adımlar atıldı. Bu adımlardan en önemlisi Devrimci Sendika Muhalefeti'nin kuruluşu idi. KPD/ML, Devrimci Sendika Muhalefeti'nin oluşturulması için bütün gücüyle mücadele etti ve RGO'nun 1978 yılı işyeri işçi temsilciliği seçimlerindeki başarısında büyük katkısı oldu. Politik çalışmalarımızın düzeltilmesinde ileri bir adım olan KPD/ML eylem programı, Partinin mücadele tarihinde önemli bir yıl olan 1978 yılında onaylandı.